

Für Recht und Freiheit

Landtagswahlprogramm 2021

der Alternative für Deutschland in Baden-Württemberg

Inhalt

1		
2		
3		
4		
5	Inhalt	
6		
7	Präambel.....	2
8	1. Für lebendige Demokratie und Meinungsfreiheit	6
9	2. Innere Sicherheit – ein Grundrecht der Bürger	10
10	3. Zuwanderung beschränken – Asylmissbrauch beenden	20
11	4. Für eine bürgerorientierte Wirtschaftspolitik und tragfähige öffentliche Finanzen.....	25
12	5. Für eine gerechte und zukunftsfähige Sozialpolitik	33
13	6. Energieversorgung sicherstellen – Automobilindustrie schützen	35
14	7. Menschenwürdiges Wohnen gewährleisten	42
15	8. Digitalen Rückstand in Baden-Württemberg beenden	44
16	9. Natur, Technik und Landwirtschaft in Einklang bringen	47
17	10. Für ein leistungsorientiertes Schulsystem und eine ideologiefreie Bildung	53
18	11. Für den Erhalt der Familie als Tragpfeiler der Gesellschaft	62
19	12. Gesundheitspolitik: Der Mensch im Mittelpunkt	68
20		

21 Präambel

22

23 Baden-Württemberg, unsere Heimat, gehört zu den wirtschaftlich erfolgreichsten und kulturell
24 reichsten deutschen Bundesländern. Seit mindestens zwei Legislaturperioden mehrt die
25 Landesregierung diesen Reichtum jedoch nicht mehr, sondern zehrt von seiner Substanz und sabotiert
26 sogar aktiv unseren Wohlstand und unsere Identität. Als stärkste Oppositionspartei im Stuttgarter
27 Landtag hat die AfD in den vergangenen fünf Jahren konsequent auf die Fehlentscheidungen und
28 Versäumnisse der grün-schwarzen Regierung hingewiesen und Alternativen präsentiert. Knapp zwei
29 Dutzend Gesetzesentwürfe hat die Fraktion zugunsten unserer Bürger eingebracht – die Altparteien
30 haben zwar alle Initiativen abgelehnt, aber die AfD setzt die Themen und legt den Finger in die
31 Wunden der Regierung.

32 Die grün-schwarze Regierung hat den fatalen Kurs der grün-roten Vorgängerregierung fortgesetzt und
33 das Land in den vergangenen fünf Jahren wirtschaftlich und politisch immer weiter an die Wand
34 gefahren: Überregulierter Mittelstand, benachteiligter ländlicher Raum, steigende linksextreme und
35 migrantische Kriminalität sowie sinkendes Bildungsniveau sind nur einige Beispiele. Gesteigert wurde
36 diese bürgerfeindliche Politik durch die Corona-Krise: Zuerst wurde das Virus nicht ernst genommen,
37 dann kopflos überzogene und sinnlose Maßnahmen angeordnet. Hohe Milliarden Schäden für unsere
38 Wirtschaft und hunderttausende verlorene Arbeitsplätze werden die Folge sein.

39 Die AfD Baden-Württemberg legt hiermit alternative Handlungsszenarien vor, die einen
40 grundlegenden Richtungswechsel einfordern, um unser Land wieder zu dem zu machen, was es einmal
41 war: unsere prosperierende, sichere und familienfreundliche Heimat, die über Jahrhunderte gewachsen
42 ist.

43 Die AfD Baden-Württemberg stellt die Zukunftssicherung unseres Landes in den Mittelpunkt aller
44 politischen Ziele – in mehrfacher Hinsicht. Es geht uns nicht nur darum, den Wirtschaftsstandort
45 Baden-Württemberg wieder an seinen weltweiten Spitzenplatz zu führen, den er vor der
46 Wohlstandsvernichtung durch die vergangenen Landesregierungen unter grüner Beteiligung
47 jahrzehntelang innehatte; wir wollen auch unsere kulturelle Identität bewahren und den nachfolgenden
48 Generationen ein freies, sicheres und lebenswertes Land übergeben.

49 Wir bekennen uns zu Baden-Württemberg als Heimat – für Einheimische und gut integrierte
50 Eingewanderte. Insofern ist die aktuelle Massenzuwanderung überwiegend gering bis gar nicht
51 qualifizierter Menschen eine Katastrophe für unser Land und eine schwere Belastung für künftige
52 Generationen. Die Integrationskraft unseres Landes reicht zur Bewältigung der derzeitigen
53 Zuwandererzahlen nicht aus und öffnet Parallelgesellschaften und sozialen Unruhen Tür und Tor. Wir
54 plädieren für konsequente Abschiebungen Ausreisepflichtiger und straffällig gewordener
55 Asylbewerber sowie die Einrichtung von Ankerzentren und fordern die Umsetzung unseres
56 Rückführungsprogramms „Fit4Return“.

57 Schon heute ist die Innere Sicherheit in Stuttgart und in anderen Großstädten Baden-Württembergs
58 nicht mehr gewährleistet. Die staats- und polizeifeindlichen Gewaltexzesse von Stuttgart, die unsere
59 Landeshauptstadt über Stunden in einen rechtsfreien Raum verwandelten, haben jedem Bürger das
60 Totalversagen der grün-schwarzen Landesregierung im Bereich der Inneren Sicherheit klar vor Augen
61 geführt. Um einer weiteren Destabilisierung unseres Landes entgegenzuwirken, brauchen wir deshalb
62 eine konsequente Null-Toleranz-Strategie gegen Gewalttäter, illegale Einwanderer,
63 Integrationsverweigerer und Extremisten aller Art. Eine weitere Erosion unseres Rechtsstaates und
64 immer mehr Gewalt und Chaos auf unseren Straßen, wie sie die Fortsetzung der grün-schwarzen

65 Sicherheitspolitik mit sich brächte, wollen wir mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaats
66 verhindern.

67 Auch in wirtschaftlicher Hinsicht legt die Regierung Axt an die Substanz unseres Landes. Im
68 Automobilland Baden-Württemberg regiert mit den Grünen eine Partei, die ohne faktenbasierte
69 Gründe einen beispiellosen Vernichtungsfeldzug gegen den Diesel und den Verbrennungsmotor führt.
70 Dies gefährdet hunderttausende Arbeitsplätze in der heimischen Automobil- und Zulieferindustrie.
71 Die CDU, einst Wirtschaftspartei, trägt diesen verheerenden Kurs aus schierem Opportunismus und
72 Angst vor Machtverlust mit.

73 Der ideologiefreien Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit und dem Fleiß seiner Bürger verdanken wir
74 den Wohlstand unseres Bundeslandes. Unsere Wirtschaft benötigt daher Freiheit von staatlicher
75 Bevormundung und von ideologischen Vorgaben aus Brüssel, Berlin und Stuttgart. Der Mittelstand
76 muss von allen lähmenden bürokratischen Hemmnissen und Überregulierungen befreit und bei den
77 Herausforderungen der Digitalisierung durch Bereitstellung der entsprechenden Infrastruktur
78 unterstützt werden.

79 Der Staat hat zudem für Steuergerechtigkeit zu sorgen: Die Bürger und die mittelständischen
80 Unternehmen brauchen eine deutliche Steuerentlastung. Internationale, in unserem Bundesland tätige
81 Großunternehmen sind dagegen ebenso zu besteuern wie einheimische. Daseinsvorsorge für die
82 Bürger ist ein wesentlicher Bestandteil der Standort- und Zukunftssicherung. Dazu zählen
83 ausreichender und günstiger Wohnraum, hochwertige medizinische Leistungen und Infrastruktur
84 sowie bezahlbare Energie. Wir stehen dafür, die Krankenhaus-Infrastruktur zu erhalten, die
85 Medikamentenversorgung aus eigener Produktion sicherzustellen und die häusliche, ambulante und
86 stationäre Pflege aufzuwerten.

87 Die Energiepolitik wollen wir wieder an physikalischen und ökonomischen Gesetzmäßigkeiten
88 orientieren. Die politisch verordnete Dekarbonisierung Deutschlands wird das Weltklima nicht
89 beeinflussen, aber immense wirtschaftliche und ökologische Schäden hierzulande anrichten. Sie ist
90 umgehend zu beenden. Die Rechnung für den Irrweg namens „Energiewende“ bezahlen die Bürger,
91 für die sich der Strompreis in wenigen Jahren verdoppelt hat. Im windschwachen Baden-Württemberg
92 auf den weiteren Ausbau der Windkraft zu setzen, dabei Kulturlandschaften willkürlich zu zerstören
93 und die Gesundheit der Anwohner zu beeinträchtigen, ist bürgerfeindlich. Wir sehen die zivile
94 Nutzung der Kernenergie als elementaren Bestandteil der Energieversorgung unseres Landes.

95 Wichtig ist uns ein gegliedertes Schulsystem und ein effizientes duales Bildungssystem, die allen
96 jungen Menschen die beste, ihnen angemessene Förderung zukommen lassen. Die Planierung unseres
97 leistungsorientierten, mehrgliedrigen Schulsystems zur Gleichmacherei der Gemeinschaftsschulen
98 muss beendet werden. Gymnasium und Realschule müssen erhalten bleiben. Wir wollen die
99 verbindliche Grundschulempfehlung wieder einzuführen, das vorbildliche deutsche
100 Sonderschulsystem erhalten und allen ideologischen Beeinflussungsversuchen wie der
101 Frühsexualisierung einen Riegel vorschieben.

102 Ein weiteres Mittel zur Zukunftssicherung stellt die Stärkung des Föderalismus dar. Die Einflüsse aus
103 EU- oder UN-Verträgen wie etwa den Migrationspakt wollen wir im Land – wie auch im Bund –
104 baldmöglichst beenden. Nicht nur fügen die völlig verfehlte Euro-Rettungspolitik und die Russland-
105 Sanktionen unserer Volkswirtschaft auf lange Sicht schweren Schaden zu, die Übertragung immer
106 weiterer Souveränitätsrechte auf die EU schränkt auch unsere politischen Handlungsspielräume immer
107 mehr ein und macht uns zu Befehlsempfängern Brüssels.

108 Die Europäische Union, einst als Friedensprojekt und Wirtschaftsgemeinschaft sinnvoll gestartet, hat
109 sich zur Transfer- und Haftungsunion entwickelt, die unsere nationale Souveränität verpfändet; jetzt

110 auch zugunsten eines monströsen 750-Milliarden-„Corona-Wiederaufbaufonds“, für dessen
111 Finanzierung künftige Generationen werden aufkommen müssen. Wir fordern: Entscheidungen
112 müssen wieder in Baden-Württemberg getroffen werden – nicht in Brüssel. Dazu gehört auch eine
113 Renationalisierung der Agrarpolitik im Sinne der Subsidiarität. Unsere Bauern sorgen für unser aller
114 Lebensgrundlage; sie dürfen nicht aus Brüssel gegängelt werden.

115 In untrennbarem Zusammenhang mit Föderalismus und Selbstbestimmung stehen die Bürgerrechte.
116 Die schleichende Entmündigung der Bürger gilt es zu beenden, diese müssen wieder mehr
117 Selbstbestimmung, aber auch Eigenverantwortung erhalten. Zwangsmitgliedschaften sind mit uns
118 ebenso wenig zu machen wie Zwangsimpfungen, Zwangsorganspenden oder auch Zwangsrundfunk.
119 Wir wollen die Rundfunkabgabe abschaffen und den aktuellen Rundfunkstaatsvertrag kündigen, um
120 den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wieder zu seinem ursprünglichen Auftrag zurückzuführen: die
121 Bürger faktenorientiert zu informieren, nicht zu indoktrinieren.

122 Wir stehen dafür, die Bürger nach Schweizer Vorbild viel stärker als bisher an den politischen
123 Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Deshalb wollen wir die Hürden für Bürgerbegehren und
124 Volksabstimmungen auf kommunaler wie auf Landesebene deutlich absenken. Die ideologisch
125 motivierte grün-schwarze Bevormundungspolitik führt zunehmend zu Sprech- und Denkverboten, ja
126 einem Klima der Repression und Intoleranz im Namen von trügerisch wohlklingenden Begriffen wie
127 „Vielfalt“, „Buntheit“ oder „Gleichstellung“. Der Kampf gegen die sogenannte „Hassrede“ ist längst
128 zur Zensur ausgeartet. Wir stehen für Meinungs- und Redefreiheit als Grundlage der Demokratie.

129 Die Bürger haben die Abgeordneten gewählt, damit sie die Regierung kontrollieren – faktisch ist das
130 aber immer weniger der Fall. Wir wollen den Landtag krisenfest und demokratischer machen, indem
131 wir seine Geschäftsordnung erweitern. Das Beteiligungsportal Baden-Württemberg wollen wir zu
132 einem echten Mitentscheidungsportal für die Bürger weiterentwickeln und damit die
133 demokratiepolitischen Chancen der Digitalisierung nutzen. Weiter setzen wir uns für die ideelle und
134 finanzielle Stärkung zivilen bürgerschaftlichen Engagements sowie für die Wiedereinführung der
135 Wehrpflicht ein, die auch als Wehrersatzdienst ableistbar sein soll. Nur so sind wir den
136 sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft gewachsen.

137 Die Begriffe Heimat und Identität sind keine leeren Worthülsen für uns. Es geht uns darum, dem
138 sozialen und kulturellen Reichtum unserer Heimat Baden-Württemberg wieder den Stellenwert zu
139 geben, den er spätestens seit dem Jahr 2015 zu verlieren droht. Wir wollen stolz sein auf unsere
140 Geschichte, unsere Traditionen und natürlich auf unsere Sprache. Deutsch muss nicht nur
141 Wissenschaftssprache bleiben, es muss auch in der Landesverfassung abgesichert werden.

142 Wir wollen die traditionelle Ehe und Familie schützen: staatlich verordnete Quoten, aber auch
143 Gleichstellungspropaganda und Minderheitenförderung unter der Fahne des „Gender Mainstreaming“
144 sprechen dem Gebot der Gleichberechtigung in unserem Grundgesetz Hohn. Die Zerstörung der
145 traditionellen Familie und die Auflösung der geschlechtlichen Identität von Mann und Frau werden
146 wir nicht zulassen. Die Ehe kann nur eine Verbindung von Mann und Frau sein, da nur aus dieser
147 Kinder hervorgehen, die die nächste Generation unserer Gesellschaft bilden.

148 Wir möchten eine Willkommenskultur für Kinder etablieren in der festen Überzeugung, dass der
149 Schutz, die Förderung und die steuerliche Entlastung der Familie für jedes Volk überlebensnotwendig
150 sind, das langfristig eine Zukunft haben will. Die auch in Baden-Württemberg bestehende
151 Geburtenlücke durch Zuwanderung zu kompensieren, hieße, unser Land bis zur Unkenntlichkeit
152 kulturell zu verändern. Wir stehen dafür, Einwanderung stark zu begrenzen und nach Kriterien der
153 Zuträglichkeit für unsere Kultur und Wirtschaft zu regeln. In erster Linie gilt es, die Geburtenrate
154 wieder zu steigern.

155 Die AfD ist die Alternative zu allen Parteien, die die Begriffe Freiheit, Demokratie und Heimat zu
156 Worthülsen verkommen ließen, die sämtliche konservativen, patriotischen und freiheitlichen Inhalte
157 über Bord warfen und damit Machterhalt vor Bürgerwohl setzten. Mit dem Anspruch,
158 Regierungspartei zu werden, wollen wir auch das Initiativrecht unseres Landes im Bundesrat zum
159 Nutzen Baden-Württembergs einsetzen. Das vorliegende Programm – in dem sich deshalb auch
160 bundespolitische Forderungen und Lösungsvorschläge finden – in die Tat umzusetzen, dafür stehen
161 wir ab 2021 bereit. Für uns gilt: das Land und die Bürger zuerst!

162

163

164

165

166

167

168

169

170

171

172

173

174

175

176

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

1. Für lebendige Demokratie und Meinungsfreiheit

189

190 Baden-Württemberg hat eine starke republikanische und demokratische Tradition, schon in der
191 Revolution von 1848 kämpften Friedrich Hecker, Gustav von Struve und andere couragierte Männer
192 und Frauen für Bürger- und Freiheitsrechte. Mit Sorge beobachten wir aber seit Jahren, wie unser
193 Land zunehmend in eine Fassadendemokratie abgleitet. Die wesentlichen politischen Entscheidungen
194 fallen längst im fernen Brüssel anstatt in Berlin oder in Stuttgart. Die Bürger werden über
195 regierungshörige Medien gegängelt, die freie Rede wird beschnitten und zensuriert. Bei wichtigen
196 politischen Weichenstellungen auf landesweiter wie lokaler Ebene werden die Bürger nicht gefragt.
197 Diesen verhängnisvollen Trend will die AfD umkehren und unser Bundesland wieder zu einem Ort
198 lebendiger Demokratie und freier Meinungsäußerung machen. Die EU wollen wir auf ihre
199 Kernaufgaben beschränken und gemäß dem Subsidiaritätsprinzip so viele Aufgaben und
200 Entscheidungen wie möglich im Land belassen.

201 Unser Bundesland grenzt direkt an die Schweiz, welche der lebendige Beweis dafür ist, wie gut die
202 direktdemokratischen Instrumente in der Praxis funktionieren und angenommen werden. Wir sind
203 davon überzeugt, dass die Bürger Baden-Württembergs mündig genug sind, um in den politischen
204 Prozess weit mehr als bisher eingebunden werden zu können. Nicht nur alle fünf Jahre bei der
205 Landtagswahl, sondern bei allen wichtigen Entscheidungen müssen die Bürger gehört werden.

206

207 **Direkte Demokratie ausbauen**

208 **Die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide auf Landes- und Kommunalebene sollen deutlich**
209 **gesenkt und so eine größere Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen ermöglicht**
210 **werden.**

211 Wir fordern eine Stärkung der Instrumente direkter Demokratie in Baden-Württemberg. Die Anzahl
212 der zu sammelnden Unterschriften – die Quoren – für Volksantrag und Volksbegehren sollen gesenkt,
213 die Fristen für das Volksbegehren verlängert, die Möglichkeiten der direkten Entscheidung des
214 eigentlichen Souveräns insgesamt ausgeweitet und durch die Verwaltung besser unterstützt werden.
215 Dadurch sollen die politischen Strukturen im Land stärker demokratisiert werden und die legislativen
216 Entscheidungen eine höhere demokratische Legitimation erhalten.

217 Von den mit der Demokratisierung einhergehenden politischen Mitwirkungsmöglichkeiten profitieren
218 die Bürger, deren Interessen dann stärker Berücksichtigung finden. Wenn die Bürger nicht nur bei
219 Wahlen gefragt, sondern auch darüber hinaus einbezogen werden, so erhalten die Entscheidungen
220 zusätzliche demokratische Legitimation. Die Einholung des Votums der Bürger steigert zudem das
221 Interesse an der Politik und die Akzeptanz der politischen Entscheidungen.

222 Eine AfD-Regierung in Baden-Württemberg würde sich dafür einsetzen, dass Volksbegehren,
223 Volksentscheide und weitere Instrumente der direkten Demokratie auch auf Bundesebene eingeführt
224 werden.

225

226

227

228 **Föderalismus stärken, europäischen Zentralstaat verhindern**

229 **Gemäß dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist der Föderalismus ein unantastbarer**
230 **Baustein unserer Demokratie. Dieser Föderalismus darf einem europäischen Zentralstaat nicht**
231 **geopfert werden.**

232 Die Alternative für Deutschland tritt für den Erhalt der Zuständigkeiten unseres Landes ein. Waren
233 früher Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern die dominierende Bedrohung für den
234 Föderalismus, so ist heute eine Entmündigung der Länder durch eine übermächtige Zentralgewalt in
235 Brüssel zu beobachten. Unter dem Deckmantel der Förderung wird die Souveränität der Länder ad
236 absurdum geführt. Es wird der Eindruck erweckt, als würde die Europäische Union Hilfestellungen
237 leisten. Tatsächlich arbeitet sie mit Geldern, die sie nicht selbst erwirtschaftet und nur zu Lasten
238 anderer Gebietskörperschaften eingenommen hat. Die Staaten, Länder und Regionen bekommen das
239 von ihnen selbst eingezahlte Geld als Belohnung für ihre Willfährigkeit in Aussicht gestellt. Dabei
240 handelt es sich tatsächlich um eine Einschränkung des Föderalismus. Ein Zentralismus, der in
241 Deutschland aus gutem Grund nicht vorgesehen ist und sich im historischen und länderübergreifenden
242 Vergleich auch nicht bewährt hat, wird nun über das Trojanische Pferd der Europäischen Einigung, die
243 eine Europäische Zentralisierung meint, vorangetrieben. Die AfD stellt sich dem entschieden entgegen
244 und versteht sich als Garant des Föderalismus nach Art des Grundgesetzes.

245

246 **EU-Förderprogramme durch landeseigene Programme ersetzen**

247 **Die AfD setzt sich für eine grundlegende Reform der EU-Förderpolitik ein. Diese sind derzeit sehr oft**
248 **mit einem zu hohen Verwaltungsaufwand und zumeist mit ideologischen Vorgaben verbunden. Sie**
249 **sind zu reduzieren und landeseigene Förderprogramme und -projekte stattdessen auszubauen.**

250 Mit Hilfe der Wirtschaftsförderungsprogramme der EU werden mit baden-württembergischen
251 Steuergeldern häufig Projekte in strukturschwachen Regionen initiiert und gefördert, die eine direkte
252 Konkurrenz zu unseren einheimischen Unternehmen darstellen. Diese haben es aufgrund der hohen
253 Lohn- und Lohnnebenkosten bereits jetzt schwer, gegenüber osteuropäischer und ostasiatischer
254 Konkurrenz zu bestehen. Baden-Württemberg zahlt jedes Jahr ca. 4 Milliarden Euro brutto an die EU.
255 Davon versickern ca. 85 % spurlos im EU Haushalt, und es besteht keine Transparenz der
256 Verwendung für Abgeordnete und Bürger; nur 15 % fließen über EU-Programme an unser Land
257 zurück.

258 Die AfD setzt sich dafür ein, dass insbesondere unsere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)
259 künftig mehr von den Förderprogrammen der EU (insbesondere ESF+, EFRE und ELER) profitieren,
260 dass die Zahlungen an und von der EU zentral erfasst werden und sich alle Zahlungen in einen
261 jährlichen Bericht wiederfinden.

262 Während auf EU-Ebene Förderrichtlinien nach ideologischen Gesichtspunkten festgelegt werden,
263 erwarten wir, dass diejenigen Forschungsfelder vom Land unterstützt werden, die den Wohlstand
264 unseres Landes langfristig garantieren. Kompetenzen der Forschung und Lehre müssen weiterhin auf
265 Landesebene verbleiben.

266 Bilaterale Förderprogramme und Projekte mit Baden-Württembergs Nachbarländern und -regionen
267 sind für Baden-Württemberg wirtschaftlich gewinnbringender als Projekte und Programme auf EU-
268 Ebene. Die Souveränität der Staaten darf nicht weiter untergraben werden, denn nur diese garantiert

269 uns ein schnelles und problembezogenes Reagieren in Krisenzeiten. Das gebietet auch das
270 Subsidiaritätsprinzip, auf dessen Einhaltung wir bestehen.

271

272 **Parlament krisenfest machen**

273 Die Corona-Krise ab Frühjahr 2020 hat gezeigt, dass hochentwickelte Demokratien verwundbar sind.
274 Welche Notlagen in Zukunft die Demokratiefestigkeit unseres Landes auf den Prüfstein stellen
275 werden, ist nicht absehbar. Die AfD fordert daher, die Krisenfestigkeit des Parlamentarismus vorab
276 herzustellen.

277 Die Tatsache, dass wir einen Notfall nicht wünschen, darf uns nicht davon abhalten, rechtzeitig über
278 einen solchen nachzudenken. Insbesondere müssen Vorkehrungen getroffen werden, die eine
279 möglichst umfassende Intaktheit der Demokratie und des Parlaments auch in Notsituationen
280 sicherstellen.

281 Zu diesen Vorkehrungen gehören Erweiterungen der Geschäftsordnung des Landtags, um in
282 verschiedenen Notlagen, wozu insbesondere biologische, strahlungsbedingte, chemische oder
283 terroristische Bedrohungen gehören, eine möglichst umfassende Arbeitsfähigkeit des Parlaments
284 sicherzustellen. Dabei müssen insbesondere Möglichkeiten zu Parlamentssitzungen mit voller
285 Abgeordnetenzahl mit Hilfe telemedialer Techniken ins Auge gefasst und die Möglichkeiten zur
286 sicheren elektronischen Fernabstimmung bereits heute geschaffen werden. Gerade in Notzeiten ist es
287 erforderlich, dass das Parlament im Rahmen der Landesverfassung zusammentritt, um über die zur
288 Abwehr der Gefahr erforderlichen Maßnahmen zu beraten.

289 Ebenso verlangt die AfD, dass sämtliche Notmaßnahmen, die im Zuge eines Notstandes ergriffen
290 werden, monatlich einer Prüfung durch das Parlament unterzogen werden.

291

292 **Meinungsfreiheit in den Medien verteidigen – Zwangsgebühren abschaffen**

293 Die Freiheit der Meinungsäußerung ist ein hohes Gut, für dessen Erhalt wir kämpfen. Wir beobachten
294 mit Sorge, wie der Korridor der Meinungen im gesellschaftlichen Diskurs von Politik und
295 Meinungsmachern immer mehr verengt wird. Die Medien müssen frei von politischer Beeinflussung
296 ihrem Informationsauftrag nachkommen.

297 Ein breites Spektrum an Medien unterstützt die Meinungsbildung in politischen Fragen. Dazu gehört
298 auch das Internet, in dessen Freiheiten der Staat nur bei gesetzeswidrigen Äußerungen eingreifen
299 sollte. Die Aufgabe, die Bürger neutral zu informieren, obliegt auch den öffentlich-rechtlichen
300 Medien. Wir treten für eine ausgewogene Berichterstattung dieser Anstalten ein. Wir befürworten aber
301 auch eine Verschlankung dieser weltweit teuersten öffentlich-rechtlichen Anstalten und fordern die
302 Aufkündigung des gegenwärtigen Rundfunkstaatsvertrags durch Baden-Württemberg. Wir wollen
303 einen öffentlichen Rundfunk und ein Fernsehen, die sich auf ihre Kernaufgaben der Bürgerinformation
304 und Bürgerbeteiligung konzentrieren.

305 Die Einziehung der Gebühren als verpflichtende Abgabe für alle Haushalte lehnen wir ab. Es müssen
306 neue Bezahlmodelle entwickelt werden, durch die ausgeschlossen wird, dass Menschen, die diese
307 Angebote nicht nutzen, durch Zwangsabgaben zu ihrer Finanzierung gezwungen werden.

308

309 **Zensur des Internet beenden**

310 Das Internet ist zu einem wichtigen Medium der Kommunikation, der politischen Information und der
311 freien Meinungsäußerung geworden. Die AfD Baden-Württemberg lehnt staatliche oder vom Staat
312 erzwungene Zensur der sozialen Medien, wie zuletzt durch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz
313 (NetzDG) und das Gesetz zur Bekämpfung der sogenannten „Hasskriminalität“, ab.

314 Wir fordern die Stärkung der Nutzerrechte im Internet: Nutzer müssen insbesondere vor der oft völlig
315 willkürlichen Aussperrung aus sozialen Plattformen geschützt werden, etwa durch effektive
316 Beschwerdeverfahren. Die Verfolgung von Rechtsverstößen und Straftaten im Netz bleibt
317 unbenommen, gehört aber ausschließlich in die Hand des Staates. Die bisherigen einschlägigen
318 Paragraphen des Strafgesetzbuches sind dafür völlig ausreichend.

319

320

321

322

323

324

325

326

327

328

329

330

331

332

333

334

335

336

337

338

339

340

341

342

343

2. Innere Sicherheit – ein Grundrecht der Bürger

344

345 Die AfD steht für eine sicherheitspolitische Wende, die sich an den Herausforderungen unserer Zeit
346 orientiert. Der Erfolg unserer Polizei steht und fällt mit der Unterstützung, die sie von der Regierung
347 erhält: Die Landesregierung muss ohne Wenn und Aber hinter ihr stehen, sie moralisch und rechtlich
348 stärken und ihr Ansehen stützen. Nur dann kann sie die Aufgaben erfüllen, welche die Bürger von ihr
349 erwarten: Sicherheit, körperliche Unversehrtheit und Eigentum der Bürger zu schützen.

350 Diese Grundvoraussetzung ist in den vielen Jahren, in denen die Grünen mit wechselnden
351 Koalitionspartnern den Ton angaben, weitgehend erodiert. Die „Stuttgarter Gewaltnacht“ im Juni 2020
352 hat eindrucksvoll bewiesen, welche Folgen in sicherheitspolitischer Hinsicht linke Regierungen unter
353 grüner Dominanz nach sich ziehen: Überwiegend migrantische Jugendliche zerstören und plündern
354 großflächig in der Innenstadt, die Polizei wird tätlich angegangen und kann die Bürger nicht mehr
355 schützen.

356 Besonders die CDU hat einen personellen Kahlschlag bei der Polizei zu verantworten. Die kritische,
357 wenn nicht feindselige Haltung von Teilen der grünen Regierungspartei zur Polizei sorgt für eine
358 Verunsicherung bei der Polizeiarbeit; um im Zweifel nicht unter Rechtfertigungsdruck links-grüner
359 Ideologen zu geraten, agiert die Polizei heute schon häufig zurückhaltender, als es für die Sicherheit
360 der Bürger notwendig wäre.

361 Die Polizei in Baden-Württemberg leistet eine tadellose und vorbildliche Arbeit. Absurden
362 Unterstellungen, sie hätte ein internes Problem mit Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus oder
363 Rassismus treten wir mit aller Deutlichkeit entgegen und stellen uns vorbehaltlos hinter unsere Polizei.
364 Der Polizei sind Möglichkeiten zu geben, sich besser gegen ungerechtfertigte Vorwürfe zu
365 verteidigen.

366 Die Polizei braucht aber auch eine personelle Stärkung, wozu heimatnahe Ausbildungsstandorte und
367 eine Attraktivitätssteigerung unabdingbar sind. Ausbildung und Ausrüstung müssen den
368 Erfordernissen der Gegenwart entsprechen sowie mit Blick auf die steigende Gewaltbereitschaft
369 bestimmter Gruppierungen und die Zunahme diverser Bedrohungslagen deutlich moderner
370 ausgestaltet werden. Polizei und Justiz sind auch durch die Ausschöpfung von
371 Abschiebemöglichkeiten sowie die Erweiterung von Haftplätzen zu entlasten.

372 Für diese und viele weitere Verbesserungen machen wir uns stark, um unseren Bürgern ein Leben in
373 Sicherheit und Freiheit zu gewährleisten!

374

375 **Null-Toleranz-Strategie anwenden**

376 **Wir fordern einen Paradigmenwechsel im Bereich Sicherheit und Ordnung. Die AfD steht für eine**
377 **konsequente Null-Toleranz-Strategie gegen Gewalttäter aller Art. Um Verbrechen effektiv**
378 **einzudämmen, bedarf es zudem eines funktionierenden Justizapparates.**

379 Aktuell muss sich die Polizei immer häufiger wegen eigentlich selbstverständlicher
380 Einsatzmaßnahmen rechtfertigen und wird zu Unrecht von den Medien und teilweise auch der
381 eigenen Führung kritisiert. Teile der Gesellschaft sowie linke politische Parteien und Gruppen
382 verharmlosen die Begehung von Straftaten unter dem Deckmantel zivilen Ungehorsams. Innerhalb

383 der öffentlichen Wahrnehmung wird somit die Durchsetzung der Rechtstaatlichkeit verzerrt
384 dargestellt.

385 Späte und viel zu milde Urteile provozieren bei Zuwanderern aus archaischen Kulturen mit
386 autoritärem Staatsverständnis den Eindruck, sie bewegten sich im rechtsfreien Raum eines schwachen
387 Staates. Das alles führt dazu, dass die Polizei erheblich an Respekt verliert. Dies äußert sich immer
388 öfter in offener Verachtung und Demütigung von Polizisten in aller Öffentlichkeit, und an den rasant
389 ansteigenden Angriffen auf Polizeibeamte. Die AfD will hier einen Richtungswechsel herbeiführen.

390

391 **Besoldung und Arbeitsbedingungen der Polizei verbessern**

392 **Wir fordern eine Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufes, um hinsichtlich der**
393 **Qualifikationskriterien Bewerber in angemessener Zahl anzusprechen und die Zahl der Einstellungen**
394 **zu erhöhen. Vereinfacht würde dies durch eine heimatnahe Ausbildung und eine Besoldung nach dem**
395 **Vorbild der Bundespolizei.**

396 Seitens der Landesregierung wurde die Schaffung zusätzlicher Stellen bei der Polizei zwar
397 versprochen, doch in der Realität sind diese Bemühungen kaum spürbar. Ausschlaggebend sind
398 hierbei nicht die Einstellungszahlen, sondern die Summe der letztlich erfolgreichen Absolventen.
399 Diese Zahl deckt gegenwärtig nicht einmal die der Abgänge durch Pensionierungen.

400 Um die Attraktivität des Polizeiberufs zu steigern und geeignete Bewerber in ausreichender Zahl
401 anzusprechen, setzt sich die AfD deshalb dafür ein, die Ausbildung heimatnah absolvieren zu können.
402 Wir fordern die bundesweit einheitliche Besoldung aller Polizisten nach Maßgabe der Bundespolizei,
403 wobei Baden-Württemberg hier mit gutem Beispiel vorangehen soll.

404 Um die Attraktivität des Operativen Dienstes zu steigern, fordern wir, die Zulagen für Nacht- und
405 Feiertagsdienste spürbar zu erhöhen und die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage herzustellen. Die
406 Ausrüstung der Polizei muss, anders als bisher, stets auf dem Stand der Technik sein, dazu gehört
407 beispielsweise auch die Einführung des „Taser“, wie er mit Erfolg schon in Rheinland-Pfalz
408 flächendeckend im Einsatz ist.

409 Außerdem ist die Polizei durch die Stärkung kommunaler Ordnungsdienste zu entlasten.

410

411 **Bereitschaftspolizei und Ausbildungsstandorte in der Fläche verfügbar** 412 **halten**

413 **Wir fordern, die Anzahl und Kapazität der Ausbildungsstandorte unter der Führung der**
414 **Polizeihochschule zu erhöhen. Der Wettbewerb um geeignete Bewerber wird erleichtert, wenn**
415 **Unterbringung und Ausbildung heimatnah erfolgen können.**

416 Eine zentrale Begründung für die grün-rote Polizeireform lautete „Mehr Polizei auf die Straße“. Mit
417 der Zentralisierung der Bereitschaftspolizei auf lediglich zwei Standorte im ganzen Land, bedeutet
418 dies vor allem mehr Zeit für die Anfahrt zu Einsätzen auf der Straße, nicht aber mehr Polizeistreifen
419 zur Erhöhung der Sicherheitslage. Um die Fahrtzeiten der Einsatzeinheiten verringern zu können,
420 fordern wir, die Bereitschaftspolizei in mindestens vier Abteilungen im Land zu stationieren.

421

422 **Grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen – Grenzen kontrollieren**

423 Wir fordern die bereits bestehenden Möglichkeiten zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden
424 Kriminalität konsequent auszuschöpfen. Dazu gehört auch die Aufstellung einer spezialisierten
425 Polizeieinheit analog der bayerischen Grenzpolizei.

426 Konsequente Grenzkontrollen, ob als schwerpunktmäßige Fahndungsaktion aus besonderen Anlässen
427 wie dem G20-Gipfel oder zuletzt auf Grund der Corona-Pandemie, gingen bisher immer mit
428 erheblichen Fahndungserfolgen und temporärem Rückgang der einschlägigen Straftaten einher.
429 Einbruchskriminalität ist zu einem ganz überwiegenden Teil grenzüberschreitende Kriminalität
430 organisierter internationaler Banden. Eine eigene Grenzpolizeieinheit könnte hier ihren Beitrag leisten.

431

432 **Interventionseinheiten vor Ort aufbauen**

433 Wir fordern den Aufbau spezieller Interventionseinheiten in großen Städten für besonders
434 anspruchsvolle Einsatzlagen.

435 Die gesteigerte Gefahr von Extremlagen, wie Amokläufe oder Terroranschläge sowie die weiter
436 ansteigende Anzahl von Straftaten unter dem Einsatz von Messern oder anderen gefährlichen
437 Gegenständen und der Anstieg von Gewalt gegen Polizeibeamte im täglichen Dienst stellen unsere
438 Sicherheitsstruktur vor erhebliche Probleme. Für diese sind die Beamten des Regeldienstes nicht
439 ausreichend ausgebildet und ausgerüstet. Für die größeren Städte in Baden-Württemberg möchten wir
440 daher lokale Interventionseinheiten mit angemessener Ausrüstung schaffen, die vorwiegend zu den
441 Hauptproblemzeiten arbeiten und die restliche Dienstzeit für das Training verwenden.

442

443 **Polizei entlasten – ausländische Straftäter konsequent abschieben**

444 Die AfD fordert eine konsequente Abschiebepolitik für ausländische Straftäter sowie weitere
445 Vereinfachungen im Ausweisungs- und Abschieberecht. Es muss auch konsequent von der
446 Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, kriminellen EU-Ausländern die Freizügigkeitsrechte zu
447 entziehen. Ausländische Gefährder müssen unverzüglich abgeschoben und bis dahin in Gewahrsam
448 genommen werden können.

449 Bereits vor Beginn der unkontrollierten Massenmigration war die Kriminalität von Ausländern im
450 Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil auffallend hoch. Aktuell liegt der Anteil der ausländischen
451 Tatverdächtigen bei etwa 40 Prozent, bei einem Bevölkerungsanteil von ca. 15 Prozent. Entsprechend
452 fällt ein hoher Arbeits- und Sachmittelaufwand bei der Polizei, den Justizbehörden und in den
453 Justizvollzugsanstalten an. Häufig handelt es sich um Mehrfachtäter. Auf Landes- und Bundesebene
454 muss alles getan werden, um unser Land vor kriminellen Ausländern zu schützen. „Kulturellen
455 Rabatt“ darf es ebenso wenig geben wie überzogene Rücksichtnahme auf „Verwurzelung“ in
456 Deutschland.

457

458

459 **Rechtsgrundlage für die Veröffentlichung von Einsatzvideos zum Zweck**
460 **der Gendarstellung und Aufklärung herstellen**

461 Häufig wird die Polizei beschuldigt, falsch oder zu hart vorgegangen zu sein. Sie wird dann genötigt,
462 sich zu rechtfertigen. Der Polizei muss daher ermöglicht werden, Videomaterial zu Aufklärungs- und
463 Gendarstellungszwecken zu veröffentlichen.

464 Polizei,„kritiker“ nutzen vielfach Videomaterial, das absichtlich manipulativ geschnitten wurde; die
465 Polizei soll darin möglichst unvoreilhaft aussehen oder angebliche Rechtsbrüche suggeriert werden.
466 Rein sachliche Stellungnahmen ermöglichen keine wirksame Abwehr gegen solche Manipulationen.
467 Deshalb ist es erforderlich, dass die Polizei auch mit Bildern und Videos antworten kann. Dies muss
468 auch dann möglich sein, wenn über besondere Gefahren oder Phänomene öffentlichkeitswirksam
469 aufgeklärt werden soll.

470

471 **Nur deutsche Staatsangehörige als Polizeibeamte einstellen**

472 Wir fordern, dass in sicherheitsrelevanten Bereichen nur noch deutsche Staatsangehörige ins
473 Beamtenverhältnis berufen werden dürfen.

474 Grundgesetz und Beamtenstatusgesetz gehen davon aus, dass Beamte Deutsche sind. Ausnahmen
475 davon können nur zugelassen werden bei dringendem dienstlichem Interesse, worüber die Länder
476 entscheiden. Baden-Württemberg stellt seit Jahren bestimmte Drittstaatler ohne deutsche
477 Staatsangehörigkeit als Polizisten ein, wenn es keine eingebürgerten Bewerber aus diesen Staaten gibt.
478 Diese Notwendigkeit besteht nicht, besonders nachdem in den letzten Jahren die deutsche
479 Staatsangehörigkeit immer leichter zu erhalten ist. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass alle
480 Beamten in sicherheitsrelevanten Berufen (z. B. Polizei, Justiz, Vollzug) die deutsche
481 Staatsangehörigkeit besitzen.

482

483 **Jeder Form von Extremismus entschlossen entgegenzutreten**

484 Wir fordern, jede Form des Extremismus konsequent zu bekämpfen! Hierbei darf es keine ideologisch
485 bedingten Schwerpunkte geben.

486 Ein Ausspielen der unterschiedlichen Extremismusformen gegeneinander hat zu unterbleiben. Die
487 ideologische und indirekt auch finanzielle Förderung von Linksextremisten zur Bekämpfung von
488 Rechtsextremismus ist absurd. Bestehende staatliche Präventionsprogramme sind daher
489 gleichberechtigt und angepasst auf das jeweilige Ausmaß der Straf- und Gewalttaten auf alle
490 Spielarten des Extremismus auszuweiten. Eine Auslagerung auf private Organisationen, deren eigenes
491 Demokratieverständnis oft genug selbst zu wünschen übrig lässt, hat zu unterbleiben. Die Förderung
492 von politisch tätigen Vereinen soll allenfalls mit größtem Augenmaß erfolgen und von der Abgabe
493 einer umfassenden Demokratieerklärung (Extremismusklausel) abhängig gemacht werden.

494

495 **Kriminalität zielgerichtet erfassen und erforschen**

496 Wir fordern, dass die polizeiliche Kriminalstatistik eine Differenzierung von Tatverdächtigen mit
497 einfacher, doppelter oder mehrfacher Staatsangehörigkeit und mit oder ohne Migrationshintergrund

498 vornimmt. Damit sollen Prävention und Aufklärung von Straftaten verbessert und in der Folge die
499 Integration erleichtert werden.

500 Aktuell finden diese Unterscheidungen in der Statistik keine Kennzeichnung und geben somit kein
501 eindeutiges Bild über die Hintergründe von Tätern. Um erfolgreich Kriminalität zu minimieren, bedarf
502 es jedoch der umfassenden und ideologiefreien, allein an den Fakten orientierten Offenlegung
503 objektiver Tatbestände.

504 Auch die politisch motivierte Kriminalität ist differenzierter darzustellen. Nicht aufgeklärte Straftaten
505 sind in diesem Bereich nicht auf Verdacht einer Gruppe zuzuordnen, sondern als „nicht zuzuordnen“
506 zu erfassen. Aktuell werden beispielsweise Hakenkreuzschmierereien an AfD-Büros als
507 „rechtsmotiviert“ erfasst, während das Abreißen oder Zerstören von AfD-Wahlplakaten als „nicht
508 zuordenbar“ erfasst wird. Diese Verfahrensweise verfälscht die Statistik und die öffentliche
509 Wahrnehmung. Sie ist zu korrigieren!

510 In die polizeiliche Kriminalitätsstatistik fließen nur die zur Anzeige gebrachten Straftaten ein
511 (Hellfeld). Die Mehrzahl der begangenen Straftaten wird nicht polizeibekannt (Dunkelfeld). Um ein
512 realistisches Lagebild zu erhalten, sehen wir es als unabdingbar an, dass regelmäßig sogenannte
513 „Dunkelfeldstudien“ durch objektive Forschungsinstitute durchgeführt werden.

514

515 **Besitzer legaler Waffen nicht unter Pauschalverdacht stellen**

516 Die AfD fordert eine aussagekräftige Erfassung von Straftaten mit Schusswaffen. Dabei ist exakt
517 zwischen legalem und illegalem Besitz und zwischen erwerbsscheinpflichtigen und anderen Waffen zu
518 unterscheiden.

519 Zukünftige Anpassungen des Waffengesetzes dürfen sich nur an Fakten, niemals aber an Ideologien
520 orientieren. Bei den seltenen Verstößen oder Verbrechen ist der jeweiligen Täter hart zu bestrafen.
521 Schikanen für die rechtstreuen Legalwaffenbesitzer über Verschärfungen des Waffenrechts lehnen wir
522 grundsätzlich ab. Die AfD will den Kampf gegen Waffen, die illegal im Besitz sind oder geführt
523 werden, intensivieren. Besonders bei Gruppen, die häufig durch Straftaten mit Waffen auffallen – wie
524 Rocker, Familienclans oder Zuwanderer aus gewaltaffinen Gesellschaften - müssen alle staatlichen
525 Möglichkeiten zur Bekämpfung dieser Kriminalitätsform genutzt werden. Personal und
526 Anstrengungen im Bereich Organisierte Kriminalität (OK) sind wesentlich zu intensivieren.

527

528 **Soldaten wertschätzen, öffentliche Sicherheit verbessern**

529 Zur Erhöhung der Fahrgastsicherheit im ÖPNV und gleichzeitig als Wertschätzung jener Bürger, die
530 für unsere Sicherheit und unsere körperliche Unversehrtheit sorgen, setzen wir uns dafür ein, dass
531 Soldaten – wie bereits Polizisten - zukünftig in Baden-Württemberg in Uniform bzw. Dienstkleidung
532 kostenlos den ÖPNV nutzen können.

533

534

535 **Behördliche Gängelung von Waffensammlern, Jägern und Sportschützen** 536 **beenden**

537 Die AfD tritt für die Rücknahme des Dritten Waffenrechtsänderungsgesetzes vom Februar 2020 ein.
538 Schon vorher verfügte Deutschland bereits über eines der schärfsten Waffengesetze weltweit, welches
539 auch die EU-Forderungen in weiten Teilen überstieg. Waffenaufbewahrungs-Kontrollen müssen
540 gebührenfrei sein.

541 Die AfD verwehrt sich grundsätzlich allen weiteren waffenrechtlichen Einschränkungen und spricht
542 sich für Lockerungen aus. Besitzer legaler Waffen sind die rechtstreueste Bevölkerungsgruppe
543 überhaupt. Sie dürfen nicht kriminalisiert und unter Generalverdacht gestellt werden. Die
544 Verwaltungsvorschriften zur Durchführung des Waffenrechts auf Landesebene wollen wir
545 entschlacken und die Verwaltungsgebühren (z. B. für WBK, Eintrag von Waffen,
546 Munitionserwerbserlaubnis usw.) auf eine geringe Höhe vereinheitlichen.

547 Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, die verdachtsunabhängigen, anlasslosen
548 Waffenaufbewahrungskontrollen abzuschaffen. Gebühren für diese Kontrollen sollen landesweit nicht
549 mehr erhoben werden.

550

551 **Ehrenamt, Bürgerengagement, Sicherheits- und Rettungsorganisationen** 552 **stärken**

553 Wir fordern die verstärkte Würdigung und Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten der Bürger
554 Baden-Württembergs. Das Eintreten der Zivilbevölkerung für ihr Gemeinwesen ist eine ehrenvolle
555 Pflicht.

556 Aktuell können wir in Baden-Württemberg eine Ehrenamtsquote von weit über 40 Prozent aufweisen.
557 Doch werden die Freiwilligen von erheblichen Nachwuchssorgen geplagt. Diese alarmierende
558 Entwicklung ist dem demographischen Wandel und der mangelnden Wertschätzung von Ehrenämtern
559 geschuldet. Um im Katastrophenfall Sicherheit gewährleisten zu können, halten wir die
560 Wiedereinsetzung der Wehrpflicht, auch leistbar als Wehersatzdienst (gem. Artikel 12a GG), für
561 angebracht.

562 Dies führen wir in unserem Bundestagswahlprogramm als wichtigen Baustein an, um Deutschland für
563 mögliche kommende Katastrophenfälle vorzubereiten. Außerdem fordern wir:

- 564 • Die finanzielle und ideelle Stärkung zivilen bürgerschaftlichen Engagements.
- 565 • Das Engagement der Ehrenamtlichen in den Behörden und Organisationen mit
566 Sicherheitsaufgaben (BOS) soll honoriert werden. Dies kann durch freien Eintritt in alle
567 Einrichtungen und Veranstaltungen, bei denen sich das Land mit Zuschüssen beteiligt, für die
568 Ehrenamtlichen und ihre engsten Angehörigen erfolgen. Förderungen durch Landeszuschüsse sind
569 nur noch unter Einhaltung dieser Bedingung zu gewähren und in der Fördersumme zu
570 berücksichtigen.
- 571 • Eine Anpassung der Übungsleiter- und Ehrenamtszuschüsse und eine Erhöhung der
572 Umsatzfreigrenze für die Besteuerung steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetriebe bei
573 gemeinnützigen Vereinen.

- 574 • Einen „Tag des Heimatschutzes“ an Schulen einzuführen, an dem BOS-Einheiten und unsere
575 Streitkräfte aktiv über ihre Ziele, Aufgaben und Arbeit informieren und Nachwuchswerbung
576 betreiben können.
- 577 • Die Rolle der Bundeswehr als nationale Verteidigungsarmee und notwendiger Baustein unseres
578 demokratischen Staatswesens in den Schulen zu vermitteln
- 579 • Die Versorgung von sogenannten Flüchtlingen, die sich zumeist als illegale Einwanderer
580 entpuppen, nicht der Bundeswehr als Aufgabe zu übertragen. Unsere Soldaten dürfen nicht als
581 Handlanger und Hilfsarbeiter für Aufgaben missbraucht werden, für die sich sonst niemand finden
582 lässt.
- 583 • Die Ergebnisse von Risikoanalysen für Pandemielagen, wie sie schon 2012 vom Robert-Koch-
584 Institut für eine Pandemie veröffentlicht wurden, ernst zu nehmen und in die Pandemieplanung
585 des Landes, in Ausbildung, Ausrüstung und Ausstattung einfließen zu lassen.

586

587 **Nach dem US-Truppenabzug aus Baden-Württemberg:** 588 **Verteidigungsfähigkeit Deutschlands in der multipolaren Welt** 589 **wiederherstellen**

590

591 Der Wandel zur multipolaren Welt und der zunehmende militärische Fokus der USA auf China
592 bedingen eine stärkere deutsche Fähigkeit zur Landesverteidigung, sowohl im Bündnis mit anderen
593 Staaten als auch eigenständig. Der angekündigte Abzug von US-Truppen aus Deutschland ist
594 Ausdruck dieser Lage. Weitere Truppenabzüge der USA sind zu erwarten. Wir begrüßen dies im
595 Sinne der Stärkung unserer Souveränität. Die Truppenabzüge verwirklichen teilweise die Forderung
596 der AfD nach dem Abzug ausländischer Truppen aus Deutschland. Zugleich stellt sich durch die
597 Truppenabzüge mit größter Dringlichkeit die Aufgabe, die deutsche Verteidigungsfähigkeit
598 wiederherzustellen.

599 Die Mitgliedschaft in der Nato entspricht in weiten Teilen den deutschen Interessen, zugleich ist die
600 feindselige Haltung der Nato gegenüber Russland nicht im deutschen Interesse. Es ist unabdingbar, die
601 militärischen Fähigkeiten der deutschen Streitkräfte – nach dem katastrophalen Missmanagement
602 durch die Verteidigungsministerinnen von der Leyen und Kramp-Karrenbauer – wiederherzustellen,
603 um Anschluss an die strategischen und operativen Erfordernisse zu finden. Die Landesverteidigung ist
604 die zentrale Aufgabe der Bundeswehr; im Notfall muss sie dazu autonom in der Lage sein. Die
605 deutschen Streitkräfte müssen außerdem in erforderlichem Maß zur Krisenvorsorge befähigt werden.

606 Folglich sind im gleichen Rahmen, wie der Abzug der US-Truppen aus Baden-Württemberg
607 vollzogen wird, die freiwerdenden Stützpunkte mit deutschen Truppenteilen aufzufüllen. Dabei
608 müssen Standorte wie Donaueschingen und Calw, mit dem KSK (Kommando Spezialkräfte) gestärkt
609 und ausgebaut werden. Die frei werdenden US-Liegenschaften wie die Panzerkaserne in Böblingen
610 und die Patch Barracks, ehemals Kurmärker Kaserne, mit ihrem Standortübungsplatz sind wieder
611 deutschen Militäreinheiten zuzuführen. Eine in der Bevölkerung verankerte Bundeswehr ist ein Garant
612 für unsere Verteidigungsfähigkeit und damit für Frieden, Freiheit und Demokratie.

613

614 **Effektivität im Justizsystem wiederherstellen**

615 Die AfD fordert, dass die Arbeitsfähigkeit der Justiz durch angemessene personelle und materielle
616 Ausstattung gesichert wird. Haushaltspolitik muss die Voraussetzungen für eine effektive Justiz
617 schaffen und darf sie nicht aushöhlen.

618 Durch die hohen Fallzahlen bei vielfach zusätzlich steigender Komplexität der Justizverfahren ist das
619 Legalitätsprinzip (Strafverfolgungszwang) vielfach einem Kapazitätsprinzip gewichen. Überlange
620 Strafverfahren mit zu milden Urteilen bis hin zu Entlassungen dringend tatverdächtiger Straftäter aus
621 der Untersuchungshaft sind die Folge. Dies gefährdet das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat.
622 Dem ist durch materielle und ideelle Stärkung der Justiz abzuhelpfen.

623

624 **Keine verfassungswidrige Paralleljustiz tolerieren**

625 Die AfD fordert die konsequente Verfolgung verfassungswidriger Paralleljustiz im Rahmen des
626 geltenden Rechts. Wir stehen für die Achtung und Einhaltung der bestehenden deutschen
627 Strafgesetzgebung. Rücksichtnahme auf Eigenheiten und Rechtsnormen aus anderen Kulturkreisen
628 lehnen wir ab.

629 Die Rechtsprechung obliegt gemäß dem Grundgesetz Richtern, die sich als Berufsrichter und
630 ehrenamtliche Richter um die Verwirklichung der Rechtsordnung kümmern. Das Gewaltmonopol
631 gehört ausschließlich dem Staat. Diese Tatsache missachtend sind in unserem Land islamische
632 Friedensrichter aktiv, die bestrebt sind, Konflikte nach dem Gesetz der Scharia zu regeln, um die
633 Beteiligten vor dem Strafverfolgungsanspruch des Staates zu schützen. Das kann nicht hingenommen
634 werden.

635

636 **Einfach gelagerte Strafverfahren zeitlich straffen**

637 Die AfD fordert den verstärkten Einsatz beschleunigter Verfahren seitens der Staatsanwaltschaften,
638 um zwischen Tat und Urteil möglichst wenig Zeit zu verlieren.

639 Durch die zeitliche Straffung einfach gelagerter Strafverfahren kann die erzieherische Wirkung gerade
640 auch bei Jugendlichen und Heranwachsenden besser zur Geltung kommen. Die AfD setzt sich für das
641 beschleunigte Verfahren auch im Jugendstrafrecht ein. Verfahrensverkürzung durch Schnellgerichte
642 ist der Vorzug zu geben.

643

644 **Den Anspruch „im Namen des Volkes“ bei Urteilen erfüllen**

645 Entscheidungen der Staatsanwaltschaft in Strafverfahren und auch Strafurteile von Richtern stehen
646 immer wieder in der Kritik, weil sie der Schwere der Tat, der Schuld der Täter oder den Folgen für die
647 Verbrechenopfer nicht angemessen sind. Die Entfremdung von der Realität der Straße und der
648 Lebenswirklichkeit der Polizei ist dafür eine Ursache.

649 Laut einer Civey-Umfrage von Ende 2019 vertrauen nur noch 39 Prozent der Bundesbürger unserer
650 Justiz. Dieses Misstrauen wird insbesondere durch immer wieder vorkommende, völlig lebensfremde
651 Urteile oder massenhafte Verfahrenseinstellungen durch Staatsanwälte weiter befördert. Selbst
652 schwere Vergehen kommen teilweise nicht vor Gericht, sondern werden per Strafbefehl bequem
653 „erledigt“. Je niedriger die Strafe, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass Straftäter keine
654 Rechtsmittel einlegen. Das Volk, in dessen Namen geurteilt wird, hat dafür kein Verständnis. Wir
655 fordern daher verpflichtende Hospitationen von Jurastudenten bei der Vollzugspolizei, die Beendigung
656 der Personalnot bei den Strafverfolgern und flächendeckende Angebote für Strafrichter, ebenfalls bei
657 der Vollzugspolizei zu hospitieren. Auf diese Weise soll ein realitätsnahes Bild der Lebenswirklichkeit

658 und von Täterverhalten vermittelt werden, welches vor Gericht oder bei Vertretung durch Anwälte oft
659 nicht mehr kenntlich ist.

660

661 **Landesamt für Verfassungsschutz reformieren**

662 Das Landesamt für Verfassungsschutz wird, neben seinen für die Sicherheitsarchitektur unseres
663 Landes bedeutsamen Aufgaben, zunehmend politisch instrumentalisiert. Dies führt zu einer
664 Einschüchterung politisch Andersdenkender und damit zu einer Verengung des Meinungskorridors in
665 unserem Land.

666 Unser Land braucht einen Inlandsgeheimdienst, der Einflussorganisationen fremder Mächte und
667 NGOs aufklärt, Spionage und Wirtschaftsspionage sowie Terrorismus bekämpft. Tendenzen zu
668 Gesinnungsprüfungen oder der Entstehung einer Gedankenpolizei stellen wir uns entgegen.
669 Überwachung der legitimen Oppositionsparteien und -bewegungen oder deren öffentliche
670 Diffamierung müssen umgehend beendet werden. Wir setzen uns daher für eine grundlegende Reform
671 des Verfassungsschutzes ein. Er muss sich, neben dem oben benannten wichtigen Sicherheitsaufgaben,
672 auf die Abwehr von Organisationen und Personen konzentrieren, welche unser Gemeinwesen und
673 unsere demokratischen Grundlagen substanziell bedrohen.

674

675 **Der Islam gehört nicht zu Deutschland**

676

677 **Bedrohung durch den politischen Islam ernst nehmen**

678 Viele Muslime leben als gut integrierte Mitbürger in unserem Land. Das gilt insbesondere für
679 friedliche Muslime, die den Islam im Sinne eines persönlichen Glaubensbekenntnisses leben wollen.
680 Der politische Islam und die Scharia sind abzulehnen; ihnen ist mit allen Mitteln des Rechtsstaats
681 entschieden entgegenzuwirken.

682 Ausländische Imame, die gegen unsere Rechtsordnung agitieren, sind des Landes zu verweisen; gegen
683 Imame mit deutscher Staatsangehörigkeit, die dies tun, ist konsequent juristisch vorzugehen. Die
684 ausländische Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen ist zu unterbinden.

685 Verfassungsfeindliche religiöse Vereine sind zu verbieten. Der importierte Antisemitismus in Wort
686 oder Tat ist genauso entschlossen zu bekämpfen wie der einheimische.

687

688 **Freiheit der Frau gewährleisten – Vollverschleierung und Vielehe 689 untersagen**

690 Die Vollverschleierung ist ein Symbol für die Unfreiheit der Frau, sie passt nicht in unsere
691 demokratisch-freiheitliche Gesellschaft. Dasselbe gilt für Polygamie, Zwangs- und Kinderehe, die in
692 Baden-Württemberg keine Gültigkeit haben dürfen.

693 Im Öffentlichen Dienst dürfen keine Kopftücher getragen werden, denn sie widersprechen dem
694 weltanschaulichen Neutralitätsgebot. Der Barbarei der sogenannten „Ehrenmorde“ ist mit der ganzen
695 Härte der Justiz zu begegnen.

696
697
698
699
700
701
702
703
704
705
706
707
708
709
710
711
712
713
714
715
716
717
718
719
720
721
722
723
724
725
726
727
728

Islamischen Herrschaftsanspruch zurückweisen – Muezzinruf und doktrinären Islamunterricht unterbinden

Der Muezzinruf formuliert den Herrschaftsanspruch des politischen Islam. Dieser ist mit unserer Kultur und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Auch der religiöse Islamunterricht öffnet fundamentalistischen Einflüssen Tür und Tor und sollte daher unterbleiben.

Minarette sind im Rahmen des öffentlichen Baurechts nur dann zu erlauben, wenn sie sich in die vorhandene Bebauung einfügen. Der Muezzinruf ist generell zu untersagen. An Universitäten ist bekenntnisneutrale Islamwissenschaft zu lehren, an Schulen sachliche Islamkunde im Fach Ethik zu unterrichten.

729

3. Zuwanderung beschränken – Asylmissbrauch beenden

730

731 Die etablierten Parteien in Bund und Ländern – auch und gerade in Baden-Württemberg – versuchen
732 bis heute, einer ernsthaften Auseinandersetzung über die Folgen der unregulierten
733 Massenzuwanderung nach Deutschland aus dem Wege zu gehen. 2015/2016 hat diese
734 Massenzuwanderung einen bis dahin nicht für möglich gehaltenen Höhepunkt erreicht. Über eine
735 Million Asylbewerber, von denen nur ein geringer Teil einen tatsächlichen Asylgrund vorweisen
736 konnte, drängten nach Deutschland und überschritten zum großen Teil ohne jegliche Kontrolle die
737 Grenze. Geltendes Recht wurde dabei außer Kraft gesetzt. Der heutige Bundesminister des Innern und
738 damalige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer sprach zutreffend von einer „Herrschaft des
739 Unrechts“. Dies alles geschah und geschieht auf maßgebliches Betreiben der Bundeskanzlerin, ohne
740 zwingenden Grund und in völliger Verkennung der gesellschaftlichen und sozialen Verwerfungen, die
741 diese – bis heute anhaltende – Massenzuwanderung auslösen muss.

742 Die handelnden Akteure nehmen bis heute einen Kontrollverlust des Staates in der Migrationspolitik
743 billigend in Kauf; alle Parteien mit Ausnahme der AfD tragen ihn mit. Dieser Kontrollverlust wurde in
744 der Stuttgarter Gewaltnacht vom 20. Juni 2020, als hunderte vornehmlich migrantische Jugendliche
745 die Stuttgarter Innenstadt verwüsteten, ohne dass die Polizei dem Einhalt gebieten konnte, in
746 dramatischer Weise offenkundig.

747 Die ganze Irrationalität der Asylpolitik zeigte sich zuletzt im Frühjahr 2020, als wegen der Corona-
748 Pandemie EU-Ausländer an der Grenze zurückgewiesen wurden, Asylantragsteller hingegen nicht,
749 sogar wenn sie aus Staaten mit hohem Infektionsrisiko kamen; sie konnten ungehindert einreisen.
750 Auch der Anteil von Migranten ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland liegt seit Jahren im hohen
751 sechsstelligen Bereich und wächst täglich weiter.

752 Neben den gravierenden Folgen für die innere Sicherheit stellt vor allem die faktische soziale
753 Gleichstellung von Millionen Zugewanderten mit den hier seit Generationen sesshaften Einheimischen
754 und integrierten Ausländern eine eklatante soziale Ungerechtigkeit dar, deren Folgen die Fundamente
755 des Sozialstaates erodieren lassen. Die AfD ist angetreten, diese Missstände, die den Bestand des
756 Gemeinwesens nachhaltig bedrohen, grundlegend zu ändern.

757

758 Abschiebung gegen alle Widerstände durchsetzen

759 Die seit Jahren nach Deutschland und Baden-Württemberg strömenden Migranten können häufig
760 keinen erkennbaren Asylgrund vorweisen. Es handelt sich in der erdrückenden Mehrzahl um
761 „Wirtschaftsflüchtlinge“. Dennoch erhalten sie oft ein Bleiberecht, mit der Folge, dass die
762 „Parallelgesellschaften“ in Deutschland und damit auch Baden-Württemberg weiter anwachsen. Die
763 AfD will durch eine Fülle von Maßnahmen für eine Vervielfachung der Abschiebezahlen sorgen.

764 Die Grünen, die SPD, Teile der CDU und unzählige Flüchtlingslobbyisten der „Zivilgesellschaft“ und
765 mit ihnen verbündete Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und Medien, aber auch die linksextreme
766 Szene versuchen mit allen legalen und teilweise illegalen Mitteln auch noch die wenigen
767 Abschiebungen, die angeordnet werden, zu verhindern, oft mit Erfolg. Die hier anfallenden Kosten
768 tragen sie nicht etwa selbst, sondern die Allgemeinheit, sprich der deutsche Steuerzahler.

769 Die Zahl der Ausreisepflichtigen in unserem Land steigt ebenso beständig, wie die Zahl der
770 Abschiebungen sinkt. Die AfD tritt dafür ein, die Abschiebezahlen zu vervielfachen.

771 Der Stau muss aufgelöst werden. Ein Staatsversagen, wie es in der Landeserstaufnahmestelle
772 Ellwangen im Mai 2018 eingetreten ist, darf sich nicht wiederholen. Dort musste die Polizei erstmals
773 der Gewalt von Asylbewerbern weichen, als sie eine Abschiebung vollziehen wollte.

774 Deshalb sind folgende Maßnahmen zu ergreifen und konsequent durchzusetzen:

- 775 • personelle Aufstockung der zentralen Abschiebebehörde in Karlsruhe um 100 Prozent,
776 Gegenfinanzierung durch die Abschaffung der rund 1200 „Integrationsmanager“;
- 777 • Vervielfachung der Abschiebeeinheiten der Polizei (bisher 21 Mann für das ganze Land);
778 Wiederherstellung der Autorität der Abschiebebehörden und deren moralische und rechtliche
779 Unterstützung; sofortiger Ausbau der Abschiebehafteinrichtung Pforzheim auf die
780 versprochenen 80 Plätze und Schaffung von mindestens 100 weiteren Abschiebehaftplätzen
781 dort oder andernorts; unverzügliche Umsetzung der bis 2022 befristeten Möglichkeit,
782 Abschiebehaftlinge in normalen Haftanstalten unterzubringen; straffes Management der
783 staatlichen Gemeinschaftsunterkünfte mit dem Ziel der Kontrolle und Durchsetzung der
784 Wohnsitzverpflichtungen, um Abschiebungen zu ermöglichen; konsequente strafrechtliche
785 Verfolgung von Personen, die Abschiebetermine an die Betroffenen durchstechen;
- 786 • Weitestgehende Mittelstreichung für alle nichtstaatlichen Flüchtlingshilfsorganisationen; die
787 wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Ländern, die sich der Aufnahme ihrer abgeschobenen
788 Staatsangehörigen verweigern, muss auch auf Landesebene eingestellt werden können.

789

790 **Ankerzentren für ein schnelleres und effektiveres Asylverfahren**

791 **In der Organisation der „Flüchtlings“-Aufnahme liegen wesentliche Möglichkeiten zur Beendigung**
792 **des Asylmissbrauchs. Diese wollen wir ausschöpfen.**

793 Durch Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentren (AnkER-Zentren) als moderne
794 Dienstleistungsbehörde nach bayerischem Vorbild könnten die Asylverfahren und Abschiebungen
795 schneller durchgeführt werden. Eine Verteilung Ausreisepflichtiger auf Städte und Gemeinden würde
796 auf diese Weise unterbleiben; bisher verhindert auch das eine effiziente Abschiebung.

797 Die AfD fordert deshalb:

- 798 • die Einführung von Ankerzentren in Baden-Württemberg, damit eine Zuweisung der
799 Asylbewerber auf wenige Standorte erfolgen kann;
- 800 • keine Verteilung abgelehnter Asylbewerber mehr in die Fläche, da hiermit Abschiebungen
801 erschwert werden;
- 802 • die Aufstellung einer baden-württembergischen „Grenzschutzpolizei“ nach bayerischem
803 Vorbild, welche die Bundespolizei bei der Grenzsicherung unterstützt.

804

805 **Rückführungsprogramm der AfD „Fit4Return“ umsetzen**

806 **Asyl gilt nur auf Zeit. Rückkehr statt Resettlement ist das Gebot der Stunde.**

807 Asyl ist ein Aufenthaltsrecht auf Zeit! Diejenigen, die als Asylbewerber anerkannt sind, sind dann zur
808 Ausreise verpflichtet, wenn keine konkrete Gefahr für Leib und Leben im Heimatland mehr gegeben
809 ist. Tatsächlich ist es aber zur Regel geworden, dass dieser Personenkreis auch nach Wegfall des

810 Asylgrundes, oft durch Unterstützung einschlägiger Flüchtlingsinitiativen, dauerhaft in Deutschland
811 bleibt.

812 Die AfD fordert daher,

- 813 • dass der Asylstatus automatisch entfällt, wenn eine Rückkehr möglich ist;
- 814 • dass ein Daueraufenthaltsrecht nach Asylanerkennung – anders als bisher – nicht mehr erteilt
815 wird;
- 816 • dass ein „Urlaub“ im oder eine Reise in das Herkunftsland durch anerkannte Asylbewerber
817 zum sofortigen Erlöschen der Asylberechtigung führen muss.

818 Die AfD hat hier unter anderem diejenigen Herkunftsstaaten im Blick, in denen (Bürger-)Krieg
819 herrschte und die wiederaufgebaut werden müssen. Rückkehrpflichtigen Asylbewerbern und ihren
820 Herkunftsländern eröffnet sich dann eine große Chance, wenn Rückkehrer wertvolle berufliche
821 Kenntnisse, die sie in Deutschland erworben haben, mitbringen. Diese Kenntnisse können sie dort zum
822 eigenen Nutzen und zum Nutzen ihres Heimatlandes anwenden.

823 Mit dem von der AfD entwickelten Programm „Fit4Return“ soll die Möglichkeit der Implementierung
824 eines umfangreichen Qualifizierungsprogramms für Asylbewerber in Baden-Württemberg eröffnet
825 werden.

826

827 **Soziale Ungerechtigkeit beenden**

828 *Asylanerkennung kurz nach Überqueren der Grenze kann nicht länger den automatischen, sofortigen,
829 zeitlich und inhaltlich unbegrenzten Anspruch auf alle Leistungen des Wohlfahrtsstaates bedeuten. Er
830 muss auf die Teile der Bevölkerung begrenzt werden, die entsprechende Anwartschaften, teilweise
831 über Generationen hinweg, erbracht haben. Die AfD will die soziale Gerechtigkeit auch hier
832 herstellen.*

833 In den Herkunftsländern der meisten Asylbewerber gibt es häufig keinerlei soziale Absicherung gegen
834 Arbeitslosigkeit, Krankheit, Behinderung oder Alter. Vor diesem Hintergrund kann es nicht
835 verwundern, dass das Füllhorn sozialer Leistungen, zu dem anerkannte Asylbewerber in Deutschland
836 Zugang erhalten, einen massiven Zuwanderungsanreiz auslöst. Existenzsorgen braucht sich dieser
837 Personenkreis auch dann nicht zu machen, wenn er nicht oder gering qualifiziert ist oder sich in eine
838 „Parallelgesellschaft“ zurückzieht.

839 Anerkannte Asylbewerber werden in allen sozialen Sicherungssystemen (Grundsicherung,
840 Versorgungsleistungen, Sozialhilfe etc.) vollkommen gleichgestellt. Dies stellt eine gewaltige soziale
841 Ungerechtigkeit dar, denn die einheimische Bevölkerung hat über viele Generationen unter großen
842 Anstrengungen unseren Wohlstand erarbeitet. Der ausgebaute deutsche Sozialstaat basiert auf diesem
843 Wohlstand, zu dem auch viele integrierte Ausländer beigetragen haben. Es kann nicht sein, dass
844 Millionen Migranten innerhalb kürzester Zeit, ohne substanzielle Beiträge für diesen Sozialstaat
845 geleistet zu haben, lebenslang Leistungen beziehen können, die von der Solidargemeinschaft
846 erwirtschaftet werden.

847 Die AfD fordert deshalb:

- 848 • ein Ende der unregulierten und unqualifizierten Massenzuwanderung;

- 849 • Abschläge und Karenzzeiten in den Sozialsystemen für anerkannte Asylbewerber und ihre
850 Familien;
- 851 • dass sich die baden-württembergischen Mitglieder im Bundesrat dafür einsetzen, den Standard
852 der Versorgung Asylsuchender zu senken und sich dafür verwenden, einen Abschlag bei der
853 Sozialhilfe bei Integrationsunwilligkeit von Ausländern mit dauerhaftem Bleiberecht nach
854 österreichischem Vorbild durchzusetzen.

855

856 **Sozialstaat schließt offene Grenzen aus – Fehlanreize umfassend abbauen**

857 Immer noch werden Asylbewerber mit großzügigen Leistungen förmlich nach Deutschland gelockt.
858 Die AfD will das ändern.

859 Deutschland sorgt für den Lebensunterhalt aller Asylbewerber teilweise in Bargeld, lässt sie nach
860 Verstreichen bestimmter Fristen arbeiten und stellt ihnen eines der besten Gesundheits- und
861 Sozialsysteme der Welt zur Verfügung. Teilweise – so im Gesundheitsbereich und bei
862 Leistungskürzungen – bestehen Ansprüche, die höher sind als jene von Sozialhilfeempfängern. Alle
863 diese Fehlanreize müssen so umfassend beseitigt werden, dass die illegale Zuwanderung aus
864 wirtschaftlichen Gründen unattraktiv wird.

865 Die AfD fordert daher:

- 866 • die verbleibenden gesetzlichen Spielräume zu nutzen, um alle Geldleistungen in
867 Sachleistungen umzuwandeln;
- 868 • die Aufstockung der Asylbewerberleistungen auf die Sätze der Sozialhilfe nach einer gewissen
869 Zeitdauer („Analogleistungen“) abzuschaffen;
- 870 • die Arbeitsaufnahme während der laufenden Asylverfahrens und bei Ablehnung des
871 Asylantrages zu untersagen;
- 872 • eine Besserstellung von Asylbewerbern bei der Gesundheitsversorgung gegenüber Deutschen
873 und sonstigen einheimischen Kassenpatienten – soweit dies nach Landesrecht möglich ist – zu
874 beenden.

875

876 **Die tatsächliche Höhe der Flüchtlingskosten endlich transparent machen**

877 Die Höhe der „Flüchtlingskosten“ ist eines der bestgehüteten Geheimnisse deutscher Innen- und
878 Finanzpolitik. Sie muss endlich transparent für die Bürger dargestellt werden.

879 Bundeskanzlerin Merkel hat den Deutschen ungeheure Kosten aufgeladen, um der Welt „ein
880 freundliches Gesicht“ zeigen zu können. Allein Baden-Württemberg gab 2016 hierfür etwa 2,4
881 Milliarden Euro aus. Es ist davon auszugehen, dass die realen Zahlen weit höher lagen bzw. immer
882 noch liegen, da in dieser Summe unzählige versteckte Kosten nicht enthalten sind. Politiker,
883 Kirchenfunktionäre, Linksintellektuelle, Journalisten oder sonstige Akteure, die ständig die Aufnahme
884 von immer mehr „Flüchtlings“ fordern, handeln unverantwortlich, weil sie dieser und kommenden
885 Generationen ungeheure Lasten aufbürden. Dass einer der Genannten die Kosten für die „Flüchtlinge“,
886 deren Aufnahme er fordert, je aus eigener Tasche übernommen hätte, ist nicht bekannt.

887 Die AfD fordert deshalb:

- 888 • die Schaffung eines umfassenden, nachvollziehbaren, transparenten „Flüchtlingshaushalts“, in
889 den alle Kosten aller Ebenen einfließen;
- 890 • die Abschaffung zweifelhafter Pauschalen an die Kommunen durch das Land;
- 891 • die unmittelbar zeitnahe Erhebung, Abrechnung bzw. Erstattung aller – auch der versteckten –
892 Kosten, die den Kommunen durch die unregulierte Migrationspolitik entstehen, durch das
893 Land.

894

895 **Schlupflöcher zur Aufenthaltsverlängerung schließen**

896 „Beratung“ von Flüchtlingshelfern, Härtefallkommission und Petitionen bewirken häufig, dass
897 Ausreisepflichtige hierbleiben und Abschiebungen erschwert oder unmöglich werden, obwohl
898 Gerichte die Abschiebung erlaubt haben. Die AfD will diese Wege versperren.

899 Ist ein Asylverfahren – die sich teilweise durch etliche Gerichtsinstanzen ziehen – rechtskräftig
900 negativ abgeschlossen und der abgelehnte Asylbewerber zur Ausreise aufgefordert worden, kommt er
901 dem in der Regel nicht nach. Er leistet den Anordnungen des Staates, der ihn fürsorglich
902 aufgenommen hat, ganz einfach keine Folge.

903 Zahlreiche Schlupflöcher ermöglichen ohne Probleme ganz legal seinen weiteren Verbleib. Unzählige
904 „Flüchtlingsberatungen“ gemeinnütziger Träger unterstützen ihn in diesen Fragen, denn sie profitieren
905 von der staatlichen Finanzierung ihrer „Flüchtlingshilfe“. Sie profitieren umso mehr, je mehr
906 Asylbewerber kommen und je länger diese bleiben. Dies ist ein Systemfehler: Der Staat soll den
907 Aufenthalt beenden und nicht Organisationen finanzieren, die auf das Gegenteil hinarbeiten. Die
908 Härtefallkommission soll sogar dazu missbraucht werden, ausländerrechtliche Fehlzeiten bis zur
909 Erteilung einer Beschäftigungsduldung zu überbrücken.

910 All dies trägt zur Verstetigung des Aufenthalts auch für solche Menschen bei, die ausreisen müssten.

911

912 Die AfD fordert daher:

- 913 • eine „Flüchtlingsberatung“ darf nur durch staatliche Stellen erfolgen, die Beauftragung freier
914 Träger ist zu beenden; perspektivisch ist sie ganz abzuschaffen;
- 915 • die Härtefallkommission abzuschaffen;
- 916 • über Petitionen abgelehnter Asylbewerber binnen kürzester Frist zu entscheiden.

917

918

919

920

921

922

923 **4. Für eine bürgerorientierte Wirtschaftspolitik und tragfähige** 924 **öffentliche Finanzen**

925 Die soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards war einst Triebfeder für wirtschaftlichen Auf-
926 schwung und Wohlstand in unserem Land. Forschung, Entwicklung, Innovationen und private
927 Investitionen konnten gedeihen. Nur wenn sich Leistung sowohl für den Einzelnen als auch für
928 Firmen und Institutionen lohnt, sind Menschen leistungsbereit und der Unternehmergeist kann
929 sich entfalten.

930 15 Jahre Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel und 10 Jahre Landesregierung unter Winfried
931 Kretschmann in Baden-Württemberg, finalisiert durch das Versagen der Regierungsparteien in
932 Land und Bund in der sogenannten Corona-Krise im ersten Halbjahr 2020, haben zur
933 schwersten Wirtschaftskrise seit 70 Jahren geführt. Das Corona-Virus ist nicht Ursache der
934 Krise, die Corona-Maßnahmen sind jedoch deren Brandbeschleuniger. Aber Corona hat die
935 Inkompetenz der Altparteien vielen Bürgern dramatisch vor Augen geführt – und darin liegt die
936 Chance, endlich alle gescheiterten Konzepte aufzugeben und wirtschaftlich und politisch neue
937 Wege zu gehen. Dann kann Baden-Württemberg sogar gestärkt aus dieser Krise hervorgehen.

938 Schon vor Corona wurde die wirtschaftliche Freiheit der Unternehmen durch gesetzliche
939 Auflagen und Verordnungen von den Kommunen über das Land, den Bund und die EU samt
940 dazugehörigen Kontrollmechanismen massiv eingeschränkt. Vor allem der bürokratische
941 Moloch in Brüssel, wo in einem ideologischen Paralleluniversum realitätsferne Verordnungen
942 entwickelt werden, ist zum Hemmschuh wirtschaftlicher Entwicklung geworden. Immer engere
943 Handlungsspielräume und die inzwischen weltweit höchsten Energiekosten lähmen die
944 Unternehmen.

945 Die Basis für einen wirtschaftlichen Aufbruch sind daher gründliche Entbürokratisierung,
946 Entlastung bei Steuern und Abgaben sowie neue und verbesserte Produkte, Leistungen und
947 Innovationen. Deren Bedarf kann nicht vom Staat durch Gängelung oder Vorschriften künstlich
948 erzeugt werden, sie müssen in freier Entscheidung gekauft werden – weil Kunden sie haben
949 wollen und einen Mehrwert dadurch erfahren. Sozialistische Planwirtschaft, der wir uns immer
950 mehr annähern, hat noch niemals funktioniert. Der Staat muss sich als Partner und Förderer der
951 Wirtschaft verstehen, nicht als deren Regulierungsbehörde.

952

953 **Auswirkungen der Corona-Krise bekämpfen**

954 Die Folgen der Corona-Krise sind maßgeblich von den Regierungen in Berlin und Stuttgart
955 verschuldet worden. Zuerst blieben sie viel zu lange untätig, um dann mit einem völlig überzogenen
956 Lockdown wirtschaftliche Schäden im dreistelligen Milliardenbereich anzurichten. In Kombination
957 mit den vorherigen Fehlleistungen von Landes- und Bundesregierung, die die Produktivität seit Jahren
958 sinken ließen, schlugen die Auswirkungen der Corona-Krise massiv auf die Wirtschaft, den
959 Arbeitsmarkt und damit die Bürger durch. Dem gilt es mit wirksamen Sondermaßnahmen zu
960 begegnen.

961 Um einen Absturz der Wirtschaft zu verhindern und die Bürger vor dem sozialen Abstieg zu
962 bewahren, fordern wir:

- 963
- 964
- 965
- 966
- 967
- 968
- 969
- 970
- 971
- 972
- 973
- 974
- 975
- 976
- 977
- 978
- 979
- 980
- 981
- 982
- Stopp aller ideologischen Großbaustellen der letzten zehn Jahre, die Wirtschaft und Bürger massiv belasten. Keine CO₂-Steuer, keinerlei Zuwanderung in unsere Sozialsysteme und Sicherung der noch bestehenden Energieversorgung.
 - sofortiger Stopp aller ideologisch motivierten Subventionen (E-Mobilität, „Klimaschutz“, „Green Deal“) sowie Abbau des Subventionsdschungels
 - Keine staatlichen Lenkungs Eingriffe in die Märkte, keine EU-Schuldenunion unter dem Deckmantel eines „Wiederaufbau fonds“. Stattdessen Entlastung der noch vorhandenen Unternehmen von Steuern, Abgaben und Bürokratie zur Standort- und Arbeitsplatzsicherung. Senkung der Mehrwertsteuer und der Energiesteuern.
 - Förderung der Start-up-Mentalität: beschleunigte Verfahren bei Unternehmensgründungen sowie Steuerfreiheit für die ersten Jahre bis zum Eintritt in die Gewinnzone.
 - Hohe Investitionen in den Bereich Infrastruktur durch das Land Baden-Württemberg
 - Arbeitsagenturen müssen zu zielgerichteter und zukunftsorientierter Umschulung, Fortbildung und effizienterer Vermittlung befähigt werden. Die Vernetzung mit freien Vermittlern ist zu verbessern. Stellenangebote sind überregional, mit neuartigen Matching-Systemen, in Echtzeit und unter KI-Einsatz zu bedienen.
 - Das Arbeitslosengeld I muss befristet auf eine Laufzeit bis zu 60 Monaten, abhängig von der Lebensleistung, verlängert werden.

983 **Die Wirtschaft als Partner behandeln**

984 Einmal an der Regierung, wird die AfD einen intensiven und ehrlichen Dialog zwischen dem Land
985 und der Wirtschaft mit klaren und verlässlichen Vereinbarungen etablieren.

986 Hierfür werden neue Kommunikationswege eingerichtet. Land und Wirtschaft müssen
987 Vertrauen zueinander haben. Getroffene Entscheidungen müssen verlässlich sein und Bestand
988 haben. Die Digitalisierung des Landes hat neben der Familienförderung und Schulbildung eine
989 hohe Priorität. Bürokratische Hemmnisse werden wir wo immer möglich abbauen, aber auch
990 Subventionen auf den Prüfstand stellen. Zur Förderung des Fortschritts sollen alle Mitarbeiter
991 von ihren Unternehmen jährlich eine Weiterbildung erhalten, die steuerlich absetzbar ist.

992

993 **Standortvorteile herausstellen**

994 Das Land muss ein aktives Ansiedlungs- und Bleibe-Management für Unternehmen schaffen.

995 Baden-Württemberg kann stolz sein auf seine Möglichkeiten als Wirtschaftsstandort. Wir bieten
996 hervorragend qualifiziertes Personal und teilweise sehr aufgeschlossene Kommunen, die sich
997 für Unternehmen einsetzen und auch attraktiven Wohnraum für den Bürger bieten. Diese
998 Vorteile werden viel zu wenig genutzt; sie müssen besser kommuniziert und weiter ausgebaut
999 werden. Baden-Württemberg muss weltweit als Premium-Standort bekannt werden, sodass sich
1000 mehr Unternehmen in unserem Land ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen.

1001

1002

1003 **Steuern und Abgaben senken**

1004 Wir wollen für eine Senkung der Steuern und Abgaben sowie für Steuergerechtigkeit sorgen. Umsätze
1005 und Gewinne dürfen nicht mehr verschoben, sondern müssen dort versteuert werden, wo sie anfallen.

1006 Die AfD setzt sich für die Abschaffung von Substanzsteuern wie der Erbschaft- und Schenkungssteuer
1007 ein. Aus dem gleichen Grund lehnen wir die Reaktivierung der Vermögensteuer ab. Intakte
1008 Familienunternehmen denken und leben in Generationen. Ihr Vermögen besteht aus bereits
1009 versteuertem Einkommen.

1010 Die Grunderwerbssteuer soll von 5 Prozent auf das früher bundeseinheitlich gültige Niveau von
1011 3,5 Prozent abgesenkt wird. Die AfD strebt darüber hinaus einen einmaligen Freibetrag bei der
1012 Grunderwerbssteuer für selbst genutztes Wohneigentum in Höhe von 50.000,- Euro des
1013 Kaufpreises je Erwachsenen sowie 100.000,- Euro je Kind an. Damit würden die Bürger um
1014 rund 500 Millionen Euro pro Jahr entlastet werden.

1015 Die AfD befürwortet die Abschaffung der Grundsteuer. Die Landesregierung plant bis zu 500
1016 zusätzliche Beamte zur Berechnung der neuen Grundsteuer. Die Kommunen sollen statt der
1017 Grundsteuer ein eigenes Hebesatzrecht bei der Einkommensteuer erhalten. Damit wird Wohnen
1018 deutlich günstiger und die Mietpreise sinken.

1019 Auf Bundesebene setzen wir uns auch für eine Novellierung der Notargebühren und für einen
1020 Freibetrag für den Ersterwerb beim Immobilienkauf ein.

1021

1022 **Den Mittelstand stärker fördern**

1023 Wir setzen uns dafür ein, den Mittelstand und die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) durch
1024 Entlastung stärker zu fördern. 98 Prozent aller Unternehmen gehören zum Mittelstand, welche mit
1025 Erfindungsreichtum, Mut und Ausdauer Arbeitsplätze schaffen und so dazu beitragen, den Wohlstand
1026 des Landes und der Bürger zu sichern.

1027 Diese Unternehmen finden mangels Lobbyisten gegenüber Großkonzernen kaum noch Gehör in
1028 Politik und öffentlicher Verwaltung. Diesem Ungleichgewicht ist entgegenzutreten und dem
1029 Mittelstand eine starke Stimme zu geben. Die AfD versteht sich als diese Stimme des
1030 Mittelstands.

1031

1032 **Leiharbeit und Werkverträge reduzieren**

1033 Die AfD strebt eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in Verbindung mit Entlastungen bei Steuern
1034 und Abgaben für Arbeitnehmer und Unternehmen an. Dies eröffnet neue Chancen,
1035 Personalüberlassung klarer und fairer zu regeln und Werkverträge auf ihren ursprünglichen Sinn zu
1036 begrenzen.

1037 Durch mehr Handlungsspielräume für die Unternehmen bei regulären Arbeitsverträgen wird der
1038 missbräuchliche Einsatz von Leiharbeitsverhältnissen und Werkverträgen unattraktiv und
1039 eingedämmt. So wird die Lage von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gleichermaßen verbessert.

1040 **Planungssicherheit für Unternehmen erhöhen**

1041 Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass Anträge an die Behörden zeitnah innerhalb festgelegter
1042 Fristen entschieden werden.

1043 Jedes Unternehmen braucht Planungssicherheit, ansonsten werden Innovationen und
1044 Investitionen ausbleiben. Hierfür muss massiv entbürokratisiert und die Digitalisierung
1045 vorangetrieben werden. Insbesondere für Investitionen müssen politische und ggf. juristische
1046 Entscheidungen unbürokratisch und schnell getroffen werden und verlässlich sein.

1047

1048 **Verzahnung der Leistungserbringer verbessern**

1049 Die AfD setzt sich für eine einheitliche und klare Zuständigkeit für jeden behördlichen Antrag ein. In
1050 unserer vernetzten Welt ist es erforderlich, dass alle Leistungserbringer schnell und effizient
1051 zusammenarbeiten.

1052 Es darf nicht sein, dass beispielsweise bei größeren Bauinvestitionen zahlreiche Behörden
1053 eigenständige Stellungnahmen oder gar konkurrierende Entscheidungen treffen. Der Bund, das
1054 Land, die Kommunen und erforderlichenfalls die EU müssen hier transparente und eindeutige
1055 Zuständigkeiten schaffen. Subsidiarität hat dabei Vorrang, das Nebeneinander ist zu beenden.
1056 Verwaltungs- und Geschäftsprozesse sind weitestmöglich zu digitalisieren. Dafür muss eine
1057 sichere Netzwerk-Infrastruktur aufgebaut werden.

1058

1059 **Freiraum schaffen – Bürokratie und Vorschriften abbauen**

1060 Verwaltungsvorschriften und Gesetze müssen hinsichtlich Sinn, Kosten und Nutzen auf den Prüfstand
1061 und ggf. ersatzlos abgeschafft werden. Kleinere Betriebe müssen von Berichtspflichten, statistischen
1062 Auskunftsvorschriften und einengenden arbeitsrechtlichen Vorschriften entlastet werden.

1063 Unter Mitwirkung aller relevanter Stellen und der Wirtschaftsverbände ist eine zentrale
1064 Informations- und Ausführungsplattform („One Stop Agency“) als zentrale Anlaufstelle für alle
1065 behördlichen Interaktionen zu schaffen. Durch den Abbau einengender Vorschriften muss die
1066 Existenzgründung erleichtert werden, damit Beschäftigung und Wachstum entstehen können.
1067 Dazu gehört Steuer- und Abgabenbefreiung für die ersten fünf Jahre eines neuen Unternehmens.
1068 Sichere Netzwerk-Infrastrukturen sind auszubauen, damit Rationalisierungspotentiale (Industrie
1069 4.0) erschlossen und Wettbewerbsvorteile erzielt werden können. Mitgliedschaften in
1070 Kammern, Verbänden und anderen Berufsstandsorganisationen müssen grundsätzlich freiwillig
1071 sein.

1072

1073 **Russland-Sanktionen beenden**

1074 Viele Unternehmen Baden-Württembergs pflegen enge Wirtschaftsbeziehungen zur Russischen
1075 Föderation. Die Russland-Sanktionen schaden unserer Wirtschaft und führen nicht zum angestrebten
1076 Ziel. Aus diesem Grund fordern wir ihre unverzügliche Beendigung.

1077 Wir stehen für gute wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Russland auf Basis echter
1078 Partnerschaft. Die Sanktions- und Konfrontationspolitik gegenüber Russland ist gescheitert und
1079 schadet insbesondere der exportorientierten Wirtschaft Baden-Württembergs. Sie ist zu beenden. Das
1080 Gleiche gilt für die Wirtschaftssanktionen gegenüber Syrien, die den dortigen Wiederaufbau behindern
1081 und unsere Exportmöglichkeiten einschränken.

1082

1083 **Entwicklungshilfe auf Landesebene einstellen**

1084 Baden-Württemberg hat allein im Jahr 2018 166 Millionen Euro für öffentliche
1085 Entwicklungsleistungen (ODA) aufgewendet. Wir halten es für vollkommen verfehlt, dass die
1086 Landesfinanzen für Entwicklungshilfe in Anspruch genommen werden und fordern daher die
1087 Einstellung der baden-württembergischen Landes-Entwicklungszusammenarbeit.

1088 Viele Projekte der Entwicklungszusammenarbeit auf Landesebene sind sinnentleert bzw. handelt es
1089 sich um linksideologische Quatschprojekte. So wendet das Land beispielsweise 19.000 Euro auf, um
1090 Solarenergie in kenianischen Dorfschulen zu fördern oder unterstützt die Wahl einer „Miss Zero-
1091 Plastic 2020“ in Burundi für 16.000 Euro.

1092 Auch gibt das Land 161 Millionen Euro für die Studienplatzkosten von Studenten aus
1093 Entwicklungsländern aus. Gerade in Zeiten von Corona-Lockdowns, maroder Infrastruktur und sich
1094 verschärfender finanzieller und sozialer Notlagen ist es nicht vermittelbar, dieses Geld für die
1095 Wohlfahrt ausländischer Staaten und ihrer Bürger auszugeben statt in unser eigenes Land zu
1096 investieren.

1097 Eine Entwicklungszusammenarbeit, die vor allem einen Schwerpunkt auf Projekte legt, die zum
1098 wirtschaftlichen Nutzen sowohl des Geber- als auch des Nehmerlandes beitragen, ist natürlich
1099 sinnvoll. Diese muss aber zentral gesteuert, koordiniert und daher allein vom Bund betrieben werden.

1100

1101 **Den Landeshaushalt auf Kernaufgaben reduzieren**

1102 Die AfD steht für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik im Bewusstsein, dass Haushaltsmittel aus
1103 Steuern und Abgaben der Bürger kommen. Ausgaben dienen daher in erster Linie den Bürgern und
1104 nicht Politikern und ihrer Klientel.

1105 Langfristige finanzielle Belastungen der Bürger durch staatliches Handeln sind zu vermeiden
1106 und ggf. durch Bürgerentscheide zu legitimieren. Daher sind Behörden zu verschlanken. Das
1107 Wachstum des öffentlichen Sektors muss sich am Bevölkerungswachstum ohne Einwanderung
1108 orientieren. Die AfD fordert, sämtliche Ausgaben – außer die für Bildung und für Innere
1109 Sicherheit – zu überprüfen, denn eine Rezession kann zu drastischen Einsparungen zwingen.
1110 Die Einnahmen limitieren die Ausgaben. Die Finanzierung jeglicher ideologischer Projekte
1111 ohne konkreten Nutznachweis ist einzustellen. Dies umfasst z. B. Asyl-Programme, die
1112 Unterstützung von NGOs, politischen und extremistischen Organisationen,
1113 pseudowissenschaftlichen Gender-Programmen und den ideologisch motivierten Kampf gegen
1114 demokratisch legitimes Denken.

1115 Die AfD fordert die Transparenz des Finanzgebarens des Landes zu verbessern. Der Bürger
1116 muss wissen, wo das Geld herkommt und wofür und in welcher Höhe es ausgegeben wird.

1117 Schattenhaushalte, Verlagerung von Sachausgaben und Personalstellen in Landesbetriebe und
1118 andere Verschleierungstaktiken sollen untersagt werden.

1119

1120 **Doppelte Buchführung (Doppik) und betriebliches Rechnungswesen** 1121 **auch auf Landesebene einführen**

1122 Jedes mittelständische Unternehmen und jede Kommune in Baden-Württemberg sind gesetzlich
1123 verpflichtet, die doppelte Buchführung einzusetzen. Völlig unverständlich und nicht nachvollziehbar
1124 ist, dass sich die Landesregierung von Baden-Württemberg dieser Verpflichtung bisher entzieht.

1125 Um unser Bundesland zukunftssicher zu machen, ist es unverzichtbar, dass die Doppik auch auf
1126 Landesebene eingeführt wird. Die Doppelte Buchführung dient der planmäßigen und
1127 lückenlosen Aufzeichnung aller Ausgaben des Landes und macht langfristige finanzielle
1128 Auswirkungen politischer Entscheidungen transparent. Ziel muss sein, jederzeit einen Überblick
1129 über die aktuelle und erwartete zukünftige Vermögenslage des Landes zu gewährleisten. Nur so
1130 ist eine nachhaltige, zukunftssichere und an Effizienzkriterien ausgerichtete Finanzverwaltung
1131 des Landes möglich.

1132

1133

1134 **Verschwendung von Steuergeld bestrafen**

1135 Der AfD unterstützt die Forderung des Bundes der Steuerzahler, die Verschwendung von
1136 Steuergeldern zu bestrafen. Dazu fordern wir die Schaffung eines Paragraphen „Haushaltsuntreue“.

1137 Nicht nur Steuerhinterzieher, sondern auch Steuerverschwender schaden unserem Gemein-
1138 wesen. Die Verschwendung von Steuergeldern ist strafrechtlich der Steuerhinterziehung gleich-
1139 zusetzen.

1140 Wir wollen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Entscheidungsträger in der öffentlichen Ver-
1141 waltung mit der Übernahme einer Funktion auch eine persönliche Verantwortung zu tragen
1142 haben. Wir wollen den Landesrechnungshof ermächtigen, Sanktionen zu verhängen. Hierzu soll
1143 neben den strafrechtlichen Verfahren auch eine Haftung ohne Amtshaftungsprivileg greifen, die
1144 der Landesrechnungshof per Bescheid feststellen kann.

1145

1146 **Schuldenbremse einhalten und Altschulden abbauen**

1147 Für die AfD hat die Einhaltung der Schuldenbremse höchste Priorität.

1148 Kredite dürfen nur noch für Investitionen aufgenommen werden, wenn es keine anderen
1149 Finanzierungsoptionen gibt. Konsumausgaben dürfen nicht mehr durch zusätzliche Schulden
1150 getätigt werden. Überschüsse im Landeshaushalt sind hälftig zur Schuldentilgung und
1151 Reduzierung von Steuern und Abgaben zu verwenden.

1152 Zur Einhaltung der Schuldenbremse stehen alle programmatischen Forderungen der AfD unter
1153 einem Finanzierungsvorbehalt. Innerhalb der ersten 100 Tage an der Regierung wird die AfD
1154 einen großen Kassensturz durchführen und alle Verpflichtungen des Landes transparent
1155 machen.

1156 Die durch die Corona-Krise aufgenommenen Schulden sind in einem Sonderfond zu bündeln
1157 und aus der laufenden Rechnung herauszurechnen. So kann der konkrete Schaden bemessen und
1158 Schadenersatz im Rahmen internationaler Verfahren verlangt werden.

1159

1160 **Länderfinanzausgleich reformieren**

1161 Die AfD fordert einen gerechteren Länderfinanzausgleich. Baden-Württemberg ist zu entlasten.

1162 Baden-Württemberg ist traditionell eines der drei Nettozahler-Länder im
1163 Länderfinanzausgleich. Zukünftig sollen über den Länderfinanzausgleich nur noch konkrete
1164 Investitionen ausgeglichen werden dürfen. Nehmerländern muss mehr Haushaltsdisziplin
1165 abgefordert werden.

1166

1167 **Ausgaben für Bundesländer und EU im Landeshaushalt sichtbar 1168 machen**

1169 Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Ausgaben des Landes transparent dargestellt werden.

1170 Aus diesem Grund müssen die Zahlungen an andere Bundesländer, ebenso wie an die EU, im
1171 Haushalt dargestellt werden und dürfen nicht mehr als „Vorab-Abzug“ der parlamentarischen
1172 Kontrolle entzogen werden.

1173

1174 **Transparente Finanzierung öffentlicher Vorhaben**

1175 Wir setzen uns für eine transparente Finanzierung öffentlicher Vorhaben ein.

1176 Sogenannte Public Private Partnership (PPP)-Modelle sehen wir kritisch, wenn keine klare
1177 Verantwortungszuweisung, Haftungsvereinbarung und Kostentransparenz besteht und die
1178 Vergabekriterien große Konzerne bevorzugen. PPP-Modelle müssen zum Wohl der Bürger und
1179 Unternehmen Baden-Württembergs beitragen.

1180

1181

1182

1183

1184 **Kompetenzen des Wirtschaftsministeriums erweitern**

1185 Wir setzen uns für eine Stärkung der Wirtschaft ein. Dazu gehört ein Wirtschaftsministerium,
1186 das der starken Wirtschaftskraft von Baden-Württemberg gerecht wird.

1187 Derzeit ist ausgerechnet das Wirtschaftsministerium das kleinste Ministerium. Wir wollen daher
1188 im Zuge einer Reduzierung der Zahl der Ministerien die Bereiche Energie, Verkehr,
1189 Digitalisierung und Tourismus im Wirtschaftsministerium zusammenführen. Ohne eine
1190 prosperierende Wirtschaft sind alle anderen Bereiche nicht lebensfähig. Der Tourismus gehört
1191 zu den personalmäßig größten Arbeitgebern in Baden-Württemberg und ist neben dem
1192 Maschinenbau und der Automobilindustrie eine der tragenden Säulen des Landes.

1193

1194

1195

1196

1197

1198

1199

1200

1201

1202

1203

1204

1205

1206

1207

1208

1209

1210

1211

1212

1213

1214

1215

1216

1217

5. Für eine gerechte und zukunftsfähige Sozialpolitik

1218 Die wesentliche Ursache für die Verwerfungen in unseren Sozialsystemen ist die demografische Krise.
1219 Insbesondere die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung beruhen auf der Voraussetzung, dass
1220 nachfolgende Generationen mindestens ähnlich groß sind, wie die vorhergehenden. Dies ist wegen des
1221 Geburteneinbruchs seit Anfang der 70er Jahre nicht mehr der Fall. Während sich alle anderen im
1222 Bundestag vertretenen Parteien mit der demografischen Katastrophe arrangiert haben und damit seit ca.
1223 50 Jahren den stark zeitverzögerten Zusammenbruch unserer Sozialsysteme billigend in Kauf nehmen,
1224 fordert die AfD die demografische Wende. Eine Steigerung der Geburtenrate auf ein
1225 bestandserhaltendes Niveau von 2,1 Kindern pro Frau ist die einzige Möglichkeit zur Stabilisierung
1226 und zum Erhalt unserer Sozialsysteme, aber auch zur Bewahrung unserer Kultur und zum Fortbestand
1227 unseres Volkes. Dies ist nur durch eine aktivierende Familienpolitik möglich. Je früher das gelingt,
1228 desto geringer werden die Einschnitte in der Rentenversicherung, sowie in der Pflege- und
1229 Krankenversicherung ausfallen.

1230

1231 Lastengerechtigkeit zwischen Familien und Kinderlosen herstellen

1232 Es existiert eine erhebliche Ungerechtigkeit bei der Verteilung der Lasten zwischen Familien und
1233 Kinderlosen. Die Familien tragen die Lasten der Kindeserziehung, die späteren Leistungen der Kinder,
1234 insbesondere in der Rentenversicherung, kommen aber vor allem den Kinderlosen zu Gute.
1235 Die AfD möchte hier einen Ausgleich herstellen, indem Familien für jedes Kind 20.000 Euro Beiträge
1236 der Eltern zur Rentenversicherung aus Steuermitteln erstattet bekommen, ohne dass sich die
1237 Rentenansprüche dadurch verringern. Wurden noch keine Beiträge in entsprechender Höhe gezahlt,
1238 erfolgt eine Anrechnung auf zukünftige Rentenbeiträge. Die Eltern werden dadurch in dem
1239 Lebensabschnitt unterstützt, in dem die Kosten für die Kinder anfallen und ggf. ein Elternteil
1240 vollständig oder teilweise auf das Erwerbseinkommen verzichtet. Dies wird nicht nur die
1241 Entscheidung für ein (weiteres) Kind vereinfachen, sondern insgesamt viel Leistungsdruck aus den
1242 Familien nehmen und damit die Trennungsquote reduzieren.

1243

1244 Freiheit beim Renteneintritt gewährleisten

1245 Der Renteneintritt ist eine individuelle Entscheidung. Wir wollen deshalb jedem ermöglichen, länger
1246 zu arbeiten und im Einvernehmen mit dem jeweiligen Arbeitgeber, zum individuellen
1247 Wunschzeitpunkt den Ruhestand anzutreten.
1248 Die Rentenhöhe hängt dabei von den eingezahlten Beiträgen und dem Renteneintritt ab. Wer länger
1249 arbeitet, bekommt entsprechend mehr Rente.
1250 Zur Berechnung der Rentenhöhe wird das Regel-Rententalter nach SGB herangezogen. Wer früher in
1251 den Ruhestand geht, muss entsprechende Abschläge in Kauf nehmen.
1252 Wer auf der anderen Seite über das Regel-Rententalter hinaus arbeitet, sammelt weitere Rentenpunkte
1253 und bekommt entsprechend eine höhere Rente.

1254

1255 Altersarmut verhindern

1256 Wer lange in die Rentenkasse eingezahlt hat, sollte auch bei einem geringeren Einkommen
1257 bessergestellt werden als Personen, die größtenteils arbeitslos waren. Dies wird erreicht, indem nur
1258 25% der Altersrente auf die Grundsicherung im Alter angerechnet wird.
1259 Auf diese Weise wird Altersarmut verhindert oder zumindest deutlich verringert. Während der
1260 Erwerbsphase lohnt es sich damit, auch Tätigkeiten mit geringem Einkommen anzunehmen, aus denen

1261 ja teilweise auch höherbezahlte Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Soziale Gerechtigkeit ist ein
1262 integraler Bestandteil der AfD-Politik, muss aber immer auch zur Eigenverantwortung anregen.

1263

1264 **Politikerpensionen abschaffen**

1265 Arbeitnehmern, die 45 Jahre und länger für eine Altersversorgung arbeiten müssen, ist es nicht
1266 vermittelbar, dass Politiker bereits nach wenigen Jahren hohe Pensionsansprüche sammeln. Das ist vor
1267 allem kritisch, weil die Nutznießer dieser Gesetze selbst darüber bestimmt haben. Damit muss Schluss
1268 sein.

1269 Politiker sollen wie andere Arbeitnehmer auch in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Damit
1270 könnte auch die Politikverdrossenheit reduziert werden, weil die Ruhestandsregelung der Politiker
1271 ebenfalls für die Mehrheit der Erwerbstätigen gelten würde.

1272

1273 **Staatsbedienstete in Rentenversicherung einbeziehen – Beamtenstatus auf 1274 originär hoheitliche Aufgaben reduzieren**

1275 Beamte sind das Rückgrat der deutschen Verwaltung und eine wesentliche Stütze für das im
1276 internationalen Vergleich hervorragende deutsche Staatswesen. Die hohe Loyalität der Beamten beruht
1277 auf Gegenseitigkeit und ist eng mit den Pensionen verbunden.

1278 Die AfD möchte diese deshalb beibehalten, allerdings die Verbeamtung auf rein hoheitliche Aufgaben
1279 beschränken, wie z.B. bei Bundeswehr, Zoll, Polizei, Finanzverwaltung und Justiz. Auf diese Weise
1280 wird ein Großteil der künftigen Staatsbediensteten in die gesetzliche Rentenversicherung
1281 aufgenommen.

1282

1283 **Altersvorsorge für Selbständige einführen**

1284 Die Einkommensspanne bei Selbständigen reicht von unauskömmlichen Einkommensverhältnissen bis
1285 hin zu Spitzenverdiensten. Um eine mögliche, spätere Abhängigkeit von der Grundsicherung im Alter
1286 zu verhindern, soll für Selbständige eine Altersvorsorge eingeführt werden.

1287 Selbständige werden insofern grundsätzlich in die Gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen,
1288 können aber bei Nachweis einer privaten Altersvorsorge austreten bzw. die Beitragszahlungen
1289 suspendieren.

1290

1291 **Private Vorsorge stärken**

1292 Seit den 2000er Jahren werden in Deutschland Formen der privaten Altersvorsorge staatlich gefördert.
1293 Die Förderungsstruktur von Riester-, Rürup- und Eichel-Rente lässt den Sparern jedoch nur geringe
1294 Entscheidungsfreiräume bei der Ausgestaltung ihrer Sparpläne und bringt überdies hohe
1295 Bürokratiekosten mit sich. Die Sparanreize, die der Staat auf diese Weise setzt, sind ineffektiv. Daher
1296 sollte diese Art der Einkommensteuerbefreiung bei der kapitalgedeckten Altersvorsorge auslaufen und
1297 durch flexiblere sowie unbürokratischere Modelle ersetzt werden.

1298 Insbesondere sollten Sparer im Rahmen dieser Modelle frei entscheiden können, wie sie ihr Geld
1299 während der Ansparphase anlegen und die Mittel nach Erreichen des Rentenalters nutzen. Pro
1300 geborenem Kind mit deutscher Staatsangehörigkeit und Lebensmittelpunkt in Deutschland soll der
1301 Staat außerdem eine zusätzliche Einzahlung in Höhe von 100 Euro pro Monat bis zum 18. Lebensjahr
1302 in die Spardepots der jeweiligen Kinder tätigen. Die Höhe dieses Beitrags ist regelmäßig vom
1303 Gesetzgeber dem Verlauf der Inflation anzupassen und entsprechend zu erhöhen.

1304
1305
1306
1307
1308
1309
1310
1311
1312
1313
1314
1315
1316
1317
1318
1319
1320
1321
1322
1323
1324
1325
1326
1327
1328
1329
1330
1331
1332
1333
1334
1335
1336
1337
1338
1339
1340
1341
1342
1343
1344
1345
1346

6. Energieversorgung sicherstellen – Automobilindustrie schützen

Unsere Energie-, Verkehrs- und Infrastruktursysteme sind das Werk von Generationen. Diese Errungenschaften, die Grundlagen unseres Wohlstands, drohen durch eine Politik der Energie- und Verkehrswende, die aufgrund ideologischer Vorgaben ohne Augenmaß betrieben wird, nachhaltig beschädigt zu werden. Die Klimapolitik, die Politik der Energie-, Landwirtschafts- und Verkehrswenden sind direkte Angriffe auf diese Errungenschaften, auf die Grundlagen unseres Wohlstandes. Die AfD setzt sich dafür ein, nicht nur die Fehlentwicklungen zu benennen und zu beheben, sondern auch die dahinterstehenden Absichten klar anzusprechen, um so weitere Fehlentwicklungen zu verhindern.

Wir setzen auf Rationalität und Vernunft anstatt auf Ideologie. Wenn das technisch sichere, wirtschaftlich profitable Kernkraftwerk Philippsburg vorsätzlich zerstört wird, so ist dies weder ökonomisch nachvollziehbar noch ökologisch nachhaltig. Die ökonomischen und physikalischen Gegebenheiten gebieten es, den Energiemix in Baden-Württemberg mit Kohle- und Kernkraftwerken wieder auf Ökonomie, Ökologie und Versorgungssicherheit auszurichten. Die dauerhafte Zerstörung unserer Kulturlandschaften durch ineffiziente Windkraftanlagen ist mit uns nicht machen.

Die gescheiterte Energiewende beenden

Nach dem Willen der Bundesregierung soll 2038 das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen; schon 2022 soll mit der Kernkraft in Deutschland Schluss sein. Eine Vollversorgung durch „Erneuerbare Energien“ ist aber nicht möglich. Baden-Württemberg muss schon jetzt Kohlestrom oder Kernenergie importieren, um die bedarfsgerechte Versorgung von Industrie und Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Die Politik der Energiewende ist gescheitert. Sie führt zur Kostenexplosion bei den Energiepreisen, die jeder Bürger auf seiner Stromrechnung sieht. Die instabilen Stromnetze belegen das Scheitern.

Unübersehbares Zeichen der irrwitzigen Energiewende sind die gigantischen Windenergieanlagen (WEA), die Landschaft und Lebensräume für Menschen und Tiere zerstören. Hier steht ein fiktiver Klimaschutz realem Natur- und Menschenschutz entgegen. Mit Photovoltaik-Paneele wird kaum mehr Energie erzeugt, als in ihre Errichtung hineingesteckt wird. Der weit überwiegende Teil des Biogases wird, genauso wie Bio-Sprit, aus Nutzpflanzen hergestellt und steht damit in direkter Konkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung. Bioenergien bedeuten Monokulturen und zerstören langfristig die Böden. Die unüberwindliche Barriere für die breite Nutzung der Wind- und Solarenergie bleibt deren Unplanbarkeit und stark schwankende Erzeugung. Bei zu wenig Produktion, wie in windstillen Nächten, müssen Kern- und Kohlekraftwerke einspringen, bei zu hoher Produktion, wie an sonnigen Feiertagen, muss der überschüssige Strom mit Strafzahlung ins Ausland entsorgt werden. Als Ausweg aus diesem Dilemma und um zusätzlich noch Fahrzeuge und Heizungen mit „Erneuerbaren“ betreiben zu können, wird eine umfassende und extrem ineffiziente Wasserstoff (H₂)-Wirtschaft propagiert. Zum einen ist in Baden-Württemberg nicht genügend Fläche vorhanden, um die erforderliche energetische Grundlage an Windkraft und Solarenergie dafür zu installieren, zum anderen entstehen durch die miserablen Wirkungsgrade bei der Wasserstoffherstellung und dessen Transport exorbitante Kosten. Der nächste deutsche Sonderweg einer Wasserstoffwirtschaft hat daher keine Erfolgsaussichten, sondern vernichtet Wohlstand.

1347 **Deindustrialisierung unter dem Deckmantel der „Großen Transformation“**
1348 **verhindern**

1349 Das seit 2011 vorliegende Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung
1350 Globale Umweltveränderungen (WBGU) fordert unter dem Vorwand der angeblich nahenden
1351 Klimakatastrophe die „Große Transformation“ – einen Systemwechsel, weg von sozialer
1352 marktwirtschaftlicher Demokratie, hin zum grünen Staatssozialismus.

1353 Dieser angestrebte Systemwechsel blieb lange verschleiert, doch im Jahr 2019 brachen hier die
1354 Dämme. Auf der Welle der Friday-for-Future-Hysterie wurde seitens der Bundesregierung der
1355 Kohleausstieg durchgepeitscht. Zur Durchsetzung der „Großen Transformation“, neuerdings „Great
1356 Reset“ genannt, laufen in Deutschland seit langem Kampagnen gegen die Kernenergie und die
1357 Nutzung fossiler Energieträger. Diese zuverlässigen, kostengünstigen und dank moderner Technologie
1358 auch umweltfreundlichen Energien sollen durch „Erneuerbare Energien“ ersetzt werden. Aus rein
1359 physikalischen Gründen könnten diese selbst bei maximalem Ausbau keine sichere Stromversorgung
1360 gewährleisten. Mit der geforderten „Dekarbonisierung“ droht dem Hochtechnologieland Baden-
1361 Württemberg deshalb die Deindustrialisierung. Nur eine gesicherte Stromversorgung garantiert
1362 unseren Wohlstand.

1363

1364 **Bevölkerung vor dem Blackout schützen**

1365 Als Blackout ist ein plötzlicher überregionaler, weite Teile Europas umfassender und andauernder
1366 Stromausfall zu verstehen. Unser gewohntes Leben kommt abrupt zum Stillstand. Heizung, Wasser,
1367 Telefon, Gesundheitswesen und öffentliche Ordnung fallen sofort aus. Kälte, Hunger, fehlende
1368 Gesundheitsversorgung und Plünderungen werden Opfer fordern. Nichts funktioniert mehr wie
1369 gewohnt und es wird länger dauern, bis wieder eine Normalität hergestellt werden kann. Dies führt in
1370 unserer hochtechnisierten Gesellschaft zum Chaos. Da das europäische Stromnetz durch die volatile
1371 Einspeisung schon mehrfach kurz vor dem Blackout stand, fordert die AfD die sofortige Beendigung
1372 der Zwangseinspeisung „Erneuerbarer Energien“. Die mit den garantierten Abnahmepreisen
1373 fließenden Subventionen sind zu beenden.

1374 Baden-Württemberg erzeugt schon seit Jahren weniger Strom als es verbraucht. Nach Schließung des
1375 Kernkraftwerkes Philippsburg Ende 2019 stieg der Stromimport auf 33 %. Nach Schließung von
1376 Neckarwestheim wird der Stromimport auf ca. 50 % der benötigten Gesamtmenge steigen. Zugleich
1377 rechnet das Umweltministerium damit, dass die Kohleverstromung bis 2030 auf die Hälfte sinken
1378 wird. Baden-Württemberg hätte damit innerhalb von zehn Jahren 60 % der landeseigenen
1379 Stromerzeugung vernichtet, davon zwei Drittel an emissionsfreier Kernenergie. Durch EU-Vorgaben
1380 und den Atomausstieg bedingt, bauen auch unsere Nachbarländer ihre Kraftwerksreserven zurück,
1381 darunter die Schweiz und Bayern. Verschärfend kommt hinzu, dass die Importe französischen
1382 Kernenergiestromes in einem harten Winter nicht gesichert sind, weil in Frankreich weitgehend mit
1383 Strom geheizt wird. Das Blackout-Risiko steigt stetig. Der Irrweg der „Energiewende“ ist daher
1384 umgehend zu beenden.

1385

1386

1387

1388

1389 **Unsere Kohle- und Kernkraftwerke erhalten**

1390 Die zukünftige Stromversorgung in Baden-Württemberg ist ernsthaft gefährdet. Um die
1391 Versorgungssicherheit dauerhaft wiederherzustellen und einen weiteren Strompreisanstieg zu
1392 vermeiden, ist der Weiterbetrieb von Kohle- und Kernkraftwerken unumgänglich. Schon jetzt wird in
1393 jedem Jahr bundesweit bei ca. 400.000 sozial schwachen Haushalten die Stromversorgung
1394 abgeklemmt, weil die Stromrechnungen nicht bezahlt werden konnten. Deutschland hat bereits die
1395 höchsten Strompreise in Europa und der Anstieg geht weiter. Ein für alle bezahlbarer Strom aber
1396 gehört zur staatlichen Grundversorgung und ermöglicht ein menschenwürdiges Leben.

1397

1398 Die Alternative für Deutschland sieht die weitere Erforschung und die zivile Nutzung der Kernenergie
1399 als elementaren Baustein für die Energieversorgung der Zukunft unseres Landes an. Wir fordern
1400 deshalb als einzige Partei, das Kernkraftwerk Neckarwestheim mit seinem Sicherheitsstandard von
1401 Weltspitze weiter am Netz zu lassen. Die AfD fordert, dass sich Deutschland wieder an der
1402 fortschreitenden Entwicklung neuartiger Kernreaktoren beteiligt. Da Kernenergie die nach
1403 Unfallstatistik sicherste Stromerzeugung ist, strebt die AfD langfristig Neubauten an. Die bewährten
1404 Leichtwasserreaktoren können in Kombination mit der bereits bestehenden Brütertechnologie die
1405 Energieversorgung dauerhaft sichern. Durch die zukünftige energetische Verwertung der langlebigen
1406 Abfälle lässt sich die Endlagerfrage auch in Deutschland lösen.

1407 Die Schließung der hochmodernen Steinkohlekraftwerke in Baden-Württemberg ist weder mit
1408 Umweltfragen noch mit Ressourcenknappheit zu begründen. Steinkohle ist ein weltweit günstig
1409 verfügbares Massengut mit Ressourcen, die noch für Generationen reichen. Das
1410 Kohleausstiegsprogramm ist ein Fehler, der schnellstmöglich korrigiert werden muss.

1411

1412 **Den Ausbau der Windenergie in Baden-Württemberg umgehend beenden**

1413 Windenergie ist teuer und ineffizient. Stromerzeugung aus Wind weist wie auch Photovoltaik die
1414 dramatisch kleinsten Erntefaktoren (ERoEI) aller Energiewandlungsverfahren auf.
1415 Windstromerzeugung ist daher für ein dichtbesiedeltes Industrieland eine grundsätzlich ungeeignete
1416 Methode. Für Baden-Württemberg kommt hinzu, dass es die windschwächste Region in Deutschland
1417 ist.

1418 Jedes Windrad in Baden-Württemberg erzeugt in der Regel kaum mehr als die Hälfte des Stroms eines
1419 Windrads in Küstennähe. Selbst viele windarme Standorte in unserem Land sind längst verspargelt,
1420 weitere geeignete Standorte sucht man vergebens. Inzwischen werden in Baden-Württemberg Anlagen
1421 genehmigt, deren Erträge weit unterhalb der „Rentabilitätsschwelle“ liegen, wenn man davon
1422 angesichts notwendiger Dauersubventionierung überhaupt sprechen kann. Weil Windkraftanlagen im
1423 oft hügeligen Süddeutschland teurer zu erstellen sind als im windreicheren Flachland in
1424 Norddeutschland, sind die verbleibenden Standorte nicht mehr konkurrenzfähig. Die letzten
1425 Ausschreibungsrunden haben gezeigt, dass sich kaum noch Investoren auf das Abenteuer
1426 „Windenergie in Baden-Württemberg“ einlassen wollen. Baden-Württemberg ist eben kein Windland.
1427 Absurderweise fordern die Landesregierung und die Windkraftindustrie deshalb eine
1428 planwirtschaftliche Quotenregelung zugunsten des Südens und noch höhere Subventionen als im
1429 Norden. Was wegen Windmangels dauerhaft unwirtschaftlich ist, soll durch Steuergeld wenigstens für
1430 die Windbarone rentabel gemacht werden.

1431 Wir fordern dagegen die sofortige Beendigung dieser unsinnigen Windenergienutzung in
1432 Süddeutschland.

1433

1434 **Rücksicht auf Mensch und Natur nehmen**

1435 Solange der Ausbau der Windkraft im Südwesten weitergeht, werden wir uns für den Schutz und die
1436 Interessen von Mensch und Natur einsetzen.

1437 Gemäß § 20a des Grundgesetzes hat der Umweltschutz Verfassungsrang. Mit der Privilegierung des
1438 Windkraftausbaus im Außenbereich kommen aber Umwelt, Natur und Landschaft zunehmend „unter
1439 die Räder“. Immer mehr Staatsrechtler sind deshalb der Meinung, dass Windkraftvorhaben im
1440 windschwachen Baden-Württemberg gegen dieses Verfassungsziel verstoßen. Die geringen
1441 Windstromausbeuten, die hier zu erzielen sind, stehen in keinem Verhältnis zu den durch Windkraft
1442 verursachten schweren Schäden.

1443 Wir fordern für Baden-Württemberg deshalb eine Einschränkung der Privilegierung von Windrädern
1444 im Außenbereich. Erholungsräume und Rückzugsgebiete für Mensch und Tier dürfen nicht weiter für
1445 eine Industrialisierung freigegeben werden.

1446 Das Umweltbundesamt hat festgestellt, dass für die beim Rückbau von Windenergieanlagen
1447 anfallenden Millionen Tonnen an Schrott und hochgiftigen Reststoffen die erforderlichen
1448 Entsorgungswege und -kapazitäten nicht gesichert sind. Die von den Betreibern dafür gebildeten
1449 finanziellen Rückstellungen sind bei weitem nicht ausreichend. Die drohende Finanzierungslücke von
1450 mehreren hundert Mio. Euro darf nicht zulasten des baden-württembergischen Steuerzahlers gehen.
1451 Die von den Windindustriezonen ausgehenden Belastungen, wie hörbarer Lärm, Infraschall oder der
1452 Schattenwurf der sich drehenden Flügel, gefährden die menschliche Gesundheit.

1453

1454 **Genehmigungsvoraussetzungen nicht aufweichen**

1455 Was als Maßnahmen zur Schaffung von Akzeptanz für die Windenergie bezeichnet wird, ist in
1456 Wahrheit eine massive Beschneidung von Bürgerrechten und Umweltschutz. Nach den Plänen der
1457 Regierung soll die Klagebefugnis von Umweltschutzverbänden und Bürgerinitiativen beschnitten
1458 werden. Wir fordern mehr statt weniger Umweltschutz und mehr Bürgernähe auch bei Maßnahmen,
1459 die angeblich dem Klimaschutz dienen.

1460 Das Naturschutzgesetz zum Beispiel soll so geändert werden, dass Maßnahmen zum Klimaschutz von
1461 den Ausgleichspflichten ausgenommen werden. Mit der Einrichtung einer zentralen
1462 Genehmigungsbehörde sollen die bürgernahen Landratsämter entmachtet und der direkte Durchgriff
1463 der Politik auf die Genehmigungsverfahren sichergestellt werden.

1464 2019 wurden von der Landesregierung klammheimlich die Grenzwerte für die Beurteilung der
1465 Wirtschaftlichkeit von Windindustrieanlagen herabgesetzt. Die neuen Grenzwerte widersprechen dem
1466 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Nur so können bisher als ungeeignet geltende Standorte
1467 plötzlich als Eignungsflächen ausgewiesen werden.

1468 Wir fordern: Die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit muss wieder EEG-konform nach den alten
1469 Grenzwerten erfolgen. Für jedes Genehmigungsverfahren sind zwei unabhängige Windgutachten auf
1470 der Basis von realen Messungen über mindestens ein Jahr zu erstellen.

1471 Eine Überprüfung von Genehmigungsverfahren hat ergeben, dass ein Großteil der vorgelegten
1472 Artenschutzgutachten gegen zwingende Vorgaben der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg

1473 verstößt. In fast allen dieser Fälle wurden die Anlagen aufgrund von Gefälligkeitsgutachten
1474 rechtswidrig genehmigt, und zwar ohne nachträgliche Folgen für Betreiber, Genehmigungsbehörde
1475 und Gutachter. Das alles ging zulasten der Umwelt und der betroffenen Anwohner. Dieser Zustand ist
1476 unhaltbar! Verstöße gegen geltendes Recht in Genehmigungsverfahren müssen deshalb in Zukunft
1477 auch rückwirkend konsequent verfolgt werden. Oft als „Gefälligkeitsgutachter“ agierende Gutachter
1478 müssen für die Folgen von Fehlgutachten haftbar gemacht werden können.

1479 Solange die Auswirkungen von Infraschall auf die Gesundheit der Menschen wissenschaftlich
1480 umstritten sind, fordern wir die Aussetzung des weiteren Ausbaus der Windkraft. Ebenfalls
1481 auszusetzen ist der weitere Ausbau, solange von der Windkraftindustrie kein gesichertes und
1482 finanzierbares Konzept für den vollständigen Rückbau und die umweltgerechte Entsorgung von WEA
1483 vorgelegt wird. Wenn es den Profiteuren der „Großen Transformation“ nützt, wird laut nach dem
1484 Vorsorgeprinzip gerufen: von Fahrverboten in den Städten bis zur Abschaltung fossiler Kraftwerke
1485 und Kernreaktoren. Nur bei der Windkraft soll dieses Prinzip plötzlich nicht mehr gelten.

1486

1487 **„Verkehrswende“ stoppen**

1488 Die von der Klimarettungshybris geleitete Verkehrspolitik der Altparteien, die bestimmte
1489 Verkehrstechnologien und Verkehrsmittel gezielt bevorzugt, lehnen wir ab. Die sogenannte
1490 „Verkehrswende“ gefährdet unsere Arbeitsplätze und unseren Wohlstand. Weder sollen Techniken
1491 wie Elektromobilität oder Wasserstoffantrieb subventioniert werden noch sollen Verkehrsplanungen,
1492 die Bahn, Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel betreffen, das wirtschaftliche vernünftige Maß
1493 überschreiten.

1494 In Baden-Württemberg ist rund ein Drittel aller deutschen Unternehmen der Automobilindustrie
1495 ansässig. Darunter weltweit agierende große Systemlieferanten und über 1000 kleine und
1496 mittelständische Zulieferunternehmen. Alles in allem hängen etwa 500.000 hochbezahlter
1497 Arbeitsplätze in unserem Bundesland an der Automobilindustrie, mehr als zehn Prozent aller Jobs. Der
1498 von den Altparteien politisch erzwungene Strukturwandel gefährdet diese wichtige Säule unserer
1499 Wirtschaft und hunderttausende Arbeitsplätze, die absehbar nicht ersetzt werden können. Wir fordern
1500 deshalb ein sofortiges Ende der „Verkehrswende“.

1501

1502 **Automobilindustrie schützen – Irrweg E-Mobilität beenden**

1503 Die E-Mobilität ist nicht alltagstauglich und extrem teuer. Derzeit wird sie den Bürgern als die
1504 Antriebstechnik der Zukunft gepredigt. In der Realität wird der Individualverkehr für sehr viele Bürger
1505 damit jedoch nicht mehr bezahlbar sein.

1506 Die Politik der Altparteien versucht unter anderem mit direkten und indirekten Fahrverboten für
1507 Verbrenner die E-Mobilität zu erzwingen. Dass Alternativen zur E-Mobilität, wie z. B. „Synthetische
1508 Kraftstoffe“, die ebenfalls CO₂-neutral sind, vom Umweltbundesamt nicht zugelassen wurden, zeigt,
1509 dass es sich beim sturen Beharren auf Akkumobile um pure Ideologie im Rahmen der „Großen
1510 Transformation“ handelt.

1511 Nach gegenwärtigem Stand von Wissenschaft und Technik stellen Verbrennungsmotoren und
1512 insbesondere die in Deutschland am höchsten entwickelte Dieseldieseltechnologie, den optimalen
1513 Kompromiss zwischen Kosten, Treibstoffverbrauch, Nutzbarkeit, Ressourcenverbrauch und
1514 Umweltbelastung dar. Daher sagt die AfD: „Ja zum Diesel, Ja zur deutschen Automobilindustrie“

1515

1516 **Keine Parallelinfrastruktur für Wasserstoff- oder E-Mobilität**

1517 „Alternative Antriebssysteme“ können weder in wirtschaftlicher noch in technischer noch auch in
1518 ökologischer Hinsicht überzeugen. Es gibt daher keinen Grund, sie mit staatlichen Mitteln zu fördern.

1519 Eine zumindest theoretische flächendeckende Möglichkeit „alternativer Antriebssysteme“ wird es nur
1520 geben, wenn zuvor Milliarden an Steuergeldern für Parallelinfrastrukturen zur bereits vorhandenen
1521 Tankstelleninfrastruktur fließen. Während Tankstellen marktwirtschaftlich entstanden, muss die „E-
1522 Mobilität“, weil es einen Bedarf eben gerade nicht gibt, politisch durch Steuergeld befördert werden.
1523 Die AfD lehnt Subventionen und Quotenregelungen, mit denen diese Transformation forciert werden
1524 soll, strikt ab.

1525

1526 **Unsinnige EU-Grenzwerte und Fahrverbote abschaffen**

1527 Die der Mobilitätsbevormundung zugrundeliegenden Grenzwerte für CO₂, NO_x und Feinstaub stehen
1528 auf keinem wissenschaftlich gesicherten Fundament. Die ab 2020 fälligen Strafzahlungen für jedes
1529 Fahrzeug, das den Flottengrenzwert von 95 Gramm CO₂ überschreitet, sind eine
1530 zwangswirtschaftliche Maßnahme und führen unsere Automobilindustrie in den Ruin.

1531 Für den Straßenverkehr gilt in den USA ein Grenzwert von 100 Mikrogramm NO_x pro Kubikmeter. In
1532 Deutschland gilt hingegen, zum Schaden für Wirtschaft und Bürger, ein von der EU festgelegter Wert
1533 von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter, der gerade einmal knapp über dem natürlichen Hintergrundwert
1534 für NO_x liegt.

1535 Die Unsinnigkeit des EU-Grenzwertes ist mittlerweile bewiesen: In Folge des Corona-Lockdowns
1536 ging der Kraftfahrzeugverkehr in Deutschland drastisch zurück. An den Messstationen zeigt sich
1537 jedoch kein entsprechender Rückgang der gemessenen Werte; diese sind teilweise sogar im
1538 Jahresvergleich zu den Vorjahren gestiegen.

1539 Wir fordern, der EU die Kompetenz zur Festlegung von Grenzwerten zu entziehen, wenden uns gegen
1540 sogenannte Umweltzonen und sprechen uns gegen Fahrverbote aus. All diese Maßnahmen sind
1541 ideologisch motiviert und erreichen ihre vorgeblichen Ziele nicht.

1542

1543 **Verkehrspolitik bedarfsgerecht gestalten**

1544 Die AfD steht für eine Verkehrspolitik, die durch bedarfsgerechten Ausbau der Straßen und mit Hilfe
1545 intelligenter elektronischer Verkehrsleitsysteme den Verkehr mit möglichst wenig Staus bewältigt.

1546 Dazu gehört unter anderem auch die schnelle Realisierung der Nordost-Umfahrung Stuttgart, um die
1547 Verkehrssituation innerhalb der Stadt wie auch auf der Südumfahrung A81 und A8 zu entspannen.
1548 Ebenso stellt sich die AfD gegen ein generelles flächendeckendes Tempolimit.

1549

1550 **Verkehrsbehinderungen in den Innenstädten beseitigen**

1551 Alle Parteien außer die AfD setzen alternativlos auf schikanöse Behinderung des Individualverkehrs.
1552 Dies treibt den Autoverkehr aus den Städten und verlängert Fahrzeiten.

1553 Die Geschäfte in der Innenstadt, die ohnehin mit dem immer umfangreicheren Online-Handel
1554 konkurrieren müssen, werden somit ihrer Kundschaft beraubt. Wir fordern die sofortige Abkehr von
1555 dieser Politik der Verkehrsbehinderung.

1556

1557 **Für ein ergänzendes Nebeneinander der Verkehrsträger**

1558 Der Ausbau der Radverkehrswege wird von Kommunalpolitikern oft dazu genutzt, Straßen zu
1559 verengen bzw. zu kreuzen. In der Folge entstehen noch mehr Staus.

1560 Darunter leiden alle Bürger, unabhängig mit welchem Verkehrsmittel sie sich fortbewegen. Die AfD
1561 ist gegen ein Ausspielen der Verkehrsträger gegeneinander und für eine Trennung von Auto- und
1562 Radverkehr, insbesondere aus Sicherheitsgründen.

1563

1564 **Eisenbahninfrastruktur ausbauen**

1565 Im Schienenverkehr braucht unser Land ein gut ausgebautes und aufeinander abgestimmtes Nah- und
1566 Fernverkehrsnetz.

1567 Die Eisenbahninfrastruktur soll in der Hand des Bundes verbleiben. Der zweispurige Ausbau der
1568 Gäubahn (Stuttgart–Zürich) von Stuttgart bis zur Grenze zur Schweiz wurde vom Bund im Vertrag
1569 von Lugano zugesichert. Wir fordern Bund und Land zur Einhaltung und zügigen Umsetzung dieser
1570 Zusage auf.

1571

1572

1573

1574

1575

1576

1577

1578

1579

1580

1581

1582

1583

1584

1585

7. Menschenwürdiges Wohnen gewährleisten

1586
1587

1588 Immobilien („Nicht beweglich“) sind keine lokal frei verfügbaren Wirtschaftsgüter.
1589 Menschenwürdiges Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Der Wohnungsmarkt steht daher unter besonderer
1590 Verantwortung der Allgemeinheit. Mieter erfahren seit Jahren einen überproportionalen Anstieg der
1591 Wohnkosten, weil der Wohnungsmarkt ins Chaos gestürzt wurde. Die Nachfrage nach günstigem
1592 Wohnraum explodiert durch prekäre Beschäftigungen, die infolge von EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit
1593 und öko-ideologische Deindustrialisierung zunehmen. Zusätzlich wird seit 2015 durch den
1594 ungebremsten illegalen Zuzug hunderttausender meist illegaler Migranten das Angebot weiter
1595 verknappt. Dazu kommt die politische Mietpreistreiberei, die ihre Ursachen in der fatalen EU/EZB-
1596 Geldpolitik hat, die durch Zinsmanipulationen und Geldmengenausweitung „Betongold“ zu einer der
1597 letzten vertrauenswürdigen Geldanlagen machte.

1598 Angesichts des Desasters erinnern sich die Altparteien in verzweifelten Lösungsfindungsversuchen der
1599 unseligen jüngeren deutschen Vergangenheit. Am 20. April 1936 wurde die erste deutsche
1600 „Mietpreisbremse“ Gesetz. Auch die DDR führte die üble Tradition – frei nach dem Motto „Ruinen
1601 schaffen ohne Waffen“ – nahtlos fort. Die AfD will hingegen den Wohnraummarkt effektiver
1602 gestalten, um ein menschenwürdiges Wohnen – im Einklang mit der sozialen Marktwirtschaft – für
1603 alle sicherzustellen.

1604

1605 **Bürokratie im Wohnungsbau abbauen**

1606 Beim Bau und Erwerb von Wohnraum ist die Steuerlast erdrückend. Statt Investoren und
1607 Privatpersonen mit grundgesetzwidrigen Entrechtungen wie der „Mietpreisbremse“ abzustoßen,
1608 fordert die AfD, Rahmenbedingungen so zu setzen, dass Investitionen wieder attraktiv werden.

1609 Dazu zählt die Senkung der Grunderwerbsteuer auf Landesebene auf 3,5% und die Verbesserung von
1610 Abschreibungsmöglichkeiten für Wohnungsbau im Allgemeinen und sozialgebundenen Wohnungsbau
1611 im Besonderen. Für Familien mit Kindern, die ihre Immobilie für mindestens zehn Jahre selbst nutzen,
1612 setzen wir uns für einen Erlass der Grunderwerbssteuer ein.

1613 Die Bereitstellung von günstigem Bauland durch die Gemeinden, ohne ausufernde Umweltauflagen
1614 sowie Genehmigungen ohne ineffiziente Energiesparverordnungen für Alt- und Neubauten und ohne
1615 die überzogenen Öko-Verordnungen (z. B. Begrünung, Fahrradstellplätze) für Neubauten sind dazu
1616 ebenfalls notwendig.

1617

1618 **Wohnnebenkosten reduzieren**

1619 Die im Rahmen der scheiternden Energiewende vorangetriebene Verteuerung der Energiekosten
1620 schlägt sich beim Wohnen insbesondere in Strom- und Heizungskosten nieder.

1621 Über Umlage führt die Energieverteuerung auch zu höheren Wasser-, Müll- und Handwerkerkosten.
1622 Niedrige Energiepreise sind die Voraussetzung niedriger Wohnnebenkosten.

1623

1624

1625 **Eigentumsquote steigern – Wohngeld anstatt Sozialwohnungen**

1626 Wohneigentum ist die beste Versicherung gegen Altersarmut. Die in Deutschland EU-weit niedrigste
1627 Eigentumsquote muss daher steigen und Wohneigentum für Arbeitnehmer und insbesondere Familien
1628 erschwinglich werden.

1629 Hierfür reichen die genannten Streichungen der Kostentreiber nicht aus. Die AfD plant Maßnahmen
1630 zur Eigentumsförderung, die diesen Namen auch verdienen. Die Förderung soll sich dabei mit jedem
1631 Kind deutlich erhöhen. Des Weiteren sind auch innovative Maßnahmen, wie eine Stärkung des
1632 Mietkaufs, denkbar.

1633 Die AfD sieht auch im genossenschaftlichen Bauen für die Schaffung von Wohnungseigentum zur
1634 Selbstnutzung großes Potenzial, um breite Schichten der Bevölkerung zu Wohneigentum zu verhelfen.
1635 Solche Genossenschaften sollen bevorzugten Zugang zu Neubauflächen erhalten.

1636 Bei der Bildung von Wohnungseigentum ist das Erbbaurecht, gerade auch für junge Familien, eine
1637 sinnvolle Möglichkeit.

1638 Die Gewährung von Wohngeld ist für Geringverdiener ein effizienteres Mittel als „sozialer
1639 Wohnungsbau“. Über Belegungsrechte der Kommunen können Problemgruppen bedient werden, die
1640 trotz Wohngelds keine Wohnung finden.

1641 Deutschlandweit liegt die Fehlbelegungsrate von Sozialwohnungen bei rund 50 %. Die Reduzierung
1642 der Fehlbelegung ist für die AfD eine brachliegende Möglichkeit, Bedürftigen Wohnraum anbieten zu
1643 können.

1644

1645 **Ländlichen Wohnraum stärken, der Urbanisierung entgegensteuern**

1646 Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ballungszentren und ländlichen Räumen bringt
1647 gesamtgesellschaftliche Vorteile. Eine flächendeckend gute Verkehrs- und
1648 Kommunikationsinfrastruktur ist dabei für die ländlichen Räume genauso wichtig wie die
1649 Erreichbarkeit der Städte mit dem eigenen PKW.

1650 Dies ist die Grundlage, um Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken. Nur auf diese Weise können
1651 Anreize für die dezentrale Ansiedelung von Unternehmen geschaffen werden. Durch punktuelle
1652 Förderung kann dies auch auf öffentliche Einrichtungen erweitert werden.

1653

1654

1655

1656

1657

1658

1659

1660

1661

1662
1663
1664
1665
1666
1667
1668
1669
1670
1671
1672
1673
1674
1675
1676
1677
1678
1679
1680
1681
1682
1683
1684
1685
1686
1687
1688
1689
1690
1691
1692
1693
1694
1695
1696
1697
1698
1699
1700
1701

8. Digitalen Rückstand in Baden-Württemberg beenden

Information und Kommunikation, sei es in der Wirtschaft, sei es auf den Feldern der Bildung, Lehre, Forschung, Kultur oder Freizeit, findet seit Jahren rapid steigend in digitaler Form statt. Immer mehr klassische Dienste, wie z. B. Telefonie oder Fernsehen, werden nicht mehr über separate Infrastrukturen bereitgestellt, sondern über Datennetze. Damit steigt die Abhängigkeit der Gesellschaft von dem sicheren und durchgängig störungsfreien Betrieb dieser Netze mit entsprechender Kapazität. Die Anbindung an das kabelgebundene Datennetz ist, ähnlich dem Wasser- und Stromnetz, zu einem Element der Daseinsvorsorge geworden. Der Ausbau dieses Datennetzes hinkt in Baden-Württemberg im internationalen Vergleich stark hinterher; diesen Rückstand wollen wir beenden.

Echtes Breitband für alle bereitstellen

Wir fordern den landesweiten, flächendeckenden GIGAbit-Breitbandausbau mit Glasfaser in jedes Haus. Dabei setzen wir auf verstärkte Unterstützung regionaler Strukturen (z. B. Stadtwerke, Zweckverbände und privatwirtschaftliche Kooperationen) durch öffentliche Fördermittel, insbesondere im ländlichen Raum.

Jeder Haushalt hat Anspruch auf eine gesicherte effektive Bandbreite. Der Netzausbau ist mit der Bereitstellung der nötigen Fördermittel bis zur Fertigstellung voranzutreiben.

Der Netzausbau in Gebieten mit Nutzern unterschiedlicher Rentabilität muss ausgleichend für alle erfolgen. Die Mischkalkulation soll einen fairen Wettbewerb zwischen allen Netzbetreibern auf Augenhöhe ermöglichen. Nutzungs- und Überbauvereinbarungen über vorhandene Leitungen und Leerrohre Dritter sollen den Ausbau beschleunigen.

Schaffung digitaler Infrastrukturen und Ressourcen beschleunigen

Wir fordern 100 Digitalisierungsmanager für Baden-Württemberg, Experten der IT, des Tiefbaus und des Projektmanagements. Die Stabstellen in allen Ministerien, Regierungspräsidien und Landratsämtern sollen in enger Zusammenarbeit auf kurzem Dienstweg für die Neugestaltung der Fachverfahren sorgen. Im Hinblick auf Digitalisierung und Bürgernähe sollen sie Standards definieren, Lösungen entwickeln und sicherstellen, dass die im Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung BW festgelegten Anforderungen fristgerecht erreicht werden.

Die IT-Ausstattung und der IT-Betrieb der Schulen benötigen dringend Professionalisierung. Lehrer, die heute oftmals eigeninitiativ die Systeme in den Schulen betreuen, müssen entlastet, die Kommunen als Schulträger unterstützt werden. Es braucht professionelle, eigens für die Unterstützung des Schulbetriebes ausgebildete IT-Spezialisten, die IT im Bildungswesen und die Schulen aktiv unterstützen sollen. Für den Netzausbau und den Digitalisierungsprozess der öffentlichen Verwaltung braucht es nicht mehr, sondern weniger Bürokratie. Ein Digitalministerium befürworten wir daher nicht.

1702 **Funklöcher beseitigen, Chancen und Risiken beim 5G-Ausbau abwägen**

1703 Wir fordern auch beim 5G-Ausbau die Förderung regionaler Strukturen, nach dem Vorbild eines
1704 „nationalen Roamings“. Hierbei sollen die Netzübergänge zwischen den Netzbetreibern für den
1705 Benutzer unbemerkt und kostenneutral sein.

1706 Der Netzausbau im 5G-Bereich muss im Hinblick auf gesundheitliche Risiken weiterhin permanent
1707 durch wissenschaftliche Untersuchungen begleitet werden. Studien sollen den Bürger umfassend
1708 informieren. Sie dürfen keine Risiken verschweigen, aber auch nicht zum Aufbau von Ängsten genutzt
1709 werden. Nur so ist es möglich, die Chancen der 5G-Technologie im Interesse der Bürger und im Ein-
1710 klang mit den Bürgern bestmöglich zu nutzen.

1711 Ungeachtet dessen lehnen wir 5G und dessen Beamforming-Antennen (Strahlformungs-Antennen) als
1712 Ersatz für eine kabelgebundene Versorgung in Form der „virtuellen Glasfaser“ ab. Flächendeckend ist
1713 der 4G (LTE)-Ausbau bis 2024 zu vollenden.

1714

1715 **Einheitliche landesweite Bildungsplattform schaffen**

1716 Die Landesregierung soll aus Zeit- und Kostengründen auf die Entwicklung einer eigenen digitalen
1717 Bildungsplattform verzichten und stattdessen das bereits am Markt vom Bund geförderte und
1718 verfügbare Produkt einsetzen.

1719 Das unterrichtsfreie Arbeiten während der Corona-Pandemie hat gezeigt, wie nützlich und konstruktiv
1720 digitale Arbeits- und Kommunikationsmöglichkeiten in bestimmten Situationen sein können. Das
1721 Versagen der vergangenen Landesregierungen bei der Schaffung der Bildungsplattform „Ella“ hat den
1722 Schulen viel Eigeninitiative abgefordert und damit zu großen Ungleichgewichten im Land geführt.
1723 Dem ist dringend mit der Entwicklung einer landesweiten Bildungsplattform abzuhelpfen.

1724

1725 **Baden-Württemberg zum KI-Standort ausbauen**

1726 Wir fordern in Deutschland alle KI-Kompetenzen zu sammeln und aus nationalem Interesse und an-
1727 gestrebter digitaler Souveränität rund um das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz
1728 (DFKI) zu bündeln. Dieses sollte auch einen Standort in Baden-Württemberg erhalten, wo mit dem
1729 KIT in Karlsruhe bereits hohe informatische Fachkompetenz vorhanden ist.

1730 In den letzten 20 Jahren wurden Investitionen im Bereich der Künstlichen Intelligenz versäumt. Der
1731 Vorsprung der GAFA-Unternehmen ist riesig. Allein Amazon und Google investierten 2017 ca. 30
1732 Milliarden US-Dollar in Forschung und Entwicklung, China will bis 2030 knapp 150 Milliarden Euro
1733 allein in KI investieren. Will man hierbei mithalten, hat kleinteiliges Denken keine Chance. Baden-
1734 Württemberg sollte einen starken Beitrag zu unserer nationalen Anstrengung in Sachen KI leisten.

1735

1736

1737 **E-Partizipation für die Bürger ausbauen – E-Akte einführen**

1738 Wir fordern die Weiterentwicklung des Beteiligungsportals Baden-Württemberg zu einem echten,
1739 bürgernahen Portal, um Entscheidungen auf vielen Ebenen zu ermöglichen. Es bedarf dringend
1740 webbasierter Oberflächen, die allen Bürgern zur Verfügung stehen, um gängige Angebote der

1741 Verwaltungen von zuhause aus wahrnehmen zu können, wie z. B. Wohnsitzummeldung,
1742 Wasserzählerstände, Gewerbebeanmeldung, Familienstandanzeigen. Ein einziger Zugang sollte für all
1743 diese gängigen Verwaltungsprozesse unbürokratisch nutzbar sein.

1744 Wir wollen durch digitale Abstimmungssysteme (E-Voting) der Meinung und dem Willen der Bürger
1745 im Rahmen direkter Demokratie mehr Gewicht und Einfluss geben. Das Portal service-bw muss neu
1746 gestaltet werden, so dass eine für den Bürger effektiv nutzbare digitale Lösung geschaffen wird. Über
1747 diesen Weg wollen wir das „Once only“ oder auch „One-Shop“-Prinzip umsetzen. Dazu sollen
1748 Verwaltungsprozesse und Fachverfahren vereinheitlicht und wo nötig neu gestaltet werden.
1749 Kommunen müssen bei der Umsetzung von OZG-Projekten finanziell und konsultativ unterstützt
1750 werden. Land und Kommunen müssen an einem Strang ziehen.

1751 Zur Beschleunigung der Einführung der E-Akte auf Landesebene soll die Entscheidung, diese
1752 gemeinsam mit der Polizei zu entwickeln, rückgängig gemacht werden, da die Anwendungsgebiete zu
1753 unterschiedlich sind. Der genormte Datenaustausch zwischen diesen Systemen muss jedoch
1754 sichergestellt werden. Dazu soll eine standardisierte Plattform und ein Protokoll für den digitalen
1755 Aktenaustausch geschaffen werden.

1756

1757 **Integrierte Freihandelszonen für die Digitalwirtschaft (IFDW) schaffen**

1758 Wir fordern, Integrierte Freihandelszonen für Digitalwirtschaft (IFDW) in Baden-Württemberg
1759 einzurichten. Die Standorte sollen in einem Verfahren unter Beteiligung der Digitalwirtschaft, der
1760 Kommunen, der Bildungseinrichtungen und -träger und anderer relevanter Akteure bestimmt werden.

1761 Abgesehen von SAP gibt es in Deutschland oder Europa kein global führendes Unternehmen der
1762 Internet- bzw. Digitalwirtschaft. Dieses Scheitern ist als Folge zahlloser politischer
1763 Fehlentscheidungen der letzten 30 Jahre wie auch der Überbürokratisierung durch die EU zu
1764 verstehen. Baden-Württemberg benötigt dringend mehr Freiheit zur Rückgewinnung der digitalen
1765 Souveränität, dazu könnten Integrierte Freihandelszonen für Digitalwirtschaft (IFDW) einen wichtigen
1766 Beitrag leisten.

1767

1768

1769

1770

1771

1772

1773

1774

1775

1776

1777

1778

9. Natur, Technik und Landwirtschaft in Einklang bringen

1779 Wir alle wollen eine saubere Umwelt, eine intakte Natur und gesunde Lebensmittel. Während andere
1780 Parteien dies mit Verboten und Reduzierung des Lebensstandards erreichen wollen, sucht die AfD
1781 nach intelligenten Lösungen, die effizienter wirken als Verbote und bei denen Ökologie und
1782 Ökonomie nicht im Widerspruch zueinander stehen. Technik und Industrie haben uns Wohlstand, gute
1783 medizinische Versorgung und lange Lebenserwartung gebracht. Gleichzeitig wünschen sich viele
1784 Bürger ein Zurück zur Natur. Dabei wird oft verkannt, dass nicht Verzicht, Rückschritt und
1785 Sozialismus die Umweltbelastungen seit Jahrzehnten reduziert haben, sondern technischer Fortschritt
1786 und eine auf klaren Regeln basierende Marktwirtschaft.

1787 Die fortschreitende Entmündigung von Landwirten, Jägern und Verbrauchern durch immer mehr
1788 Regelungen und Verordnungen muss ein Ende finden. Entscheidungen müssen auf der Grundlage
1789 rationaler Faktenanalysen statt ideologischen Wunschenkens getroffen werden.

1790

1791 **EU-Abhängigkeiten vermindern – Agrarpolitik renationalisieren**

1792 Wir fordern, die Zuständigkeit für die Agrarpolitik wieder in die alleinige Verantwortung des
1793 Bundestages zu legen. Ausgleichszahlungen für unsere Landwirtschaft müssen vorerst bestehen
1794 bleiben, da in einem freien globalen Wettbewerb sowohl die Produkte als auch der Bauernstand
1795 verschwinden würden.

1796 Der Umweg der Finanzierung über die EU ist aber umständlich, teuer und widerspricht dem Grundsatz
1797 der Subsidiarität. Die AfD will die Zuständigkeit für die heimische Landwirtschaft wieder in nationale
1798 Hände legen. Landwirte anderer Staaten sollen nicht mit deutschem Steuergeld subventioniert werden.

1799

1800 **Den ländlichen Raum wirksam fördern**

1801 Für die AfD ist die Förderung des ländlichen Raums kein Lippenbekenntnis. Wir wollen die
1802 Rahmenbedingungen so gestalten, dass unsere Landwirte auch bei rückläufigen Agrarsubventionen
1803 der EU ihre Betriebe wirtschaftlich tragfähig weiterführen können.

1804 Wir setzen uns für steuerfreie Risikorücklagen für Landwirte, Gärtner und Forstwirte ein. Der
1805 ländliche Raum muss durch geeignete Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen erhalten und
1806 gefördert werden. Daher müssen weiterhin Fördermittel für die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs
1807 zur Anbindung der Dörfer an die Städte und für den Ausbau eines leistungsfähigen Internets eingesetzt
1808 werden.

1809 Die AfD fordert außerdem, die haus- und fachärztliche Grundversorgung flächendeckend auch im
1810 ländlichen Raum sicherzustellen und zu fördern.

1811

1812 **Kulturlandschaften erhalten – Flächenverbrauch eindämmen**

1813 Die AfD fordert Naturschutz mit den Bauern, nicht gegen sie. Grund und Boden vermehrt sich nicht,
1814 unsere Lebensgrundlage muss erhalten werden.

1815 In der klein strukturierten Landschaft Baden-Württembergs mit ihren vielen unterschiedlichen
1816 Landschaftstypen ist die Landwirtschaft wichtigster Pfeiler des Arten- und Biotopschutzes.

1817 Strukturelemente wie Hecken, Krautstreifen und Streuobstwiesen, eingebettet in die
1818 landwirtschaftliche Nutzfläche, sichern das Überleben gefährdeter Arten in unserer Heimat. Der
1819 bestehende erfolgreiche Vertragsnaturschutz mit den Landwirten und Weidetierhaltern ist zu erhalten,
1820 die ihn begleitenden Förderprogramme sind auszubauen. Weitergehende, gesetzliche Regelungen zur
1821 Bewirtschaftung sensibler Flächen lehnen wir ab.

1822 Unsere Kulturlandschaft ist durch unsere Vorfahren geschaffen worden – mit der Natur, mit viel
1823 Verstand und harter Arbeit. Durch Industrieanlagen, durch Bodenversiegelung und Energieerzeugung
1824 aller Art darf dieses Erbe nicht gefährdet werden.

1825

1826 **Regionale Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausbauen**

1827 **Die AfD will Direktvermarktung und Erzeugergemeinschaften unterstützen.**

1828 Die Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Baden-Württemberg ist über die Stärkung
1829 regionaler Wertschöpfungsketten weiter auszubauen. Die Bewerbung auf Messen, wie z. B. bei der
1830 Grünen Woche in Berlin oder dem Mannheimer Maimarkt, sonstige Werbekampagnen und auch die
1831 Direktvermarktung für heimische Produkte sind stärker zu unterstützen. Dazu gehören insbesondere
1832 die Erzeugnisse unseres regionalen Weinbaus, die hierbei schon eine herausragende Rolle spielen. Die
1833 AfD will regionale Erzeugergemeinschaften zur Stärkung ihrer Marktposition bei der
1834 Weiterentwicklung ihrer Erzeugnisse zu höherwertigen Produkten, bei der Vermarktung und beim
1835 Einkauf von Betriebsmitteln fördern.

1836

1837 **Bauernland in Bauernhand – die ganze Bandbreite soll es sein**

1838 **Die AfD lehnt es ab, konventionellen und ökologischen Anbau gegeneinander auszuspielen. Wir**
1839 **wollen im Pflanzenschutz bewährte Standards erhalten, aber den Einfluss der EU zurückdrängen.**
1840 **Nahrungsmittelerzeugung geht vor Energieerzeugung. Landwirtschaftliche Flächen sind kein**
1841 **Spekulationsobjekt für Geldanleger. Die der bäuerlichen Welt größtenteils völlig entfremdete Jugend**
1842 **muss in der Schule an die Landwirtschaft herangeführt werden.**

1843 Es gibt einen Markt für landwirtschaftliche Produkte sowohl aus konventionellem als auch aus
1844 ökologischem Anbau. Die Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft in ihren verschiedenen
1845 Formen neben der konventionellen Landwirtschaft stellt deshalb keinen Widerspruch dar, sondern eine
1846 sinnvolle Ergänzung der landwirtschaftlichen Leistungsbandbreite. Die AfD fordert einen gesunden
1847 Wettbewerb dieser verschiedenen Produktionsformen. Eine ideologisch verordnete Zielquote für die
1848 ökologische Landwirtschaft lehnt die AfD ab.

1849 Ein wirksamer Pflanzenschutz nach guter fachlicher Praxis ist die Grundlage jeglicher
1850 landwirtschaftlichen Produktion. Die bewährten Zulassungsstandards im Hinblick auf Umwelt-,
1851 Gesundheits- und Verbraucherschutz dürfen dabei weder vernachlässigt noch praxisfern verschärft
1852 werden. Eine zentrale Prüf- und Zulassungsbehörde der EU sehen wir kritisch. Die hohen Standards
1853 der deutschen Prüf- und Zulassungsbehörden müssen aufrechterhalten werden.

1854 Über die Weiterverwendung von Glyphosat ist auf Basis der Standards des Bundesinstituts für
1855 Risikobewertung (BfR) zu entscheiden.

1856 Die Förderung des Energiepflanzenanbaus wollen wir reformieren, weil sie zu
1857 Wettbewerbsverzerrungen führt. Reine Biogasbauern sollen nicht gegenüber Milchvieh-, Ackerbau-

1858 und Mischbetrieben im Vorteil sein. Das entspricht dem ethischen Grundsatz, wonach die Erzeugung
1859 von Nahrungsmitteln Vorrang vor der Energieerzeugung hat.

1860 Landwirtschaftliche Nutzflächen sind Produktionsgrundlage und keine Spekulationsobjekte. Sie
1861 gehören nicht in die Hände von nichtbäuerlichen Kapitalgesellschaften. Die AfD fordert ein
1862 Vorkaufsrecht für ortsansässige landwirtschaftliche Betriebe und eine Spekulationsfrist von zehn
1863 Jahren analog zur Immobilienwirtschaft. Auch Junglandwirte müssen die Möglichkeit haben, eigenen
1864 Grund und Boden zu erwerben.

1865 Zur Verknüpfung von Schul- und Lebenswirklichkeit setzt sich die AfD für einen landesweiten
1866 Schulgartenunterricht ein. Die Landjugend ist als wichtiger und wesentlicher Bestandteil des
1867 ländlichen Lebens dabei angemessen zu beteiligen.

1868

1869 **Jagd, Forst- und Fischwirtschaft als Partner von Wald- und Naturschutz** 1870 **fördern**

1871 Die AfD verurteilt die Abholzung von Wald zur Errichtung von Windkraftanlagen aufs Schärfste.
1872 Jäger, Förster, Waldbesitzer, Fischer und Angler leisten wichtige Beiträge für die Natur, damit für den
1873 Menschen. Jägern muss ihre Arbeit erleichtert werden – Schluss mit den immer weitergehenden
1874 Beschränkungen.

1875 Der Erhalt unserer Wälder als Kulturgut ist es wert, gefördert zu werden. Dafür dürfen die
1876 Privatwaldbesitzer gegenüber staatlichen und kommunalen Waldbesitzern nicht benachteiligt werden.
1877 Das Abholzen von Waldflächen zur Errichtung von Windkraftanlagen lehnt die AfD ab.

1878 Wir setzen uns für einen Ausgleich zwischen Wald und Wild ein. Insbesondere ist die landeseinmalige
1879 Rotwildverordnung aufzuheben, die diesen Tierbestand nur in kleinen begrenzten Gebieten zulässt.
1880 Für das Rotwild, unser Wappentier, ist ein erweiterter und ausgewogener Lebensraum sicherzustellen.

1881 Die AfD schätzt den Einsatz unserer Förster und unserer Jäger als staatlich geprüfte Naturschützer.
1882 Mit ihrer Arbeit in Feld, Wald und Flur leisten sie einen wertvollen Beitrag zum Umwelt- und
1883 Naturschutz.

1884 Jäger sind wichtige Partner bei der Eindämmung von Tierseuchen, wie das Beispiel der Schweinepest
1885 gezeigt hat. Es beweist, dass Landwirtschaft, Forstwesen und Jagd aufeinander angewiesen sind. Zur
1886 Bejagung der stark gewachsenen Wildschweinbestände befürwortet die AfD den Einsatz von
1887 Nachtsichtgeräten. Des Weiteren fordern wir die Einführung einer Wildschadenskasse von
1888 Gemeinden, Jägern und Grundstückseigentümern.

1889 Die AfD möchte die Fischerei unterstützen und sieht diese als Partner einer naturnahen
1890 Gewässerbewirtschaftung; Fischräuber wie der Kormoran sollen unter das Jagdgesetz gestellt und
1891 seine Bestände reguliert werden. Das Nachtangelverbot muss aufgehoben werden und die
1892 Durchgängigkeit aller Fließgewässer sichergestellt sein.

1893

1894

1895

1896

1897 **Eingewanderte Arten und Wölfe beschränken**

1898 Eingeschleppte oder wiederangesiedelten Tierarten haben oft sehr nachteilige Folgen für das
1899 natürliche Gleichgewicht der heimischen Fauna und Flora. Sie müssen daher einem angemessenen
1900 Management unterliegen. Dies gilt insbesondere für den Wolf, da dieser sonst zur Gefahr für Nutztiere
1901 und Menschen werden kann.

1902 Die Auswirkungen ehemals ausgestorbener oder neu eingewanderter Tierarten wie Waschbär oder
1903 Wolf sind nicht immer nur positiver Natur. Der Waschbär dezimiert zum Beispiel die Singvögel
1904 massiv, der Wolf reißt Weidetiere und kann zur Gefahr für Menschen werden. Der Fischräuber
1905 Kormoran macht Fischzucht und Teichwirtschaft unwirtschaftlich. Der Biber staut Flüsse und
1906 überflutet Kläranlagen. Deshalb obliegt dem Naturschutz hier und in anderen Fällen vordringlich die
1907 wichtige Aufgabe, die natürliche Balance zu erhalten oder wieder herzustellen.

1908 Insbesondere fordern wir eine realistische Bewertung der Wolfsbestände und ein effektives
1909 Wolfsmanagement. Die Ängste der Menschen, speziell in ländlichen Regionen, müssen
1910 ernstgenommen werden, bevor ein Mensch zu Schaden kommt. Im Schadensfall sind angemessene
1911 und unbürokratische Hilfen zur Entschädigung für die Betroffenen zu leisten. Jagdpächter, Förster und
1912 Weidetierhalter mit entsprechender Ausbildung müssen bei der Kontrolle, Reduzierung oder
1913 Vertreibung mit einbezogen werden. Deshalb fordert die AfD auch die Aufnahme des Wolfs ins
1914 Jagdrecht.

1915

1916 **Tierwohl und Tierschutz durchsetzen**

1917 Tierschutz ist für die AfD ein herausragend wichtiges Thema. Besonders die Missstände bei
1918 Tiertransporten müssen energisch, auch grenzübergreifend, abgestellt werden. Die Förderung
1919 regionaler Schlachtung ist dazu ein Mittel. Das Schächten lehnen wir ab.

1920 Die AfD fordert eine artgerechte Tierhaltung. Formen der Tierhaltung, die dem Tierwohl
1921 widersprechen, sind zu korrigieren. Das Tierwohlkennzeichen des Bundes muss freiwillig bleiben und
1922 darf keinen Mindeststandard für die konkurrierenden Tierwohllabel des Handels setzen.
1923 Tiertransporte, die des Schlachtens wegen durchgeführt werden, sollen verpflichtet werden, den
1924 nächstmöglichen Schlachthof zu nutzen. Regionale Schlachthöfe, die den Anforderungen des
1925 Tierschutzes und der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen gerecht werden, sind deshalb zu fördern.
1926 Die Tiertransporte, insbesondere im Transitbereich, sollen auf den Straßen mehr kontrolliert werden.
1927 Um die Landkreise zu entlasten, muss das Land die Kosten der Kontrollen übernehmen. Die AfD will
1928 tierquälerische Tiertransporte stoppen und bei Verstößen gegen den Tierschutz und
1929 tierseuchenrechtliche Bestimmungen härtere Sanktionen einführen. Unsere Verantwortung für den
1930 Tierschutz endet dabei auch nicht an den EU-Außengrenzen.

1931 Schächten (d. h. Schlachtung ohne vorhergehende Betäubung) lehnen wir ab, zumal es keine
1932 sachlichen Gründe – hinsichtlich der Restblutmenge im Tierkörper – für die Bevorzugung dieser
1933 tierquälerischen Schlachtmethode gibt. Religionsfreiheit kann nicht gegen das Grundgesetz und
1934 grundlegende Werte unserer Kultur gerichtet sein.

1935

1936

1937

1938 **Verbraucherrechte garantieren**

1939 Die AfD fordert eine stärkere Stellung von Verbrauchern – nicht nur, aber besonders – gegenüber der
1940 mächtigen internationalen Lebensmittelindustrie. Verbraucherzentralen sind finanziell deutlich stärker
1941 zu fördern.

1942 Der Schutz der Verbraucher ist kein Luxusgut, das anderen Politikfeldern nachgeordnet sein soll. Er
1943 ist eine Querschnittsaufgabe für eine ganze Reihe von politischen Sektoren. Die AfD sieht
1944 Verbraucherpolitik und Verbraucherschutz nicht allein und noch nicht einmal vorrangig als
1945 Staatsaufgabe, sondern als gemeinsame Aufgabe staatlicher und gesellschaftlicher Akteure. Die
1946 anerkannten Verbraucherverbände – Verbraucherzentralen, aber auch spezialisierte
1947 Interessenvertretungen – müssen darüber hinaus ausreichend finanziert werden. In den Schulen soll die
1948 Verbraucherbildung noch stärkeren Anteil bekommen. Eine Aufweichung der geltenden Standards,
1949 zum Beispiel durch einseitig ausgehandelte Freihandelsabkommen, lehnt die AfD ab. Auch bei
1950 importierten Lebensmitteln müssen die Verbraucher auf die Sicherheit und die Einhaltung der
1951 Standards vertrauen können.

1952

1953 **Sinnvolles Management der Luftqualität im Sinne des Verbraucher- und** 1954 **Gesundheitsschutzes umsetzen**

1955 Die AfD widersetzt sich dem Vernichtungsfeldzug besonders der Grünen gegen den
1956 Verbrennungsmotor – dieser ist nicht faktenbasiert, sondern ideologiegetrieben. Leidtragender ist
1957 einmal mehr der Normalbürger im ländlichen Raum. Fahrverbote lehnen wir ab.

1958 Zur Durchsetzung der Elektromobilität versucht die von den Grünen geführte Landesregierung, den
1959 Verbrennungsmotor zu sabotieren, dies, obwohl trotz steigenden Verkehrs die Luftqualität gestiegen
1960 ist. Auch erscheint die Diskrepanz zwischen dem Grenzwert von 950 µg/m³ an Arbeitsplätzen in
1961 Deutschland und dem EU-Grenzwert an Straßen von 40 µg/m³ NO₂ (USA 100 µg/m³) absurd.

1962 Der Anteil des Fahrzeugverkehrs beim Feinstaub beträgt gerade einmal 20 %. Reifen und Bremsen
1963 sind hierbei die Hauptverursacher. Auf die Abgase entfallen nur 4 %. E-Fahrzeuge würden durch ihr
1964 höheres Gewicht mehr Feinstaub produzieren und die Ersparnis durch weniger Staub aus dem Antrieb
1965 zunichtemachen. Während des Corona-Lockdowns hat sich zudem gezeigt, dass die Feinstaubwerte z.
1966 B. in Stuttgart trotz deutlich weniger Verkehrs nicht reduziert waren.

1967 Die AfD befürwortet wirksame Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung, diese müssen sachlich
1968 begründet und bezahlbar sind. Der subventionierte Umstieg auf E-Mobilität ist für den Normalbürger
1969 und insbesondere im ländlichen Raum nicht praktikabel, unbezahlbar und ökologisch unsinnig. Die
1970 AfD steht hier auf der Seite der Bürger, die auf das Auto angewiesen sind. Die AfD lehnt daher
1971 Fahrverbote ab.

1972

1973 **Nitratbelastung des Grundwassers verringern**

1974 Die AfD nimmt die Landwirtschaft in Schutz – sie ist nicht die einzige Ursache für die Nitratbelastung
1975 des Grundwassers. Wir wollen über die Gülleentsorgung neu nachdenken und das Messstellennetz
1976 optimieren.

1977 Der Nitratreintrag in unser Grundwasser ist ein Problem, an dem viele beteiligt sind, darunter
1978 Landwirtschaft und Kanalisation. Daher kann diese Problematik nicht durch Maßnahmen zum

1979 Nachteil einzelner Teilnehmer gelöst werden. Das Problem auf die Landwirtschaft allein abzuwälzen,
1980 ist aus Sicht der AfD nicht zielführend und zudem eine ungerechte Vernachlässigung der positiven
1981 und wichtigen Rolle der baden-württembergischen Landwirte beim Natur- und Umweltschutz. Wir
1982 werden in enger Kooperation mit den Landnutzern und den Kommunen sowie auf rein
1983 wissenschaftlicher Basis dieses Problem angehen. Es müssen Konzepte zur Gülleentsorgung
1984 entwickelt und gefördert werden. Das Netz der Nitratmessstellen ist zu optimieren.

1985

1986 **Umweltschutz nicht der Windenergie opfern**

1987 **Windenergieanlagen an Land sind in den meisten Fällen ein verhängnisvoller Irrweg und vernichten**
1988 **Natur, Umwelt und viele verschiedene Tiere und Insekten. Wir fordern: Schluss damit!**

1989 Der politisch-ideologisch forcierte und subventionierte Ausbau von Windenergieanlagen belastet die
1990 Natur, Umwelt und Volkswirtschaft auf Dauer in untragbarem Maße.

1991 Beim Bau einer Windkraftanlage werden große Naturflächen, oft Wald, gerodet und versiegelt. Zur
1992 Aufrechterhaltung des aktuellen Bestands werden jährlich Tausende Tonnen Beton hergestellt und
1993 Hunderte Verbundstoffrotorblätter als Sondermüll entsorgt.

1994 Im Betrieb sind Windkraftanlagen eine der wesentlichen Ursachen für die Dezimierung insbesondere
1995 unserer Greifvogelbestände. Windkraftanlagen töten jährlich Tausende streng geschützte Fledermäuse,
1996 sie vernichten Milliarden Insekten jedes Jahr und verschärfen so deren dramatischen Rückgang. Hinzu
1997 kommt noch die Verschandelung des Landschaftsbilds durch Windparks.

1998 Diese massiven negativen Auswirkungen sind bei Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen
1999 ideologiefrei und faktenbasiert abzuwägen.

2000

2001

2002

2003

2004

2005

2006

2007

2008

2009

2010

2011

2012

2013

2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026
2027
2028
2029
2030
2031
2032
2033
2034
2035
2036
2037
2038
2039
2040
2041
2042
2043
2044
2045
2046
2047
2048
2049
2050
2051
2052
2053

10. Für ein leistungsorientiertes Schulsystem und eine ideologiefreie Bildung

Leistung, Wissen und Können – die Alternative für Deutschland möchte diese drei Begriffe, die dem Grundbedürfnis heranwachsender Menschen entsprechen, wieder in das Zentrum der Bildungspläne stellen. Es war ein ideologischer und politischer Fehler der grün-schwarzen und zuvor schon der grün-roten Landesregierung, den Schwerpunkt vom umfassenden Bildungsauftrag weg hin zu den Leitperspektiven für nachhaltige Entwicklung, für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt zu verschieben. Dies bestätigen die vielen Tests und Untersuchungen des Leistungsniveaus unserer Schüler, das seither dramatisch fällt.

Die Alternative für Deutschland wendet sich gegen die grün-schwarze Bürokratisierung der Bildung durch praxisferne Ideologen und setzt auf ein umfassendes Bildungsideal, das den Menschen in seiner Gesamtheit betrachtet. Besonders wichtig sind neben der fundierten Allgemeinbildung die solide Vorbereitung auf die Arbeitswelt und daher der Aufbau einer fachlichen Kompetenz in den Schulen. Erst eine breite Kenntnis der Natur- und Geisteswissenschaften, der Ökonomie und des Rechts ermöglichen es den jungen Menschen, die sich ständig ändernden Anforderungen des Arbeitslebens zu meistern. Die Bejahung des Leistungsbegriffes entspricht der menschlichen Natur. Wir wollen ihn auf allen Ebenen der schulischen und universitären Bildung wieder zur Geltung bringen.

Freiwillige kommunale Kinderbetreuungsangebote ausbauen

Die Betreuung der Kinder ist erstes Recht der Eltern. Wir wenden uns gegen eine verpflichtende staatliche Betreuung und stehen für eine echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung.

Von zentraler Bedeutung ist das Grundbedürfnis des Kleinkindes nach verlässlichen und liebevollen Bezugspersonen. Wissenschaftliche Ergebnisse der Bindungsforschung, die Gefahren und negative Folgen früher Trennung nachweisen, sind bei der Gesetzgebung zu beachten. Die Gemüts- und Herzensbildung und spätere Liebes- und Beziehungsfähigkeit werden bei zu früher Trennung von den Eltern gefährdet und eine Häufung von seelischen und körperlichen Erkrankungen ist nachweisbar.

Kinderbetreuung staatlich fördern

Die Erziehung der Kinder ist erstes Recht und die Pflicht der Eltern. Pädagogisches Betreuungspersonal muss qualifiziert sein; dabei ist ein angemessener Betreuungsschlüssel zu beachten. Um Familien in der Betreuung ihrer Kinder zu unterstützen, fordern wir ein Betreuungsgeld aus Landesmitteln.

Es ist uns wichtig, dass Eltern ihre Kinder vor allem in der frühkindlichen Entwicklungsphase selbst betreuen, ohne gesellschaftlichem, politischem und ökonomischem Druck ausgesetzt zu sein. Allerdings müssen für Familien, die aufgrund der Berufstätigkeit beider Elternteile Hilfe benötigen, sinnvolle Möglichkeiten angeboten werden. Die Kindertagespflege ist eine mögliche flexible und familiennahe Kinderbetreuung. Wir fördern diese als gleichwertige Alternative und würdigen die wichtige Arbeit der Erzieherinnen, für deren gute Entlohnung wir uns einsetzen.

2054 **Schulen in freier Trägerschaft unterstützen**

2055 Die Schulen in freier Trägerschaft müssen in angemessener Weise mit öffentlichen Mitteln unterstützt
2056 werden. Sie sollen den öffentlichen Schulen personell und finanziell vergleichbar ausgestattet arbeiten
2057 können, ohne dass die Elternbeiträge zur Auslese nach Einkommen führen.

2058 Der Pluralismus in der Bildungslandschaft Baden-Württembergs ist wichtig. Der Wettbewerb
2059 verschiedener Anbieter auf dem Bildungssektor wirkt stimulierend auf die Innovation und Qualität der
2060 schulischen Bildung insgesamt.

2061

2062 **Verbindliche Grundschulempfehlung wieder einführen, leistungsfähige**
2063 **Realschule wiederherstellen**

2064 Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung durch die Lehrer hat sich nicht bewährt.
2065 Der Unterricht in der Realschule muss wie in allen Schulen auf einer Niveaustufe erfolgen.
2066 Unterschiedliche Lernniveaus in einer Klasse lehnen wir ab.

2067 Unterricht auf verschiedenen Niveaus führt zu Überforderung oder Langeweile bei den jeweils sich
2068 nicht angesprochen fühlenden Schülern. Auch wenn sich Werkrealschule und Realschule in einem
2069 Gebäude befinden, muss getrennter Unterricht erfolgen. Der Wechsel von Schülern in die jeweils
2070 andere Schulart soll bei entsprechender Leistung immer möglich sein. Statt Orientierungsstufe und
2071 jahrelangem Unterricht auf illusorischen drei Niveaus müssen in angemessenem zeitlichem Abstand
2072 Tests vorgenommen werden. Diese zeigen zusammen mit der verbindlichen Grundschulempfehlung
2073 und der pädagogischen Einschätzung durch die Lehrkräfte das Potenzial der Schüler und ermöglichen
2074 die Zuordnung zu Werkrealschule, Realschule und Gymnasium.

2075

2076 **Lehrkräfte von fachfremden Aufgaben entlasten**

2077 Wir fordern eine Entlastung der Lehrer, denen in den letzten Jahren immer mehr fachfremde Aufgaben
2078 neben dem Unterricht übertragen wurden.

2079 Die Lehrkräfte in Baden-Württemberg müssen eine im internationalen Vergleich hohe Zahl an
2080 Wochenstunden unterrichten. Darüber hinaus wurden ihnen in der letzten Zeit zunehmend Aufgaben
2081 in außerunterrichtlichen Bereichen übertragen. Wir meinen, der Unterricht ist die Kernaufgabe der
2082 Lehrer. Für andere Aufgaben sind Fachkräfte heranzuziehen. Sofern besondere Aufgaben von Lehrern
2083 erledigt werden, müssen jene durch Anrechnungsstunden auf das Pflichtdeputat ausgeglichen werden.
2084 Unterricht über das Deputat hinaus ist angemessen zu entgelten. In der Schule muss allen Lehrkräften
2085 ein angemessener Arbeitsplatz zur Verfügung stehen.

2086

2087 **Bildungsplan von Ideologie befreien**

2088 Wir fordern eine Überarbeitung des Bildungsplans von 2016. Die ideologischen Projekte der grün-
2089 roten Vorgängerregierung müssen beendet und das Leistungsprinzip überall verbindlich
2090 festgeschrieben werden.

2091 Die derzeitige Landesregierung führt den Bildungsplan von 2016 fort. Die AfD Baden-Württemberg
2092 fordert dessen umfassende Überarbeitung: Die Leitperspektive „Bildung für Akzeptanz von Toleranz

2093 und Vielfalt“ ist zu streichen, da sie den Kindern eine weltanschaulich bestimmte Werthaltung,
2094 insbesondere die Lebensformen sexueller Randgruppen betreffend, oktroyieren soll, damit
2095 Elternrechte verletzt und gegen das Überwältigungsverbot verstößt.

2096 Es steht der Politik nicht zu, Kindern ideologische Werthaltungen aufzunötigen. Übergeordnete
2097 Lernziele müssen im Bereich der fachlichen Fähigkeiten, nicht etwa einer fremdbestimmten
2098 „personalen“ oder „sozialen“ Kompetenz liegen.

2099

2100 **MINT-Fächer stärken**

2101 Das neunjährige Gymnasium mit der Möglichkeit der Verkürzung auf acht Jahre gibt die notwendige
2102 Zeit für die Vertiefung der Lerninhalte und lässt in Unter- und Mittelstufe genügend Zeit für die
2103 Familie und für außerschulische Aktivitäten.

2104 Wir fordern mehr Kontingenzstunden für Fächer der Allgemeinbildung wie Deutsch und Geschichte
2105 sowie für diejenigen Fächer, die für die berufliche Zukunft der Schüler und für das wirtschaftliche
2106 Wohlergehen unseres Landes von Bedeutung sind. Dies sind im besonderen Mathematik, Informatik
2107 und die Naturwissenschaften.

2108

2109 **Studierfähigkeit der Abiturienten sicherstellen**

2110 In allen Fächern müssen im Abitur die Kenntnisse und Leistungen nachgewiesen werden, die in den
2111 ersten Semestern des Hochschulstudiums benötigt werden.

2112 Das Abitur ist bereits seit einigen Jahren kein Nachweis für Studierfähigkeit mehr. Wir streben eine
2113 Zusammenarbeit mit Hochschullehrern an, damit die Kenntnisse, die in der Mathematik und in den
2114 Naturwissenschaften in den ersten Semestern vorausgesetzt werden, in der Schule tatsächlich
2115 vermittelt und im Abitur testiert werden können.

2116

2117 **Keine verpflichtende Ganztagschule einführen**

2118 Auch private Zeit ist Lernzeit. Der Nachmittag ist in der Realschule, der Werkrealschule sowie in der
2119 Unter- und Mittelstufe der Gymnasien nach Möglichkeit weitgehend für Sport, Musik und Hobby
2120 freizuhalten.

2121 Die Freiheit der Freizeitgestaltung ist für uns ein hoher Wert. Durch Impulse für die spätere
2122 Berufswahl entwickeln sich die Schüler aus eigenem Antrieb und lernen so Verantwortung für ihr
2123 eigenes Leben zu übernehmen. Sie brauchen auch genügend freie Zeit zum Erlernen eines
2124 Musikinstrumentes und für die Ausübung einer Sportart. Darum sind wir gegen die verpflichtende
2125 Ganztagschule für alle.

2126

2127 **Bevorzugung der Gemeinschaftsschulen beenden**

2128 Die Bevorzugung der Gemeinschaftsschule bei der Zuteilung von Personalressourcen und Sachmitteln
2129 ist zu beenden. An Gemeinschaftsschulen soll es keine gymnasiale Oberstufe geben.

2130 Die Gemeinschaftsschule profitiert von weitreichenden Privilegien. Sie erhält im Vergleich zu den
2131 anderen Schulen der Sekundarstufe I unverhältnismäßig mehr Personalressourcen und Sachmittel.
2132 Diese Ungleichbehandlung ist unverzüglich zu beenden. Die gymnasiale Oberstufe an der
2133 Gemeinschaftsschule lehnen wir ab. Schüler mit entsprechenden Leistungen sind an die beruflichen
2134 oder allgemeinbildenden Gymnasien zu verweisen.

2135

2136 **Grundlagen und Ziele von Bildungsmonitoring kritisch überprüfen**

2137 Die Diskussionen darüber, was und wie unsere Schüler lernen sollen, gehört zu den ureigenen
2138 Aufgaben einer demokratischen Gesellschaft. Einen Einfluss bildungsfremder Organisationen mit
2139 differierenden Interessen auf das Bildungssystem lehnt die AfD ab.

2140 Die Ergebnisse von Studien angeblicher Bildungsorganisationen werden derzeit unkritisch
2141 übernommen, anstatt zu hinterfragen, welches die Ziele und Maßstäbe dieser Untersuchungen sind.
2142 Auf diese Weise gewinnen bildungsfremde Organisationen mit ihren bildungsfernen Interessen
2143 Einfluss auf unsere Bildungseinrichtungen. Diese Praxis muss beendet werden.

2144

2145 **Irrweg „Gemeinschaftsschule“ beenden – Haupt- und Realschulen erhalten**

2146 Wir stehen für den Erhalt der Haupt-, Werkreal- und Realschulen, da sie die individuellen Begabungen
2147 der Kinder und Jugendlichen am besten fördert. Die Gemeinschaftsschule wird diesem Ziel nicht
2148 gerecht und sollte daher die Ausnahme bleiben.

2149 Auch auf dem Land müssen diese unterschiedlichen Schultypen erhalten bleiben, um die Attraktivität
2150 des ländlichen Raumes zu sichern und Schülern auf dem Land optimale Entwicklungsmöglichkeiten
2151 zu geben. Kleine Klassen dürfen nicht zu einer Schulschließung und Überweisung an die
2152 Gemeinschaftsschulen führen. Diese Schulart hat sich nicht bewährt und ist aufgrund ihres
2153 pädagogischen Konzeptes und des Ganztagsunterrichtes nicht zur Stärkung unserer Schullandschaft
2154 geeignet.

2155

2156 **Keine Inklusion um jeden Preis**

2157 Die AfD steht für eine Inklusion mit Augenmaß. Die Inklusion von Schülern mit körperlichen
2158 Einschränkungen in die Regelschulen ist wünschenswert, darf aber nur so praktiziert werden, dass
2159 Mitschüler und Lehrkräfte nicht überfordert werden.

2160 Die Inklusion wird oftmals den Bedürfnissen der Schüler nicht gerecht. Eine optimale Förderung ist in
2161 den vielen spezialisierten Sonderschulen des Landes in vielen Fällen besser umzusetzen, dort ist die
2162 passende Fachexpertise der Lehrer vorhanden. Eine Inklusion von geistig behinderten Schülern in die
2163 Regelschule halten wir für nicht zielführend. Zieldifferentes Unterrichten lehnen wir ab; zieldifferente
2164 Leistungsbewertung halten wir für einen Widerspruch in sich.

2165

2166

2167

2168 **Informatik flächendeckend als Unterrichtsfach etablieren**

2169 Die Alternative für Deutschland fordert in allen Schularten ab der siebten Klasse ein zusätzliches
2170 Unterrichtsfach Informatik. In Abhängigkeit von der Schulart soll Informatik ein- oder zweistündig
2171 pro Woche unterrichtet werden.

2172 Angesichts der Wichtigkeit der Digitalisierung in allen Lebensbereichen muss das Verständnis für das
2173 Arbeiten mit dem Computer in einem eigenen Unterrichtsfach erarbeitet werden. Es kann nicht
2174 nebenbei in anderen Fächern miterledigt werden. Dies würde der Bedeutung der Informatik in der
2175 heutigen Arbeits- und der modernen Lebenswirklichkeit der Menschen nicht gerecht. Lerninhalte
2176 sollten sein: Aufbau und Funktion des Computers, Datenübertragungsnetzwerke und das
2177 Programmieren. Dabei ist der Theorieunterricht praxisnah durch Laborstunden zu ergänzen.

2178

2179 **Digitalisierung in der Schulbildung sinnvoll entwickeln**

2180 Die Schüler müssen auf die Arbeitswelt von morgen vorbereitet werden. Deshalb ist die
2181 Digitalisierung schulischer Bildung wichtig. Das persönliche Unterrichtsverhältnis zwischen den
2182 Schülern und den Lehrkräften, wie es unserer humanistischen Bildungstradition entspricht, muss dabei
2183 gewahrt bleiben.

2184 Damit die Schüler mit den Arbeitstechniken der Zukunft sicher umgehen können, müssen sie in die
2185 Beherrschung des Computers und der Software zur schulpraktischen Arbeit eingewiesen werden. Dazu
2186 bedarf es klarer Zuständigkeiten und Lehrpläne. Lernprogramme dürfen aber nicht das Lehrer-
2187 Schüler-Verhältnis ersetzen, auch die Beurteilung und Bewertung des Lernfortschrittes darf nicht
2188 Logarithmen überlassen werden. Digitale Lernplattformen befördern die Selbsttätigkeit der Schüler
2189 außerordentlich. Sie ermöglichen pädagogisch ein Maximum an Schülerorientierung, bei effektiver
2190 unterrichtlicher Ergebnissicherung.

2191

2192 **Studienplätze den eigenen Landeskindern zur Verfügung stellen**

2193 Die AfD möchte mit den vom deutschen Steuerzahler finanzierten Studienplätzen vor allem den
2194 eigenen Nachwuchs gut ausbilden

2195 Die Landesregierung betreibt eine „Internationalisierung“ der Hochschulen und suggeriert dem
2196 Bürger, dies geschehe zur Steigerung des Leistungsniveaus. Zahlreiche Studiengänge werden in
2197 englischer Sprache angeboten und ziehen auch ausländische Studenten an, die sich für die deutsche
2198 Kultur nicht interessieren. Viele dieser Studenten bleiben zudem dauerhaft in unserem Land, obwohl
2199 gerade sie in ihren Heimatländern dringend gebraucht würden.

2200

2201 **Positives Bild von Technischem Hilfswerk, Freiwilliger Feuerwehr und** 2202 **Bundeswehr in den Schulen vermitteln**

2203 Im Schulunterricht sollen die Aufgaben und die Funktion der Bundeswehr, des THW und der FFW
2204 behandelt werden. Die Rolle der Bundeswehr als nationale Verteidigungsarmee und notwendigem
2205 Baustein unseres demokratischen Staatswesens ist zu vermitteln.

2206 Die Bereitschaft der Jugendlichen zum Engagement in den genannten Einrichtungen sollte gefördert
2207 werden. Jugendoffiziere und vergleichbare Vertreter der anderen Organisationen sollten in die Schulen
2208 eingeladen werden, um von ihrer Tätigkeit zu berichten.

2209

2210

2211 **Kunst und Kultur**

2212

2213 **Kulturlandschaft erhalten – Hochkultur fördern**

2214 Für die AfD sind Bildung und Kultur von zentraler Bedeutung für die Identität und Entwicklung der
2215 Gesellschaft. Vor dem Hintergrund, dass Deutschland zu den großen europäischen Kulturnationen
2216 gehört und Baden-Württemberg ein besonders traditionsreicher Teil davon ist, betrachtet es die AfD
2217 als Auftrag für den Staat und das Land, unsere Kulturlandschaft zu erhalten und die Hochkultur zu
2218 fördern.

2219 Die Grundfinanzierung der zentralen Institutionen der Kulturlandschaft Baden-Württembergs muss
2220 daher sichergestellt sein. Dazu gehören die Symphonieorchester, die Museen die Theater sowie die
2221 Opernhäuser und die vielen nichtstaatlichen Kunstinitiativen. „Kampf gegen rechts“ ist aber keine
2222 Kunstgattung. Die staatliche Förderung kulturlinker Vereine, die unter dem Deckmantel von Kunst
2223 und Kultur Klientelpolitik betreiben, lehnen wir ab.

2224

2225 **Kultur im ländlichen Raum statt teure politische Prestigeprojekte fördern**

2226 In den Augen einiger linker Ideologen sollen die Museen zum Motor einer gesellschaftlichen
2227 Transformation werden. Wir lehnen diese politisch motivierte Umdeutung der Aufgabe der Kunst in
2228 der Gesellschaft ab.

2229 Die Pläne einer Stuttgarter Kunstmeile beispielsweise beinhaltet nicht nur sehr hohe Ausgaben,
2230 sondern auch die Kappung einer Hauptverkehrsader der Landeshauptstadt. Dies ist aus finanziellen
2231 wie aus verkehrspolitischen Gründen nicht verantwortbar. Statt solcher Prestigeprojekte bevorzugen
2232 wir die finanzielle Stärkung des ländlichen Raumes mit ihren vielfältigen kulturellen Initiativen vor
2233 Ort.

2234

2235 **Förderung der grenzüberschreitenden kulturellen Zusammenarbeit mit 2236 dem Elsass**

2237 Badener und Elsässer verbindet über den Rhein hinweg eine jahrhundertealte Nachbarschaft, die durch
2238 eine verwandte Mundart stets auch besonders ausgeprägt war.

2239 Trotz dieser sprachlich-kulturellen Verbundenheit fördert die Landesregierung im Rahmen der
2240 deutsch-französischen Zusammenarbeit hauptsächlich Projekte im Inneren Frankreichs, weniger in den
2241 Deutschlands benachbarten Grenzregionen. Wir möchten dieses Ungleichgewicht beseitigen und die
2242 Zusammenarbeit mit den elsässischen Kreisen intensivieren. Dabei sollte dem Schüleraustausch sowie

2243 der kulturellen Begegnung in den grenznahen Regionen eine deutlich höhere Priorität eingeräumt
2244 werden.

2245

2246

2247 **Universität und Hochschule**

2248

2249 **Hochschulautonomie stärken**

2250 Die Hochschulen brauchen akademische Freiheit und Autonomie, damit sie ihren besonderen
2251 fachspezifischen Regeln folgen können. Nur in Unabhängigkeit von Politik und Wirtschaft können
2252 gute Ergebnisse in Forschung und Lehre erzielt werden.

2253 Die Hochschulräte greifen in unzulässiger Weise in die Freiheit von Forschung und Lehre ein, deshalb
2254 sind sie aufzuheben. Stattdessen sollen die akademischen Senate und Fakultätsräte als
2255 Entscheidungsträger in den Hochschulen gestärkt werden. In vielen Belangen behält das Ministerium
2256 immer noch zu oft das letzte Wort. Hinzu kommt die steigende Abhängigkeit von Drittmittelgebern
2257 aus Wirtschaft, Bund, Land und Europäischer Union.

2258

2259 **Forschung vor Ideologie schützen**

2260 Die Freiheit der Forschung und Lehre an den Hochschulen ist durch die zunehmende Abhängigkeit
2261 von externen Geldgebern bedroht. Wir treten daher für die angemessene Ausstattung der Hochschulen
2262 mit Personal- und Sachmitteln ein.

2263 Insbesondere gefährdet eine ideologisch motivierte Einflussnahme, z. B. aus Gesichtspunkten der
2264 Gender-Ideologie, wie sie auch durch Förderprogramme der EU transportiert wird, die Qualität von
2265 Forschung und Lehre. Hochschulen sind für uns Orte des freien Diskurses, die von politischen
2266 Vorgaben weitestgehend freigehalten werden müssen.

2267

2268 **Studiengebühren für internationale Studenten kostendeckend gestalten**

2269 Wir fordern kostendeckende Studiengebühren für internationale Studenten, die auf der Basis der
2270 Berechnung eines Studienganges erhoben werden. Die hier entstandenen Ausnahmeregelungen sind zu
2271 reduzieren.

2272 Die unter der schwarz-grünen Landesregierung eingeführten Studiengebühren sind nicht auskömmlich
2273 und werden durch weitreichende Ausnahmen und ein ausuferndes Stipendienwesen auf Kosten des
2274 deutschen Steuerzahlers konterkariert.

2275

2276 **Grundfinanzierung der Hochschulen sicherstellen – Unabhängigkeit von 2277 Forschung und Lehre bewahren**

2278 **Starke Universitäten und unabhängige Forschung brauchen seitens des Staates eine gesicherte und auf**
2279 **Bedürfnisse der Hochschulen orientierte Grundfinanzierung. Kooperationen mit der Privatwirtschaft**
2280 **durch Drittmittelprojekte sind wichtig und notwendig. Dabei muss aber die Unabhängigkeit von**
2281 **Forschung und Lehre gewahrt bleiben.**

2282 Es darf keine monetäre Abhängigkeit der Wissenschaft und Forschung von der Wirtschaft geben. Das
2283 muss mit einem entsprechenden Mittelaufwuchs im Landeshaushalt sichergestellt werden. Der Elite-
2284 Status der Hochschulen muss sich im freien Wettbewerb untereinander herausbilden; er kann nicht
2285 verordnet werden. Das Land hat jedoch für eine exzellente Infrastruktur und bestmögliche Ausstattung
2286 der Hochschulen zu sorgen.

2287

2288 **Deutsch als Wissenschaftssprache erhalten**

2289 **Immer mehr Studiengänge werden in Deutschland und Baden-Württemberg auf das Englische**
2290 **umgestellt. Wir verlangen einen bundesweiten politischen Aktionsplan zum Erhalt des Deutschen als**
2291 **Wissenschaftssprache.**

2292 Spitzenforschung benötigt internationale Orientierung und Konkurrenzfähigkeit. Ein wichtiger
2293 Kulturauftrag der Universitäten ist aber auch die Pflege und Weiterentwicklung der deutschen Sprache
2294 im Rahmen der Wissenschaft. Insbesondere kultur- und geisteswissenschaftliche Studiengänge müssen
2295 in Deutschland – auch und gerade im Exzellenzbereich – in deutscher Sprache angeboten werden. Bei
2296 ingenieurs- und naturwissenschaftlichen Studiengängen ist zumindest die Grundausbildung in
2297 deutscher Sprache zu gewährleisten. Auch müssen Abschlussarbeiten in deutscher Sprache abfassbar
2298 bleiben.

2299

2300 **Misstände der Bologna-Reform beseitigen**

2301 **Nach Ansicht vieler Fachleute weist die Bologna-Reform eine weitgehend negative Bilanz auf. Die**
2302 **Überregulierung und Verschulung der Universitäten muss zurückgefahren und die alte akademische**
2303 **Freiheit wiederhergestellt werden.**

2304 Dazu gehören die Abkehr von der Modularisierung des Studiums und die Wiedereinführung von
2305 Diplomstudiengängen. Die mit Bologna eingeführten Akkreditierungsagenturen sind weder
2306 wissenschaftlich noch demokratisch legitimiert und daher abzuschaffen.

2307 Der akademische Abschlussgrad „Diplom-Ingenieur“ genießt international seit mehr als einem
2308 Jahrhundert einen hervorragenden Ruf und ragt im internationalen Bildungsbereich als Premiummarke
2309 hervor. Für die AfD ist der „Dipl.-Ing.“ ein akademischer Grad mit Zukunft.

2310

2311 **Chancengleichheit wiederherstellen – Frauenquoten abschaffen**

2312 **Die an allen baden-württembergischen Universitäten und Hochschulen per Gesetz installierten**
2313 **sogenannten Gleichstellungsbeauftragten sollen angeblich die Chancengleichheit von Frauen und**
2314 **Männern garantieren. In Wahrheit führen sie – im Verein mit dem Instrument der Frauenquote –**
2315 **regelmäßig zur Diskriminierung von männlichen Stellenbewerbern. Die AfD fordert ihre ersatzlose**
2316 **Abschaffung.**

2317 Die AfD bekennt sich zum Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau, wie er im
2318 deutschen Grundgesetz festgeschrieben ist. Dass dieser Grundsatz vom baden-württembergischen
2319 Hochschulrecht in grober Weise missachtet wird, zeigt schon § 4 (2) des Landeshochschulgesetzes,
2320 wonach die Gleichstellungsbeauftragten ausschließlich von den weiblichen Mitgliedern der
2321 Hochschule gewählt werden. Die Frauenquote tut ein Übriges, um regelmäßig männliche Bewerber
2322 aus rein geschlechtsspezifischen Gründen zu diskriminieren. Die AfD verlangt mit Nachdruck eine
2323 Beendigung dieser Praxis sowie die ersatzlose Streichung aller entsprechenden Gesetze und
2324 Paragraphen. Die Stellenvergabe hat allein nach Leistung und fachlicher Eignung zu erfolgen.

2325

2326

2327

2328

2329

2330

2331

2332

2333

2334

2335

2336

2337

2338

2339

2340

2341

2342

2343

2344

2345

2346

2347

2348

2349

2350

2351 **11. Für den Erhalt der Familie als Tragpfeiler der** 2352 **Gesellschaft**

2353

2354 Jede Gesellschaft ist dauerhaft auf das Lebensmodell Familie angewiesen. Die Familie sichert den
2355 Bestand einer Bevölkerung – und das über Generationen hinweg. Nicht allein das Erziehen der Kinder
2356 wird durch die Familie gewährleistet, auch die Betreuung und Fürsorge betagter, kranker Angehöriger
2357 ist ein unabdingbarer Wert.

2358 Alle Bürger, auch die Kinderlosen sowie der Staat insgesamt, profitieren von den Leistungen, die
2359 Eltern erbringen.

2360 Für die meisten Bürger ist die Ehe mit Trauschein und Kindern, also die klassische Familie, die
2361 favorisierte Lebensform. Allerdings gibt es eine Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Es ist
2362 daher die Pflicht eines Staates dafür Sorge zu tragen, finanzielle Hindernisse hinsichtlich der
2363 Familienplanung zu minimieren und im Gegenzug die Erziehungs- und Fürsorgeleistung der einzelnen
2364 Mitglieder anzuerkennen.

2365 Der einzigartige Vorzug des familiären Lebens basiert auf den Eigenschaften Fürsorge, Liebe, Respekt
2366 und Zusammenhalt. Aus gutem Grund hat das Grundgesetz in Artikel 6 die Familie unter den
2367 besonderen Schutz der staatlichen Ordnung gestellt.

2368 Die AfD stellt sich klar gegen die populistische Forderung „Kinderrechte“ ins Grundgesetz
2369 aufzunehmen. Hinter diesem Begriff verbirgt sich in Wahrheit ein Angriff Eltern, Kinder und Familien
2370 – durch ihn soll der Staat ein Durchgriffsrecht auf Kinder bekommen.

2371 Wir haben den Anspruch, Familien zu schützen – auch vor unangemessener staatlicher Einflussnahme.
2372 Wir müssen ihnen Freiraum ermöglichen und die familiäre Selbstbestimmung erhalten.

2373 Anstelle finanzieller Förderung ideologischer Gender-Projekte oder aber einer Forcierung der
2374 unkontrollierten Masseneinwanderung zur vermeintlichen Lösung demographischer Probleme, gilt es
2375 gerade junge Paare zu ermutigen, eine Familie zu gründen und somit auch die demographische
2376 Ausgewogenheit zwischen jungen und alten Menschen in unserer Gesellschaft wiederherzustellen.

2377 Wir wollen die Familien in Baden-Württemberg so gut wie nur möglich unterstützen und ein klares
2378 Zeichen setzen für ein Ja zum Leben und zur Zukunft.

2379

2380 **Das Familienmodell aufwerten und sichern**

2381 Wir fordern eine größere Anerkennung der Erziehungsleistung sowie eine aktivierende
2382 Familienpolitik, die gerade junge Menschen zur Familiengründung ermutigt und sie finanziell
2383 entlastet. Die AfD setzt sich für eine kinderfreundliche und familienwertschätzende Gesellschaft ein.

2384 Die Familie spielt für etwa Dreiviertel der Deutschen nach wie vor eine sehr wichtige Rolle, aber ihre
2385 gelebte Bedeutung hat über die Jahre stark abgenommen. Angst vor sozialem Abstieg, Armutsrissen
2386 und Unsicherheit sind mitursächlich dafür, dass Kinderlosigkeit zu etwas Alltäglichem geworden ist.
2387 Dies ist auch hinsichtlich der demographischen Entwicklung ein besorgniserregender Trend, welcher
2388 sich seit Jahrzehnten abzeichnet.

2389 Eine höhere Geburtenrate der Bürger Baden-Württembergs ist notwendig, wenn unsere Gesellschaft
2390 und Kultur für die Zukunft bewahrt werden sollen.

2391

2392 **Familien finanzielle Entlastung bieten**

2393 Die AfD steht für soziale Fairness ebenso wie für eine Vereinfachung bürokratischer Abläufe.

2394 Besonders im Interesse von Familien sehen wir hier grundsätzlichen Optimierungsbedarf.

2395 Der Aspekt finanzieller Gerechtigkeit ist für eine familienfreundliche Politik ungemein wichtig. Erst
2396 wenn eine echte steuerliche Entlastung von Familien der Regelfall wird, kann von Solidarität mit
2397 Familien ernsthaft gesprochen werden.

2398 Kinder dürfen kein Armuts- und Abstiegsrisiko sein! Vielmehr ein Grund für gesellschaftliche
2399 Anerkennung und höheren sozialen Status. Das bestehende Steuerrecht ist kompliziert und veraltet. Es
2400 benachteiligt verschiedene Formen des Zusammenlebens ebenso wie Getrennt- oder Alleinerziehende.

2401

2402 **Steuerbelastung der Familien senken**

2403 Kindererziehungskosten müssen vollständig steuerlich berücksichtigt werden – auch per
2404 Familiensplitting.

2405 Wir fordern, die direkten Kosten, welche durch Kinder entstehen, künftig vollständig steuerlich zu
2406 berücksichtigen. Wir zählen hierzu Versicherungen, Kita-, Schul- und Studiengebühren, zusätzliche
2407 Schulkosten (Lehrmittel etc.) und darüber Unterhaltsleistungen. Eltern, die ihre Kinder in den ersten
2408 drei Lebensjahren zu Hause betreuen, können die ortsüblichen Kita-Kosten steuerlich geltend machen.
2409 Das würde auch bedeuten, dass der Kinderfreibetrag mindestens an den Grundfreibetrag angepasst
2410 wird.

2411 Das Ehegattensplitting sollte erhalten, aber zum Familiensplitting weiterentwickelt werden, sodass der
2412 Steuertarif der gemeinsamen Kinderanzahl angepasst und der sozialen Lage der Familie gerecht wird.
2413 Dieses Familiensplitting sollte auch bei Trennungen, bis zum 18. Lebensjahr der Kinder, erhalten
2414 bleiben.

2415

2416 **Kindergarten gebührenfrei halten**

2417 Kinderbetreuung kommt der gesamten Gemeinschaft zugute. Wie bereits in anderen Bundesländern,
2418 muss der Kindergartenbesuch für Kinder ab dem dritten Lebensjahr daher auch in Baden-Württemberg
2419 gebührenfrei sein.

2420 Unser Land ist beim Länderfinanzausgleich Nettozahler. Unsere berufstätigen Eltern finanzieren damit
2421 anderen Bundesländern die Gebührenfreiheit ihrer Kindergärten und müssen selber auch noch
2422 Kindergartengebühr zahlen. Das ist ungerecht und muss ein Ende haben.

2423

2424 **Hebammenberuf unbedingt erhalten**

2425 Wir fordern als Partei, die klar das Leben bejaht, die Berufsgruppe der Hebammen dringend zu
2426 unterstützen, um zu gewährleisten, dass Mütter und Kinder einen optimalen Start ins Leben erfahren.

2427 Nach wie vor gibt es zu wenige Hebammen. Aktuell bestimmt eine EU-Richtlinie eine schrittweise
2428 Akademisierung des Berufsstandes. Fraglich ist, ob diese Neuerung einen Anreiz schaffen wird, den
2429 Beruf der Hebamme wieder attraktiver zu machen. Womöglich werden engagierte Frauen ohne
2430 Studienmöglichkeit ausgegrenzt.

2431 Bisher war unser System der Berufsausbildung qualitativ hochwertig und anerkannt. Die Probleme
2432 hinsichtlich der Berufs-Haftpflichtversicherung und des Sicherstellungszuschlags für Hebammen, die
2433 Geburten betreuen, sind noch nicht vollumfänglich gelöst. Dies ist unverständlich und der Hauptgrund
2434 für den Hebammenmangel.

2435

2436 **Eheliche Stabilität und Solidarität stärken**

2437 [Bedauerlicherweise scheitert in unserem Land jede dritte Ehe. Die Reform des Familienrechts im Jahr](#)
2438 [1977 führte zu einer nahezu vollständigen Loslösung finanzieller Ansprüche vom Verhalten des](#)
2439 [Ehepartners und damit zur Trennung von Freiheit und Verantwortung.](#)

2440 Es ist mit dem Rechtsempfinden der Bevölkerung jedoch nicht zu vereinbaren, dass selbst Straftaten
2441 und gravierendes Fehlverhalten gegenüber dem Ehepartner wie zum Beispiel Falschbeschuldigung
2442 oder Prozessbetrug im familienrechtlichen Verfahren bei der Bemessung von Unterhalt, Zugewinn und
2443 Versorgungsausgleich in vielen Fällen ohne Auswirkung bleiben. Eine derartige Rechtsprechung ist
2444 nicht geeignet, die Partner zu ehelicher Solidarität anzuhalten und untergräbt dadurch die Stabilität
2445 bestehender Ehen.

2446 Schwerwiegendes Fehlverhalten gegen die eheliche Solidarität muss deshalb bei der Bemessung
2447 finanzieller Ansprüche nach Trennung und Scheidung angemessen berücksichtigt werden. Baden-
2448 Württemberg sollte eine entsprechende Bundratsinitiative starten.

2449 Wir fordern daher im Fall von Trennung, den regelmäßigen Kontakt von Kindern zu ihren leiblichen
2450 Eltern zu erhalten, um die gesunde Kindesentwicklung zu gewährleisten. Den Kindern zuliebe muss
2451 das Bestehen der gemeinsamen Elternschaft nach einer Trennung oder Scheidung das vorrangige Ziel
2452 sein. Das „Wechsel-/Doppelresidenzmodell“, das Vätern und Müttern ermöglicht, die Betreuung der
2453 Kinder zu gleichen Teilen zu übernehmen, sollte zum gesetzlichen Regelfall werden, sofern sich nicht
2454 beide Elternteile einvernehmlich auf eine andere Regelung verständigen.

2455 Umgangsbehinderung stellt ein schwerwiegendes Fehlverhalten dar, welches den betroffenen Kindern
2456 sowie dem anderen Elternteil nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügt. Ein derartiges Verhalten
2457 kann nicht toleriert werden und muss bei fehlender Einsicht des boykottierenden Elternteils zum
2458 Entzug des Sorgerechts führen. Umgangsvereitelung sollte im Hinblick auf zu verhängende
2459 Sanktionen der Nichtzahlung von Unterhalt gleichgestellt werden.

2460 Auch im Interesse des Kindes sollte im Rahmen der Neugeborenen-Erstuntersuchung auf Antrag eines
2461 Elternteils die Feststellung der biologischen Abstammung erfolgen.

2462

2463

2464

2465

2466

2467 **Alleinerziehende Eltern bedenken**

2468 Die Lebenssituation, alleinerziehend zu sein, darf nicht zu Armut führen, oder negative Auswirkungen
2469 auf die Entwicklung der Kinder bedeuten. Deshalb ist dort Unterstützung durch die
2470 Solidargemeinschaft nötig.

2471 Es sollte allerdings nicht so sein, dass ein Elternteil zuvor von der Teilhabe an der
2472 Erziehungsverantwortung und praktischen Erziehungsleistung durch den Alleinerziehenden ohne
2473 rechtliche Grundlage herausgedrängt wurde.

2474 Der vorangestellte Punkt hat bereits deutlich gemacht, dass die AfD sich klar zur Stärkung des
2475 traditionellen Leitbildes der Ehe mit Kindern bekennt. Die Lebensrealität zeigt das Zerbrechen jeder
2476 dritten Ehe und eine Vielzahl von Eltern, häufig Mütter, die zu Alleinerziehenden werden. Dem muss
2477 die Politik Rechnung tragen und unterstützend tätig werden.

2478

2479 **Familien- und Geschlechterziehung altersgemäß und ideologiefrei** 2480 **gestalten**

2481 Geschlechterziehung muss immer altersgemäß sein und vor allem die Schamgrenzen der Kinder
2482 respektieren. Die besonderen Rechte der Eltern in diesem Bereich sind unbedingt zu achten.
2483 Insbesondere muss jedweder Einfluss von LSBTTIQ-Lobbygruppen auf die Familien- und
2484 Geschlechterziehung unterbunden werden.

2485 Die AfD bejaht die Familien- und Geschlechterziehung im Sinne des Schulgesetzes als Vermittlung
2486 eines Bewusstseins für Geschlechtlichkeit „insbesondere in Ehe und Familie“ (§ 100 b Schulgesetz),
2487 worunter der Gesetzgeber zweifellos die klassische Ehe und Familie mit Mann und Frau, Vater und
2488 Mutter verstand. Diese Lebensform ist weiterhin das am meisten gelebte Modell. Andere
2489 Lebensentwürfe sollen nicht abgewertet, dürfen aber auch nicht propagandistisch überhöht werden.

2490 Die grün-schwarze Landesregierung führt dagegen die ideologische Indoktrination unserer Kinder
2491 gemäß der Leitperspektive „Bildung für Akzeptanz und Toleranz von Vielfalt“ des Bildungsplans
2492 2016 im Geiste des „Aktionsplans für Akzeptanz & gleiche Rechte“ uneingeschränkt fort. Damit
2493 sollen Schulkinder dazu erzogen werden, die natürlichen Geschlechter zu dekonstruieren und
2494 abweichende Geschlechtsidentitäten und Lebensformen ausdrücklich gutzuheißen. Die AfD sieht dies
2495 als Verstoß gegen die im Schulgesetz postulierten Elternrechte und die dort geforderte „Wahrung der
2496 Toleranz für unterschiedliche Wertauffassungen“.

2497

2498 **Jugendschutz ernst nehmen**

2499 Eltern dürfen nicht allein gelassen werden beim Thema Jugendschutz. Ein erster Weg geht über
2500 vermehrte Aufklärung des digitalen Lebens und damit verbunden über Prävention. Nicht nur Eltern,
2501 vor allem Schulen sind gefragt, hierbei Verantwortung zu übernehmen. Als Einstieg bietet ein
2502 Leitfaden über zeitliche und inhaltliche Grenzen im Umgang mit dem virtuellen Raum Hilfestellung.
2503 Es bedarf vorbeugender Maßnahmen der Schulen und mehr Anlaufstellen, die Eltern proaktiv
2504 unterstützen, wenn Kinder Opfer von Cyber-Mobbing oder Internetkriminalität wurden.

2505 Der Bereich des Digitalen nimmt im Leben der meisten Bürger zunehmend Raum ein. Viele
2506 Neuerungen erweisen sich als hilfreich und fortschrittlich. Auch Kinder und Jugendliche sind

2507 vermehrt mit der Digitalisierung von großen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens konfrontiert. So
2508 animieren immer verfügbare Unterhaltungsprogramme vom Fernsehen, über Streaming-Dienste oder
2509 Plattformen wie YouTube gerade ein junges Publikum zu einem täglichen, stundenlangen Konsum.
2510 Verstärkt wird dies durch die Verbreitung von Smartphones.

2511 Die Gefahren des Internet und der „virtual reality“ müssen mehr ins Bewusstsein rücken: Es drohen
2512 Cyber-Mobbing, Datenmissbrauch, die sittliche Desorientierung und Verrohung von Kindern und
2513 Jugendlichen durch Pornographie und Gewalt oder Straftaten bis hin zu Sexualdelikten. Den noch
2514 relativ jungen Kindern fehlt häufig das Rüstzeug zu einem verantwortungsvollen Umgang, sie sind
2515 schlichtweg überfordert. Auch Jugendliche gehen viel zu oft unbedarft mit sozialen Medien um, geben
2516 sensible Daten preis oder veröffentlichen höchstpersönliche Videos. Auch das Suchtpotential, welches
2517 von Computerspielen und Handynutzung ausgeht sind ernstzunehmende Gefahren, denn es kann zu
2518 schweren gesundheitlichen Schäden kommen.

2519

2520 **Frauen unterstützen – ungeborenes Leben schützen**

2521 Die AfD fordert, im Beratungsgespräch für Schwangere in Not sollte Frauen, die einen
2522 Schwangerschaftsabbruch erwägen, auch die Alternative der lebensrettenden Adoptionsfreigabe
2523 ausreichend vermittelt werden. Diese verdient den Respekt der Gesellschaft.

2524 Schwangerschaftsberatung in Konfliktsituationen darf nicht ergebnisoffen sein, sondern muss mit dem
2525 Ziel der Bejahung des Kindes erfolgen. Die AfD Baden-Württemberg nimmt folgende Position des
2526 Grundsatzprogramms auch für sich in Anspruch: „Die AfD steht für eine Kultur des Lebens und ist im
2527 Einklang mit der deutschen Rechtsprechung der Meinung, dass der Lebensschutz bereits mit dem
2528 Embryo beginnt.“

2529 Es ist notwendig, dass das geltende Verfassungsrecht umgesetzt wird, den Schutz der Ungeborenen in
2530 den Lehrplänen der Schulen sowie im öffentlichen-rechtlichen und privaten Rundfunk ausreichend
2531 darzustellen.

2532

2533 **„Gender Mainstreaming“ keine Plattform geben**

2534 Wir fordern die Lebensrealität der meisten Bürger Baden-Württembergs anzuerkennen. Diese
2535 identifizieren sich sehr wohl mit einem der Begriffe männlich oder weiblich. Deshalb lehnen wir eine
2536 auf linken Ideologien basierende Pseudowissenschaft wie „Gender Studies“ sowie die Politik des
2537 „Gender Mainstreaming“ ab.

2538 Die dem Gender Mainstreaming zugrunde liegenden Theorien haben mit Wissenschaft nichts zu tun,
2539 insbesondere widersprechen sie der naturwissenschaftlich orientierten Anthropologie. Spätestens seit
2540 der Jahrtausendwende kann der „Genderismus“ innerhalb der ernsthaften wissenschaftlichen Welt als
2541 widerlegt gelten. Doch noch immer wird an entsprechenden Lehrstühlen und Schulen erklärt, dass das
2542 Geschlecht als Produkt sozialer Konstruktion zu verstehen sei. Gender Mainstreaming versucht der
2543 Gesellschaft, besonders Kindern und Jugendlichen, unentwegt eine Dekonstruktion der Geschlechter
2544 „Mann“ und „Frau“ aufzuzwingen. Es findet ein fundamentaler Angriff auf die natürlichen
2545 Grundlagen unserer Gesellschaft statt, den die AfD entschieden ablehnt.

2546

2547

2548 **Eltern bei der Wahl der Kinderbetreuung und Schulbildung unterstützen**

2549 Wir fordern hinsichtlich der Kindesbetreuung, das Augenmerk auf die Wünsche der Familien zu
2550 richten. Generell begrüßen wir eine Betreuung der unter drei-jährigen im häuslichen Umfeld, da in
2551 Studien vielfach bewiesen wurde, dass dies einer optimalen frühkindlichen Entwicklung am meisten
2552 entspricht.

2553 Eine Einführung verbindlicher Ganztageseinrichtungen ist nicht mit dem Erziehungsrecht der Eltern
2554 vereinbar und muss daher freiwillig bleiben. Die Diskussion über frühkindliche Fremdbetreuung ist
2555 nach wie vor aktuell. Es zeigt sich jedoch zunehmend, dass viele Eltern keine echte Wahl haben,
2556 sondern wegen des finanziellen Drucks und der gesellschaftlichen Erwartungshaltung hinsichtlich der
2557 Berufstätigkeit von Müttern, ihre Kinder schon früh in Krippen geben. Deswegen sollten die
2558 Familien, die gezielt auf Fremdbetreuung verzichten, einen finanziellen Ausgleich erhalten.

2559

2560 **Jungen und Mädchen gleichermaßen fördern**

2561 Alle Kinder, ob Jungen oder Mädchen, sind optimal zu fördern. Es gilt hierbei unter anderem die
2562 Lese- und Rechtschreib-Kompetenz und das Leseengagement von Jungen zu stärken und zu erhöhen.

2563 Anlässlich der Bildungsbeteiligung und des Bildungsniveaus schneiden Jungen in vielen Bereichen
2564 schlechter ab als Mädchen. Mädchen und Jungen sind an ihre jeweiligen Bedürfnisse angepasst zu
2565 fördern. Insbesondere das Potenzial von Jungen muss verstärkt wertgeschätzt und entwickelt werden.

2566 Zukünftige Familien brauchen nicht nur starke Frauen, sondern auch starke Männer.

2567

2568

2569

2570

2571

2572

2573

2574

2575

2576

2577

2578

2579

2580

2581

2582

2583

12. Gesundheitspolitik: Der Mensch im Mittelpunkt

2584

2585 Das Gesundheitswesen in Deutschland erfreut sich aufgrund seiner Leistungsfähigkeit noch immer
2586 großen Ansehens im In- und Ausland. Dennoch ist auch hier, wie in anderen gesellschaftspolitischen
2587 und industriellen Bereichen, längst die Axt an die Wurzel des Systems gelegt. Zu den
2588 Herausforderungen der demographischen Katastrophe, die bereits jetzt zu einem spürbaren Mangel an
2589 qualifiziertem pflegerischen und auch ärztlichem Personal – trotz genügend einheimischen Bewerbern
2590 für den Arztberuf – geführt hat, gibt es von der Regierung genauso wenig eine Antwort wie auf das
2591 erwartbare Wegbrechen der Beitragszahlerbasis durch das Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge
2592 aus dem Berufsleben.

2593 Noch bedenklicher ist der seit zwei Jahrzehnten zu beobachtende ethische Wandel im
2594 Gesundheitssystem, das sich schleichend von einem Bestandteil des Sozialstaates zu einer
2595 gewinnorientierten Wirtschaftsbranche entwickelt. Die allmähliche Dominanz der Ökonomie in einem
2596 dafür nicht geeigneten Bereich macht Patienten zu Umsatzfaktoren und Krankenhausbehandlungen zu
2597 „Fällen“ die mit einem „Relativgewicht“ und einem „Landesbasisfallwert“ bewertet und abgerechnet
2598 werden. Dass es einflussreiche Bestrebungen gibt, den Patienten nun auch noch ungefragt Organe zu
2599 entnehmen, kennzeichnet den Verfall des humanistischen und christlichen Menschenbildes in der
2600 Gesundheitspolitik, dem entschieden begegnet werden muss. Die AfD fordert mit Nachdruck, den
2601 Menschen wieder in den Mittelpunkt unseres Gesundheitssystems zu stellen.

2602

2603 **Krankenhaus-Infrastruktur erhalten und stärken**

2604 Die Krankenhaus-Infrastruktur muss auch im ländlichen Raum vollumfänglich erhalten werden. Der
2605 heute noch bestehende Investitionsstau muss endlich aufgelöst und ein neues, zweckmäßiges
2606 Abrechnungssystem eingeführt werden. Krankenhäuser gehören zur Daseinsvorsorge und damit
2607 primär in öffentliche Hand. Private Krankenhausträger, insbesondere international agierende
2608 Gesundheitskonzerne, können nur innerhalb gesetzlich vorgegebener Grenzen tätig werden.

2609 Die im internationalen Maßstab vergleichsweise hohe Verfügbarkeit von Krankenhausbetten in
2610 Deutschland wird seit Jahrzehnten durch die Gesetzgebung der Regierungskoalitionen systematisch
2611 ausgedünnt. In Studien, z. B. der Bertelsmann-Stiftung, wurde bereits empfohlen, jedes dritte
2612 Krankenhaus zu schließen. Die Politik drosselt daher seit Jahren die Mittel für die
2613 Krankenhausfinanzierung. In Krisen- und Pandemiezeiten erweist sich nun die Krankenhausstruktur in
2614 Deutschland als Segen. Mit kaputtgesparten Einrichtungen lässt sich die nächste Krise nicht
2615 bewältigen.

2616 Die mit der Einführung des DRG-Fallpauschalensystems aus dem Ruder gelaufene Bürokratisierung
2617 und Fehlsteuerung muss konsequent zurückgebaut werden. Dazu gehören auch die Abschaffung des
2618 DRG-Systems und die Rückkehr zu krankenhaushausindividuellen Budgets unter Beachtung der
2619 Systemrelevanz der Kliniken.

2620 Insbesondere müssen die Kliniken kleiner und mittlerer Größe im ländlichen Raum erhalten werden,
2621 die als Kooperationspartner leistungsfähiger Groß- und Universitätskliniken für die Bevölkerung vor
2622 Ort besonders bedeutsam sind. Der ländliche Raum, in dem die Mehrheit der Badener und
2623 Württemberger wohnt, darf bei der Gesundheitsversorgung nicht abgehängt werden.

2624 Krankenhäuser müssen als systemrelevante Einrichtungen überwiegend in öffentlicher Hand bleiben.

2625 Sie dürfen nicht zum Spielball erwerbswirtschaftlich orientierter, international agierender
2626 Gesundheitskonzerne werden. Es muss gesetzlich klargestellt werden, dass ab einem zu definierenden
2627 Privatisierungsgrad eine Interventionspflicht der öffentlichen Hand besteht, die notfalls als Käufer von
2628 Krankenhäusern auftreten muss.

2629 Für den Pandemiefall müssen relevante Materialien (Beatmungsgeräte, Schutzausstattungen,
2630 Medikamente) dezentral eingelagert und verfügbar gehalten werden.

2631

2632 **Dem Mangel an Kurzzeit-Pflegeplätzen begegnen**

2633 **Wir wollen ein Angebot an Kurzzeit-Pflegeplätzen in Krankenhäusern aufbauen, mit dem der**
2634 **Übergang von der stationären Behandlung in die stationäre Pflege erleichtert werden kann.**

2635 Im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung führt das Fehlen von Kurzzeit-Pflegeplätzen oftmals
2636 dazu, dass Patienten in Krankenhäusern über das notwendige Maß hinaus dort verbleiben, dieser
2637 Aufwand aber aufgrund der fehlenden stationären Behandlungsbedürftigkeit von keiner Seite vergütet
2638 wird. Ein Pilotprojekt in NRW geht dahin, Kurzzeitpflegeplätze in Krankenhäusern anzubieten, die für
2639 eine eng begrenzte Zeit im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung die notwendige pflegerische
2640 Versorgung sicherstellen können. Entsprechende Versorgungsverträge wären zwischen den Kliniken
2641 und den Landesverbänden der Kostenträger zu schließen. Dieses Pilotprojekt sollte auch in Baden-
2642 Württemberg aufgegriffen werden.

2643

2644 **Rehabilitationskliniken sichern**

2645 **Die wirtschaftliche Sicherung von Rehabilitationseinrichtungen muss gesetzlich verankert werden, um**
2646 **deren Überlebensfähigkeit und Innovationskraft sicherzustellen. Hierfür muss ein Landesverband der**
2647 **Rehabilitationskliniken geschaffen werden, der gegenüber den Landesverbänden der Krankenkassen**
2648 **als Verhandlungspartner auftreten kann.**

2649 Stationäre und auch ambulante Rehabilitationsleistungen sind seit langem deutlich unterfinanziert.
2650 Leistungsangebote und Vergütungen werden, im Gegensatz zum akutstationären Bereich, jedoch
2651 zwischen den Kostenträgern und der Rehabilitationseinrichtung frei verhandelt. Die schwache
2652 Verhandlungsposition der Rehabilitationseinrichtungen führt zu unzureichenden Tagessätzen und zur
2653 Verhinderung von Innovationen. Die Grundsätze und Rahmenbedingungen von Leistungs- und
2654 Vergütungsverhandlungen einschließlich der Personalausstattung sollen zukünftig zwischen den neu
2655 zu schaffenden Landesverbänden der Rehabilitationseinrichtungen (unter dem Dach der
2656 Landeskrankenhausgesellschaft) und den Spitzenverbänden der Krankenkassen auf Landesebene
2657 vereinbart werden.

2658

2659 **Ambulante Versorgung effektiver gestalten**

2660 **Niedergelassene Ärzte erhalten für ihre Patienten von den Krankenkassen pauschale Vergütungen, die**
2661 **unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme von Leistungen sind und dazu noch mit einer**
2662 **Obergrenze versehen werden. Dies führt zu Fehlsteuerungen und langen Wartezeiten für Arzttermine.**
2663 **Ein Strukturwechsel hin zur Einzelleistungsvergütung beseitigt Fehlanreize.**

2664

2665 Die Probleme einer alternden Gesellschaft mit einem wachsenden Bedarf an Gesundheitsleistungen
2666 können nicht durch eine gesetzlich verordnete Rationierung von Arztbesuchen gelöst werden, zumal
2667 die Wartezeiten auf ambulante Behandlungen schon heute teilweise unzumutbar sind. Die Aufhebung
2668 der ärztlichen Budgetierung und die Einführung einer Einzelleistungsvergütung in der Gesetzlichen
2669 Krankenversicherung (GKV) sind deshalb unerlässlich. Dabei kann durch ein System flankierender
2670 Maßnahmen einer nicht medizinisch begründeten Leistungsausweitung begegnet werden. Hier sind
2671 insbesondere Bonussysteme mit gestaffelten Beitrags-Rückvergütungen sowie Auffälligkeitsprüfungen
2672 durch die zuständigen Instanzen des Gesundheitswesens zu nennen.

2673 Die freiberuflich geführte Inhaberpraxis im Rahmen der ärztlichen Selbstverwaltung soll weiterhin das
2674 Rückgrat der ambulanten Versorgung bilden.

2675

2676 **Medikamentenversorgung sicherstellen**

2677 **Die AfD fordert gesetzliche Regelungen, um künftig Lieferengpässe bei wichtigen Medikamenten zu**
2678 **verhindern.**

2679 Nicht erst seit der „Corona“-Krise des Jahres 2020 werden deutliche Mängel in der
2680 Arzneimittelversorgung in Deutschland sichtbar. Lieferengpässe bei der Versorgung der Bevölkerung
2681 mit Medikamenten sind schon seit Längerem Realität. Es ist gesetzlich sicherzustellen, dass
2682 Arzneimittel, die in Deutschland in Verkehr gebracht werden, nur innerhalb der EU, Großbritanniens,
2683 der USA, Kanadas oder der Schweiz produziert werden. Dies schließt alle im Zusammenhang mit dem
2684 Arzneimittel stehenden Produktionsvorstufen ein, also auch Rohprodukte, Hilfsstoffe,
2685 Umverpackungen und Beipackzettel. Der Arzneimittelgroßhandel in Deutschland wird verpflichtet,
2686 mindestens die Menge des durchschnittlichen Zweimonatsbedarfs bei versorgungsrelevanten
2687 Arzneimitteln vorrätig zu halten.

2688 Daneben befürworten wir die Abschaffung der Importquote für Apotheken, die nur zu geringen
2689 Kosteneinsparungen führt, dafür aber die Gefahr von Medikamentenfälschungen in sich birgt und dazu
2690 noch einen erheblichen bürokratischen Aufwand verursacht.

2691

2692 **Ambulante und stationäre Pflege aufwerten**

2693 **Der Personalmangel und die anhaltende Überlastung der Beschäftigten in den Pflegeberufen,**
2694 **insbesondere in den Krankenhäusern, führen immer wieder zu Situationen, in denen Menschenleben**
2695 **gefährdet sein können. Zur Beseitigung des Pflegenotstandes fordern wir ein Bündel von**
2696 **Gegenmaßnahmen.**

2697 Seit Jahren ist eine sinkende Verweildauer der Patienten in den Kliniken zu beobachten, die zu frühen
2698 Abverlegungen in die Rehabilitations- und Pflegeeinrichtungen führt. Gleichzeitig steigt der
2699 Kostendruck in allen Bereichen des Gesundheitswesens. Im Pflegebereich führt dies zu andauernder
2700 Überlastung, zu Demotivation, (inneren) Kündigungen und in der Folge zu Personalmangel mit
2701 weiteren Berufsausstiegen. Folgende Maßnahmen sind dringend umzusetzen:

- 2702 • Aufwertung des Pflege-Berufsbildes durch eine deutlich verbesserte Bezahlung im Rahmen
2703 eines Flächentarifvertrages mit höheren steuerfreien Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen.
- 2704 • Entlastung bei fachfremden, bürokratischen Tätigkeiten (Dokumentationen).

- 2705
- Eine verbindliche, gesetzliche Personaluntergrenze für alle Pflegebereiche.
- 2706
- Zur Verbesserung der Bewerbersituation: Förderung und Finanzierung der Ausbildung zur
- 2707
- Pflegefachkraft – nicht nur für Pflegehilfskräfte – vom Jobcenter.
- 2708
- Die Einführung eines Gemeinschaftsdienstjahres für jeden Schulabgänger, welches im
- 2709
- Pflegebereich, aber auch bei THW, Feuerwehr oder Bundeswehr absolviert werden kann.

2710

2711 Häusliche Pflege fördern

2712 Die häusliche Pflege ermöglicht nicht nur den Pflegebedürftigen, in der vertrauten Umgebung zu

2713 verbleiben, sondern entlastet auch Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser. Um diese zu fördern, ist

2714 eine Angleichung der Pflegegelder an die Höhe der Vergütungen für ambulante Pflegedienste

2715 unerlässlich.

2716 Die häusliche Unterbringung von pflegebedürftigen Personen ist nicht nur aus sozialen, sondern auch

2717 aus finanziellen Gründen weitaus günstiger als die stationäre Unterbringung. Es muss also schon

2718 aufgrund der demographischen Schieflage und der damit verbundenen finanziellen Probleme der

2719 Sozialversicherungssysteme Ziel sein, die stationäre Pflegebedürftigkeit so weit wie möglich

2720 hinauszuschieben. Die häusliche Pflege ist dabei für die pflegenden Angehörigen physisch und

2721 psychisch enorm belastend. Die Unterstützung von pflegenden Angehörigen ist somit nicht nur

2722 moralisch, sondern auch wirtschaftlich geboten. Hier wäre die wichtigste Maßnahme die weitgehende

2723 Angleichung des Pflegegeldes an die Entgelte der ambulanten Pflegedienste. Weiterhin ist die

2724 organisatorische Unterstützung durch Tagespflegeplätze oder Urlaubshilfen vonnöten. Bewährte oder

2725 kreative Wohnformen wie Betreutes Wohnen („Senioren-Communities“), Mehrgenerationen-

2726 Wohnanlagen und dergleichen mehr sind zu fördern.

2727

2728 Keine Zwangsmitgliedschaften in Pflegekammern

2729 Mit der Einführung von Pflegekammern wird eine zusätzliche Bürokratie geschaffen. Ein Nutzen ist

2730 nicht erkennbar. Aus diesem Grunde lehnen wir eine Zwangsmitgliedschaft der Angehörigen der

2731 Pflegeberufe in den neuen Kammern ab.

2732 Die Einrichtung von Pflegekammern soll angeblich dazu dienen, „den Pflegenden eine Stimme zu

2733 geben“. Unklar bleibt, wie dies geschehen soll und welche konkreten Maßnahmen hierzu ergriffen

2734 werden sollen. Alle in der Pflege beschäftigten Personen sollen aber zur Mitgliedschaft und

2735 Beitragszahlung (ca. 200 Euro Jahr) verpflichtet werden.

2736 Da hier lediglich eine zusätzliche Pflegebürokratie, ohne erkennbaren Vorteil für das Pflegepersonal

2737 geschaffen werden soll, lehnen wir die Einrichtung einer Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft ab.

2738

2739

2740

2741

2742

2743 **Keine offene oder verdeckte Organspendepflicht**

2744 Das Selbstbestimmungsrecht des Menschen gilt auch über den Tod hinaus. Die AfD lehnt daher alle
2745 Versuche ab, einem Menschen nach einem diagnostizierten Hirntod Organe zu entnehmen, ohne dass
2746 eine zu Lebzeiten dokumentierte Einwilligung hierzu vorliegt.

2747 Als Folge einiger Skandale ist die Bereitschaft, Organe zu spenden, deutlich zurückgegangen. Die in
2748 Deutschland geltende Einwilligungsregelung“, bei der zu Lebzeiten des Spenders die Einwilligung in
2749 die Organspende durch einen Organspenderausweis dokumentiert wird, wurde vom Bundestag 2019
2750 zwar grundsätzlich bestätigt, es ist aber damit zu rechnen, dass die Einführung der
2751 Widerspruchsregelung weiter verfolgt wird. Hierbei würden im Falle eines Hirntodes grundsätzlich
2752 und ohne Rücksprache mit den Angehörigen Organe entnommen werden können, sofern nicht ein
2753 ausdrücklicher Widerspruch des Betroffenen zu Lebzeiten beurkundet wurde. Die Entscheidung zur
2754 Organspende kann nur beim Betroffenen liegen, der diese in voller Kenntnis der hiermit
2755 zusammenhängenden Abläufe treffen muss. Dies beinhaltet auch eine Aufklärung über das Kriterium
2756 des Hirntodes, welches nicht unumstritten ist. Eine direkte oder indirekte Organspendepflicht lehnen
2757 wir grundsätzlich ab. Sie widerspricht in eklatanter Weise dem Selbstbestimmungsrecht des
2758 Menschen.

2759

2760 **Keine „Corona“-Impfpflicht**

2761 Die Einführung einer verpflichtenden Impfung ist mit dem Selbstbestimmungsrecht des Menschen
2762 unvereinbar und daher abzulehnen.

2763 Im Zuge der Covid-19-Pandemie wird mit Hochdruck an der Entwicklung eines Impfstoffes
2764 gearbeitet. In diesem Zusammenhang wird auch die Pflicht zur Impfung der ganzen oder großer Teile
2765 der Bevölkerung in Deutschland diskutiert. Da bei einem neu entwickelten Impfstoff zwangsläufig
2766 keine Langzeitstudien zur Wirksamkeit und zu eventuellen Nebenwirkungen vorliegen können, halten
2767 wir die Einführung einer verpflichtenden Impfung für nicht vertretbar und lehnen diese ab.

2768

2769 **Das Berufsbild des Heilpraktikers bewahren**

2770 Die freie Wahl des Arztes, des Therapeuten oder einer Heilmethode gehört zu den grundlegenden
2771 Freiheitsrechten eines Menschen. So ist die Entscheidung über die Inanspruchnahme der Leistungen
2772 von Heilpraktikern alleinige Entscheidung des Betroffenen, der im Regelfall auch die hierbei
2773 anfallenden Kosten trägt.

2774 Der EuGH hat bereits im Jahre 2002 das grundsätzliche Verbot der Berufsausübung in Österreich als
2775 im Einklang mit europäischem Recht stehend bestätigt. Seitdem verstärken sich politische
2776 Bemühungen mit dem Ziel, dieses Berufsbild als solches abzuschaffen. Sicherlich muss das deutsche
2777 Heilpraktikergesetz nachgebessert werden, insbesondere was die Einheitlichkeit sowie die Qualitäts-
2778 und Prüfungsstandards der Ausbildung anbelangt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass dem Bürger diese
2779 Behandlungsmöglichkeit grundsätzlich genommen werden soll. Letztlich ist der Patient selbst dafür
2780 verantwortlich, von wem er sich behandeln lässt. Eine Kostentragungspflicht der GKV (Gesetzlichen
2781 Krankenversicherung) ist hiermit jedoch nicht verbunden. Das Berufsbild des Heilpraktikers in
2782 Deutschland ist zu schützen und weiterzuentwickeln. Eine Abschaffung oder wesentliche
2783 Beeinträchtigung ist abzulehnen.

2784 **Mobilfunkstandard 5G und Infraschall durch Windenergieanlagen**
2785 **überprüfen**

2786 Neue Technologien und neue Formen der Energiegewinnung werfen Fragen zu möglichen
2787 Gesundheitsrisiken auf. Die AfD plädiert dafür, diese Technologien erst dann flächendeckend
2788 einzuführen, wenn die gesundheitlichen Bedenken aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungen
2789 eindeutig ausgeräumt sind.

2790 Die geplante Einführung eines neuen Mobilfunkstandards 5G wirft noch viele ungeklärte Fragen auf,
2791 weshalb in einigen Regionen, z. B. in Belgien, ein Moratorium des flächendeckenden Ausbaus
2792 vereinbart wurde. Die mit einem Ausbau von 5G verbundenen Gesundheitsrisiken sind noch nicht
2793 umfassend geklärt. Insbesondere fehlen Daten zu möglichen Auswirkungen auf das Erbgut des
2794 Menschen.

2795 Eine Einführung von 5G kann nur dann in Betracht gezogen werden, wenn die möglichen
2796 gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung eingehend untersucht und diese Technologie für
2797 unschädlich befunden wird. Bis dahin ist eine Einführung abzulehnen.

2798 Dies gilt sinngemäß auch für Windenergieanlagen, bei denen die gesundheitlichen Auswirkungen auf
2799 die Anlieger noch nicht ausreichend erforscht sind.

2800

2801 **Datensicherheit gewährleisten – keine „Corona“-Handy-Apps**

2802 Umfassende Gesundheitsdatenbanken sind aus Sicherheitsgründen abzulehnen. Notfalldatensätze
2803 dürfen nur dann zur Verfügung gestellt werden, wenn der jeweilige Patient dem zustimmt. Handy-
2804 Apps zum Nachverfolgen von Kontakten, um damit angebliche Infektionswege nachzuvollziehen,
2805 lehnen wir entschieden ab.

2806 Medizinische Behandlungsdaten müssen aufgrund ihrer hohen Sensibilität den höchstmöglichen
2807 Schutz genießen. Die Schaffung zentraler Datenbanken für Gesundheitsdaten lehnen wir aus
2808 Sicherheitsgründen ab. Wir befürworten allerdings die Speicherung eines Notfalldatensatzes
2809 einschließlich Medikamentenplan und Patientenverfügung auf freiwilliger Basis direkt auf der
2810 Krankenversicherungskarte.

2811 Technische Lösungen zur Nachverfolgung von Patientenkontakten, wie z. B. die „Corona-App“, sind
2812 entschieden abzulehnen. Bei überschaubarem medizinischem Nutzen können derartige Anwendungen
2813 zur nahezu vollständigen Überwachung der Bürger eingesetzt werden.